

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Karl-Marx-Stadt dokumentierte die Ereignisse in ihrem Bezirk während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Im Vergleich zu anderen Bezirken verzeichnete die Staatssicherheit hier weitaus weniger Streiks und Demonstrationen.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Begann der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Während in anderen Regionen in Sachsen hunderte Betriebe bestreikt wurden, kam es im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 17. Juni 1953 zu weitaus weniger Streiks und Demonstrationen. Dabei war es bereits Ende Mai in der Stadt zu mehreren Streiks in größeren Betrieben gekommen, die bis zum 15. Juni immer wieder in unterschiedlicher Intensität aufflammten. So legte am 1. Juni im VEB NAGEMA ein Viertel der 1.600 Beschäftigten für acht Stunden die Arbeit nieder. Diesem Streik schlossen sich am 2. Juni 120 und am 3. Juni 150 Arbeiter des Schleifmaschinenwerks an, die für etwa zwei Stunden die Arbeit ruhen ließen.

Am 17. Juni kam es schließlich in den Betrieben VEB Vereinigte Gießereien, VEB Textima, Büromaschinenwerk und im VEB Schleifmaschinenbau zu Streiks. Im Stadtgebiet verteilten Protestierende Flugblätter und brachten Parolen an Häuserwänden an, die zum Sturz der Regierung aufriefen. Weitere Forderungen der Streikbewegung waren neben der Rücknahme der Normenerhöhung freie Wahlen, eine Freilassung politischer Häftlinge und die Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlicher Kriegsgefangener.

Die Streiks der vergangenen Wochen hatte die SED-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt jedoch wachsam gemacht. Im Gegensatz zu den Funktionären anderer Städte hatte sie sich auf eventuelle Streiks und Unruhen vorbereitet und konnte größere Proteste schon im Ansatz vereiteln. In der Zeit vom 16. bis 25. Juni wurden im Bezirk Karl-Marx-Stadt 34 Personen festgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zeigten ihren Unmut deshalb erst zehn Tage später. Als die SED die Bevölkerung von Karl-Marx-Stadt zu einer Kundgebung auf den Marktplatz beorderte, kamen statt der üblichen 75.000 bis 100.000 lediglich 3.000 Personen, die daran teilnahmen. Als die SED-Funktionäre die Erschienenen aufforderten, sich in bereitliegende Listen einzutragen und so nachvollziehbar zu machen, wer ferngeblieben war, weigerten sich die Bürgerinnen und Bürger.

Trotzdem zeigte sich die Bezirksverwaltung der Stasi in der vorliegenden Analyse der Vorkommnisse zufrieden: "Alle vorgekommenen Streik-, Flugblatt- und Schmieraktionen blieben isoliert. Eine terroristische Tätigkeit, Sabotage größerer Art oder Demonstrationen fanden nicht statt."

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Datum: 24.6.1953

Marx-Stadt, Leiter Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000001

REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt
- Leitung -

An das Karl-Marx-Stadt, den 24.6.1953
Ministerium für Staatssicherheit
Einsatzleitung
Berlin - Lichtenberg

Analyse über die Entwicklung und Auswirkungen der faschistischen Provokationen vom 16. - 24. 6.1953
im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Im allgemeinen ist festzustellen, daß der inszenierte und niedrige Anschlag von den geschworenen Feinden auf die DDR im engsten Zusammenhang steht mit der nationalen und internationalen politischen Lage.

Durch die großen Erfolge des Friedenslagers einerseits und dem Verschärfen der Widersprüche im kapitalistisch-imperialistischen Lager andererseits, sind die Kräfte der Reaktion und des Krieges in eine schwierige Situation gedrängt worden.

Die Beschlüsse der Regierung der DDR vom 11.6.53 zur Stärkung der DDR, den Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit zu fördern und die Lebenslage der Bevölkerung entscheidend zu verbessern usw., schufen für die Kriegstreiber eine noch schwierigere Lage.

Sie versuchten mit Gewalt die Bestrebungen der Partei und der Regierung der DDR zu durchkreuzen, mittels ihrer Geheimdienste und gedungenen Verbrecher, indem sie sich auf einige Teile der Bevölkerung stützten, die durch die Folgen unserer Politik unzufrieden waren. Sie stießen dabei auf den Widerstand eines Teils der Bevölkerung, den geschlossenen Widerstand der Partei und des Staatsapparates.

Im besonderen ist für den Bezirk Karl-Marx-Stadt charakteristisch, daß es im Wesentlichen ruhig blieb und es keine Ausschreitungen, Streikbewegungen oder Provokationen größerer Art gab. Es bildeten sich zwei Schwerpunkte heraus, einmal in Freiberg, wo ca. 1.300 streikende Bauarbeiter und zum anderen in Werdau, wo rund 1.500 streikende Metallarbeiter zu verzeichnen waren. Die Forderungen waren anfangs ökonomischer Art und schlügen in politische um.

Diese Aktionen des Klassenfeindes in den beiden Kreisen sind von außen hineingetragen worden. In Werdau durch die Bergarbeiter von Gera und in Freiberg durch das angrenzende Dresden. Weiterhin hat der RIAS beim Entstehen der Situation auf die schwankenden und feindlich eingestellten Kräfte gewirkt. Alle vorgekommenen Streik-, Flugblatt- und Schmieraktionen blieben isoliert. Eine terroristische Tätigkeit, Sabotageakte größerer Art oder Demonstrationen fanden nicht statt. Die Bourgeoisie trat nicht offiziell in Erscheinung.

Folgende Faktoren hatten Einfluß auf die verhältnismäßig gute Situation: a) Die aktive Hilfe der Freunde, b) die Initiative der Partei, c) die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung.

Nachfolgend die Lage der Abteilungen im einzelnen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000002

Karl-Marx-Stadt, den 24. 6. 1953

A n a l y s e
der Ereignisse im Bereich der BZV Karl-Marx-Stadt
vom 16.6. - 24.6.1953

Abteilung III
Bezirksverwaltung Stadt und Kreis Karl-Marx-Stadt

Bereits am 1.6.53 ging ein Streik wegen Normenerhöhung lt. Ministerratsbeschuß im VEB NAGEMA, Karl-Marx-Stadt, voraus. Die Gesamt-Belegschaftsstärke umfaßt 1.600 Personen. An diesem Streik waren 400 Personen 8 Stunden lang beteiligt.

Darauf folgte am 2.6.53 im VEB Schleifmaschinenwerk I, Karl-Marx-Stadt, eine Arbeitsniederlegung bei Schichtbeginn von 6.00 bis 7.00 Uhr, an dem 120 Personen beteiligt waren.

Einen Tag später, am 3.6.53, nahm wiederum eine Schicht ihre Arbeit wegen Normenerhöhung nicht auf und ging erst nach 2 Std. in die Produktion. Daran waren 150 Arbeiter beteiligt.

In diesen Tagen gingen 3 anonyme Schreiben bei der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Stadt, in der SAG Marten und in obenangegebenem Betrieb NAGEMA ein, die sinngemäß beinhalteten, daß der Streik in der NAGEMA beispielgebend war für weitere Betriebe. Umfangreiche Schriftenvergleiche und auch Agenturarbeit verliefen erfolglos.

Am 15.6.53 legten 60 Arbeiter des Treuhandbetriebes Neubert in Neukirchen die Arbeit nieder. Anlaß dazu war, daß die Arbeiter Aufklärung verlangten, ob ihr ehem. Chef, der aufgrund des Regierungserlasses aus der Haft entlassen worden war, sein Werk wieder zurückkehrt. Nach erfolgter Aussprache wurde die Arbeit nach 1/2-stündiger Unterbrechung wieder aufgenommen. Die Arbeiter bestanden aber weiterhin auf Einsetzung des alten Chefs.

Nach diesem Vorfall am 15.6.53 trat allgemeine Ruhe ein.

Erst am 17.6. fand die nächste Arbeitsniederlegung im VEB Vereinigte Gießereien von 9-11 Uhr wegen Normenerhöhung statt.

Ca. um die gleiche Zeit am 17.6. fand auch im VEB Textima Spinn- und Zwirnereimaschinenbau eine 2-stündige Arbeitsniederlegung mit 200 Personen wegen Normenerhöhung statt.

Das Gleiche war im Büromaschinenwerk I (früher Wanderer-Werke) zu verzeichnen, wo die Arbeitsniederlegung 200 Personen umfaßte und 4 1/2 Std. andauerte. Der Grund war gleichfalls Normenerhöhung und Wiedereinsetzung eines abgesetzten Abteilungsleiters, der falsche Angaben in der Fertigung gemacht hatte.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000003

Im VEB Trikotagenwerk Limbach wurde am 17.6. die Arbeit gleichfalls wegen Normenerhöhung auf 2½ Std. niedergelegt. Gleichzeitig wurde dort die Seite einer westdeutschen Zeitschrift mit hetzerischem Inhalt an der Wandzeitung des Betriebes festgestellt.

Wiederum am 17.6. wurde im Kraftwerk Karl-Marx-Stadt ein anonymer Zettel mit der Aufforderung zum Solidaritätsstreik für die berliner Arbeiter vorgefunden.

Am 18.6. war im Kreis keine offensichtliche Feindarbeit bemerkbar.

Am 19.6. wurden im FEWA- Werk Karl-Marx-Stadt vereinzelte, angeschriebene Hetzparolen festgestellt. Das Gleiche wiederholte sich in derselben Firma am 20.6.

Am 21. und 22. 6. war wiederum keine offensichtliche Feindarbeit bemerkbar.

Am 23.6. brachen 25 Arbeiter der Baufirma Gerstenberger & Köhler, Sitz Dresden, ihre Arbeit ab und gingen nachhause, weil der Unternehmer keinen Lohn ausgezahlt hatte. Dieses entstand dadurch, daß die Deutsche Notenbank erst am nächsten Tage, also am 24.6., die Lohngelder an die Firma zur Auszahlung brachte. Da die Firma bei der Reichsbahn eingesetzt ist und auch von dort betreut wird, erfolgt die Bearbeitung des Vorgangs durch die Abteilung XIII und ist hier nur informatorisch vermerkt.

Gleichfalls wurden am 23.6. im VEB RFT-Gerätewerk, Karl-Marx-Stadt, und VEB TEWA Sächs. Schrauben- und Mutternfabrik, Karl-Marx-Stadt, die sogenannten Gedenkminuten für gefallene berliner Provokateure durchgeführt. Im RFT-Gerätewerk sind daran ca. 200 Personen beteiligt, wovon aber ein Teil über den wirklichen Sinn der Gedenkminute zur Zeit der Durchführung noch nicht orientiert war. Ihnen wurde erst hinterher durch die Aufklärung der Agitatoren klar, welcher Sinn damit verfolgt wurde. Im VEB TEWA waren an den Gedenkminuten ca. 35 Personen beteiligt.

Aus dem VEB Spinn- und Zwirnereimaschinenbau wurde uns am 23.6. eine Person bekannt, welche RIAS-Parolen verbreitet, sich im allgemeinen sehr zweifelhaft benimmt, aus Jugoslawien stammt und die Eltern noch dort wohnhaft hat. Diese Person hat bereits vor dem 17.6. die Bilder unserer Regierungsfunktionäre aus seiner Abteilung entfernt und hat auch zu dieser Zeit schon auf einen sogenannten Umschwung in der DDR hin propagiert.

Die oben angeführten Fälle werden operativ bearbeitet. Gute Erfolge sind in allen Fällen der sogenannten Gedenkminuten sowie der verdächtigten Person aus dem Spinn- und Zwirnereimaschinenbau zu verzeichnen, so daß in allernächster Zeit mit der Festnahme oder evtl. Werbung gerechnet werden kann.

Zu Ausschreitungen, Tätilichkeiten, Demonstrationen oder anderen Vorkommnissen ist es im gesamten Kreis Karl-Marx-Stadt nicht gekommen und die Lage war der Struktur angemessen sehr ruhig.

Auf dem Sektor der Landwirtschaft sind keinerlei Vorkommnisse aufgetreten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
000004

Auf dem Gebiet Handel und Versorgung sind keinerlei Stockungen eingetreten, lediglich vor dem erst kürzlich errichteten Intelligenz-HO waren größere Menschenansammlungen festzustellen, die danach drängten, Butter und Margarine zu kaufen. Unter diesen Menschen war eine größere Misstimmung vorhanden, so daß man drohte, die Scheiben des Geschäfts einzuschlagen, da im übrigen Sektor kaum Butter oder Margarine auf HO-Basis erhältlich ist.

Als Gegenmaßnahme wurde vorläufig festgelegt, die Restbestände zu verkaufen und das Geschäft vorübergehend zu schließen, um es nicht dadurch zu größeren Differenzen kommen zu lassen. Dieser Wunsch wurde von einem Teil der Intelligenzler selbst ausgesprochen.

Die Versorgung mit Lebensmitteln lief plamäßig weiter und auch für die weitere Zukunft ist die Versorgung gesichert. Nur im Kreis Zwickau und Oelsnitz/V. herrscht der Zustand, daß dort die Fleischbevorratung nur noch für ca. 14 Tage bis drei Wochen ausreichen wird, wenn keine neue Anlieferung erfolgt. Dies ist aber weniger mit den Ereignissen in Zusammenhang zu bringen.

Nachteilig wirkte sich im Kreis Karl-Marx-Stadt das Fehlen einer qualitativ guten Agentur aus, was noch dadurch erschwert wurde, daß sich einige Genossen der Abteilung in Urlaub befinden, deren Agentur nur teilweise von anderen Genossen bearbeitet werden muß und deren Schwerpunktbetriebe gleichfalls von anderen Schwerpunktsachbearbeitern mit zu betreuen waren.

Es muß auch erwähnt werden, daß der Kreis Karl-Marx-Stadt zwei industrielle Schwerpunkte besitzt, die ca. 20 km von Karl-Marx-Stadt selbst entfernt liegen. Es handelt sich hierbei um die Gebiete Burgstädt und Limbach. Dort war die Bearbeitung unsererseits infolge Personalmangel sehr ungenügend.

Die Einsatzfreudigkeit der Genossen in der Abteilung III war beispielgebend und hat zu keinerlei Beanstandungen geführt. Unzulänglichkeiten waren im Referat III sowie im Referat II zu verzeichnen, wo die Mitarbeiter noch nicht die nötige fachliche Qualifikation besitzen. Auch wirkt sich das Fehlen eines stellv. Abteilungsleiters aus, so daß der Genosse Referatsleiter I dadurch überlastet war.

Was den Sektor der allgemeinen Industrie betrifft, so muß gesagt werden, daß hier keine Bearbeitung erfolgte, da von uns aus das Schwergewicht auf die Großbetriebe und die volkswirtschaftlich wichtige Industrie gelegt wurde. Dadurch kam es, daß wir über die dort stattgefundenen Vorfälle erst nachträglich über den VP- oder Parteiapparat informiert wurden.

Kreis Annaberg

Es waren keinerlei Provokationen, Tätilichkeiten, Demonstrationen, Sabotage oder Ausschreitungen anderer Art zu verzeichnen.

Lediglich im VEB Kunstseidenwerk Tannenberg forderten 100 weibliche Arbeitskräfte am 17.6. die Revision ihrer Arbeitsnorm. Dies

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000005

wurde durch das Communiqué geklärt. Das Verhalten der Arbeiter war diszipliniert. Besondere Auswirkungen sind durch die Ereignisse nicht eingetreten.

Der Klassengegner ist in keiner Form konzentriert in Erscheinung getreten.

Zur Zeit haben 20 ehemalige Geschäftsleute und 4 Großhändler die Wiedereröffnung ihrer geschlossenen Geschäfte beantragt.

Die Arbeit mit den Agenturen war schlecht. Es wurden zwar Aufträge erteilt, aber die Treffs wurden seitens der GI nur selten eingehalten. Dies ist in der Landwirtschaft bedingt durch die Heuernte und in der Industrie waren die Treffs schwer nach Arbeitsschluß durchzuführen, um die Konspiration nicht zu verletzen.

Da Annaberg zum Schwerpunktbereich der Wismut gehört, hat hier eine geradezu mustergültige Disziplin geherrscht.

Kreis Aue

Am 17.6. kam es im VEB Blema Aue zu einem Zwischenfall, indem der TAN-Sachbearbeiter in einer Abteilung Arbeitsstudien durchführen wollte. Da in dieser Zeit die 10%ige Normenerhöhung bereits durch Ministerratsbeschuß aufgehoben war, nahmen die Arbeiter dagegen Stellung. Dabei trat der Brigadier [REDACTED] besonders negativ in Erscheinung.

Am 18. 6. nutzte der Bauer [REDACTED] die Situation aus und machte beleidigende Äußerungen gegenüber den Angestellten des Referates Landwirtschaft im Rathaus.

In der MTS Affalter ist zu verzeichnen, daß aufgrund der Ereignisse die Arbeitsmoral sehr tief gesunken und auch durch die Communiqués noch nicht wieder gestiegen ist.

Verschiedene Brigaden in einzelnen Betrieben brachten zum Ausdruck, daß die in der letzten Zeit durchgeföhrten freiwilligen Normenerhöhungen nochmals zu überprüfen sind und dementsprechende Maßnahmen eingeleitet werden müssen. Trotz allem wurden noch Selbstverpflichtungen im VEB Meßgerätewerk Zwickau übernommen.

Anhaltspunkte oder Hinweise für noch zu erwartende gegnerische Aktionen sind nicht vorhanden. Die Arbeit mit der Agentur war ungenügend, da die einzelnen GI-s zaghafit an die ihnen erteilten Aufträge herangingen.

Das Gebiet Aue bildet den Schwerpunkt der Wismut AG und die Ergebnisse sind angesichts dessen sehr zufriedenstellend verlaufen.

Kreis Auerbach

Hier ist es zu keinerlei Demonstrationen, Tätilichkeiten, Sabotagefällen und anderen Provokationen gekommen.

Im VEB Vobau Werk II Treuen kam es am 11.6.53 zu einer kurzen Arbeitsniederlegung betr. Normenerhöhung, wo 30 Arbeiter teilnahmen. Die Gesamtbelegschaft beträgt 150 Personen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000096

Am 16.6. abends wurde im VEB Falter von unbekannten Personen ein Grotewohl-Bild von der Wand gerissen und zertrümmert.

Am 17.6. erfolgte im VEB Armaturenfabrik Falkenstein eine Arbeitsniederlegung von 30 Personen über 1 Std. betr. Normenerhöhung. Der Betrieb hat eine Beschäftigtenzahl von 75 Arbeitern.

Am 18.6. fand im VEB Aiga eine legale Betriebsversammlung statt, der seitens einiger Provokateure das Thema "Wie steht die Belegschaft zur Regierung?" aufgedrückt wurde. Hier tat sich der Arbeiter [REDACTED] in besonders hetzerischer Form hervor, und er wurde deshalb am 19.6. festgenommen. [REDACTED] war seit 1931 Mitglied der NSDAP und SA. Er stand unter starkem Einfluß des Krias.

Im Schwerpunktbetrieb VEB Wolfram-Zinnerz Zschorlau, Pechtelsgrün und Gottesberg waren während der Ereignisse keine Unruhen und Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Erst jetzt werden Diskussionen geführt, daß es aufgrund der Revision in der Schwerindustrie zu größeren Entlassungen kommen wird und es kann angenommen werden, daß dies Anlaß zu Ausschreitungen wird, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Im gleichen Betrieb steht die Werksleitung auf dem Standpunkt, daß die Normung, die am 1.4.53 festgelegt wurde, bestehen bleiben müsse, womit die Kumpels sich nicht einverstanden erklären und dagegen kämpfen. Die Partei wird diese Dinge in Ordnung bringen.

Am 18.6. fand im VEB Baumwollspinnerei Auerbach eine Belegschaftsversammlung statt, wo der Arbeiter [REDACTED] die Anwesenden aufforderte, sich zum Gedenken zweier von der VP erschossener "Kameraden" von den Plätzen zu erheben.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind keinerlei Vorkommnisse eingetreten. Die Bauern gehen nicht aus sich heraus und verhalten sich abwartend. Einzelstimmen sind laut geworden, daß man eine neue Regierung erwartet. Ein Großteil der Bevölkerung begrüßt und billigt die neuen Maßnahmen der Regierung; auch in den LPG's ist die Stimmung gut bis auf wenige ängstliche Mitglieder, die sich mit dem Gedanken tragen, zur individuellen Bewirtschaftung überzugehen.

Der Klassengegner trat in keinem Fall konzentriert in Erscheinung, jedoch hat er dadurch sein bisher versteckt gehaltenes Gesicht gezeigt. Es liegen keinerlei Hinweise oder Anzeichen vor, daß außer im VEB Wolfram-Zinnerz in nächster Zeit Unruhen zu erwarten sind.

Die Arbeit mit der Agentur war ungenügend, da oftmals die Konspirativität bei Treffs auf dem Spiele stand. Bei stattgefundenen Treffs wurden keine Hinweise auf feindliche Tätigkeit gegeben. Es zeigte sich, daß die Agentur quantitativ und qualitativ ungenügend ist.

Kreis Brand-Erbisdorf

Zu Demonstrationen, Unruhen und Arbeitsniederlegungen ist es im Kreis Brand-Erbisdorf nicht gekommen. Bei den in Brand-Erbisdorf beschäftigten Bauarbeitern der Bau-Union Dresden entstan-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
300097

den negativen Diskussionen betr. Fahrgeldrückerstattung und Normenerhöhung. Infolge Einsatzes von Agitationsgruppen wurden die entstandenen Unstimmigkeiten sofort wieder beigelegt. Beachtenswert ist, daß der Streik der Bauarbeiter vom gleichen Betrieb, welcher in Freiberg ausgebrochen war, nicht auf den Nachbarkreis Brand-Erbisdorf übergegriffen hat.

Die im Republikmaßstab provozierten Zwischenfälle, welche zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten, hatten zur Folge, daß Unruhe unter der Bevölkerung entstand. Allgemein wünscht man, daß dieser Zustand durch normale Verhältnisse abgelöst wird.

Stimmungen von Gegnern wurden in der Landwirtschaft laut, indem die Äußerung von einzelnen Großbauern, wie "Laßt die Bauern raus und sperrt die anderen ein!" oder "Der Nazismus war doch das Richtige!", getan wurde. Diese Äußerungen wurden in der durchgeföhrten Gemeindevertretersitzung in Sayda laut.

Die Arbeit mit der Agentur unter den LPG-Bauern war mit Schwierigkeiten verbunden, da die Treffs infolge des Ausnahmezustandes auf den Tag verlegt werden mußten, aber zu gleicher Zeit die Heuernte lief.

Kreis Flöh

Hier herrschte allgemeine Ruhe und es ist zu keinerlei nennenswerten Zwischenfällen oder Ausschreitungen gekommen, lediglich einige Großbauern glaubten, Boden unter die Füße erhalten zu haben und benahmen sich provozierend. So äußerte der Großbauer [redacted] aus [redacted] in angetrunkenem Zustand zum Bürgermeister, daß er der Erste sei, der Wiedergutmachungsarbeiten verrichten müsse.

Der LPG-Buchhalter aus Gahlenz wurde von unbekannter Person angerufen und aufgefordert, schnellstens zu verschwinden.

Dem Meisterbauer [redacted] aus [redacted] ging eine anonyme Karte zu, nach der er gellynkt werden sollte. Teilweise ist unter den Genossenschaftsbauern die Stimmung, daß bei Rückkehr der Großbauern die LPG liquidiert werden müsse.

In der Industrie, im Bank- und Finanzwesen sowie in Handel und Versorgung sind die Arbeiten planmäßig und diszipliniert weitergelaufen.

Im VEB Baumwollspinnerei Hohenfichte entstanden größere Unstimmigkeiten, da man dort im Betriebs-HQ weder Butter noch Margarine zu kaufen erhielt, wohingegen die HO Wismut im Nachbarort größere Mengen Butter frei verkauft.

Die Stimmung im allgemeinen ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Agenturarbeit war ungenügend, da sich Schwierigkeiten in der Treffdurchführung ergaben.

Kreis Freiberg

Im Kreis Freiberg kam es bis auf den Streik der Bau-Union und anderen kleinen Vorkommnissen nicht zu weiteren Ausschreitungen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000038

Auf der Baustelle des VEB Zinkhütte PAMA legten die dort beschäftigten Bauarbeiter der Bau-Union Dresden am 18.6.53 9.00 Uhr die Arbeit nieder. Die örtlichen Ursachen waren, daß die Betriebsleitung der Bau-Union Dresden einen organisierten Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgearbeitet hatte. Die Bauarbeiter, die von sich heraus eine Versammlung anberaumten, bezogen sich während dieser auf die letzten Ereignisse innerhalb der DDR. Es wurden von ihnen folgende Forderungen gestellt:

1. Reallohn an Preise angleichen,
2. Richte Einstufung in die Ortsklasse,
3. Abschaffung des Normensystems und Einführung des Stunden- und Akkordlohnes,
4. Regierung soll abdanken, Neuwahlen sollen durchgeführt werden,
5. Aufhebung des Ausnahmezustandes,
6. Bezahlung des Arbeitsausfalles während dem Streik.

Von der Versammlung wurde eine Streikleitung gewählt, in der besonders feindliche Elemente verankert waren. Diese hetzten gegen die DDR. Hier muß erwähnt werden, daß vonseiten der Betriebsleitung der Bau-Union Dresden für die Arbeiter schlechte soziale Voraussetzungen geschaffen waren, indem diese für eine Barackenunterkunft ohne Licht, Wasser und Abortanlagen monatlich ca.

DM 50.-- Miete zahlen mußten. Der Streik dauerte bis zum 18.6.53 13.00 Uhr an, wobei aber nur ein Teil der Belegschaft die Arbeit aufnahm. Der Rest der Streikenden nahm die Arbeit erst am 21.6.53 wieder auf. Insgesamt waren an dem Streik 1.300 Personen beteiligt. Da innerhalb der Streikleitung sehr negative Elemente verankert waren, die die Arbeiter aufputschten, mußten 9 Provokateure in Haft genommen werden. Insgesamt beträgt die ausgefallene Arbeitszeit für die 1.300 Beteiligten 8 Stunden. Es ist zu bemerken, daß trotz allem eine reibungslose Entladung der ankommenden Waggons gewährleistet war, da sich Einsatzgruppen der Bleierzgruben und der Wismut-Partieschule sofort zur Verfügung stellten.

An verschiedenen Orten waren Fälle von antidebakischen Schmierereien, Anbringung von Hetzplakaten und Zustellen von anonymen Drohbriefen zu verzeichnen.

Am 17.6. erhielt die Sachbearbeiterin beim Kreisrat Freiberg, [REDACTED], einen anonymen Drohbrief, daß sie in Kürze ausgerückt würde. Ähnlich lauteten auch die Briefe an den Schulleiter [REDACTED] und die Gen. [REDACTED], Wohnungswesen, wohnhaft in [REDACTED].

In der Nacht vom 16. zum 17.6. wurden an der Finanzschule und in einem HO-Geschäft in Siebenlehn antidebakische Schmierereien angebracht.

Am 18.6., 7.00 Uhr, wurden in Oberschöna zwei handgeschriebene Hetzplakate aufgefunden. Die Hetzplakate forderten die Arbeiter zum Streik auf. Wörtlich stand geschrieben: "Streikt wie Eure Kameraden aus Berlin Stalinallee, Herdingsdorf, Bergmann-Borsig. Zeigt den Ausbeutern, daß Ihr nicht in diesem Terrorsystem leben wollt. Fordert freie und geheime Wahlen für ganz Deutschland. Hinaus mit den Russen, Absetzung der Regierung, Neuwahl!"

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
000009

In der Nacht zum 18.6. wurde in Bieberstein eine Erfassungstafel zerschlagen und in Obergurau antidemokratische Lösungen mit dem Wortlaut "SED verschwinde, es lebe die Revolution" angebracht.

Am 18.6. wurde in Hilbersdorf Kr. Freiberg von unbekannten Tätern von der Schule die schwarz-rot-goldene Fahne entfernt. Am selben Tage wurden in Niederbobritzsch am Spritzenhaus die Worte "Heraus zum Massenstreik" angeschrieben.

Der in [REDACTED] wohnhafte [REDACTED], der aus der SED ausgeschlossen worden ist, sagte in provokatorischer Art, daß er schwarze Listen fertig habe, wo die draufstehen, die an den Baum kommen, darunter der Bürgermeister [REDACTED] (SED) und [REDACTED] (ptl.)

Durch die reibungslose Weiterarbeit der Bleierz-Kumpels "Albert Funk" wurde vielen anderen Betrieben ein gutes Beispiel gegeben, so daß die Aktion der Bauarbeiter nicht weiter um sich griff. Es wurde bekannt, daß unter den Kumpels der Bleierzgruben die Meinung vertreten wird, daß sie erst nach Auszahlung der Bergmanns-Treueprämie in den Streik treten wollen. Die Prämie wird Anfang Juli zur Auszahlung gebracht.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist es zu ernsten Ausschreitungen nicht gekommen. Nur am 17.6. wurde der Bürgermeister von Naundorf telefonisch auf die Gelder gerufen, wo er mehrere Bauern antraf, die ihm drohten, den Schädel einzuschlagen.

In Niederbobritzsch brachte am 20.6. der VdgB-Vorsitzende dem 2. Parteisekretär eine Forderung, bestehend aus Reduzierung der Erfassung, mehr Düngemittel und Verlängerung der Ablieferungstermine vor.

Die Bauern verhalten sich z.T. den Maßnahmen der Regierung gegenüber abwartend bzw. erwarten sie eine schnelle Realisierung der gefassten Beschlüsse. Die Mittelbauern [REDACTED] und [REDACTED] diskutierten z.B. so: "Wenn die Regierung ihr Wort hält und die neuen Veränderungen bald verwirklicht, haben wir keine Einwände, aber erst wollen wir die Wirklichkeit sehen". Die beiden Bauern sind in [REDACTED] wohnhaft.

Ein Teil der Bauern in den LPG, wo Betriebe von Großbauern angeschlossen wurden, ist darüber beunruhigt, daß die Großbauern ihre Gehöfte wieder zurückverlangen sollen. Sie sind der Meinung, daß sie die Felder bestellt haben und nun der Großbauer kommen kann, um zu ernten.

Die Agenturarbeit wurde nur auf den Schwerpunkt der Bauarbeiter konzentriert und hat Erfolge gezeigt. Dafür wurden aber die übrigen Objekte des Kreises in bezug auf die Agentur vernachlässigt.

Kreis Glauchau

Am 17.6.53 wurde im IFA-Karosseriewerk Meerane, das eine Belegschaft von 350 Personen hat, die Arbeit für 4 Stunden niedergelegt. Der Grund dafür war die Einführung der alten Arbeitsnorm. Besonders traten dort als Sprecher und Organisatoren ein gew. [REDACTED] und [REDACTED], welcher gleichzeitig Angehöriger

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000010

einer religiösen Sekte ist, besonders hervor.

IM VEB Textilia Werk IV Glauchau, wo 500 Beschäftigte sind, legten am 17.6.53 30 Personen für eine Stunde die Arbeit nieder. Durch die Initiative der Werksleitung und der Partei wurde sofort in dieser Abteilung eine Versammlung einberufen und die zur Debatte stehenden 10%ige Northerhöhungen klargestellt. Auch hier traten 3 Personen besonders in den Vordergrund, die diese Abteilung aufhetzen und versuchten, für sich zu gewinnen. In der stattgefundenen Versammlung wurde die Angelegenheit restlos geklärt.

Am 20.6.53 wurde in der Abteilung Konfektion des VEB Textilia Werk IV Glauchau eine Unterschriftenliste herumgereicht mit der Überschrift "Wir fordern unsere alten Normen!" Die Vorbereitungen dieser Aktion wurde von der Arbeiterin [redacted] bereits am 19.6.53 getroffen. In diese Liste zeichneten sich 50 Frauen ein, bevor die Werksleitung und die BGL Kenntnis erlangten.

Am 20.6.53 trieb im Spinnstoffwerk Oberbobritzsch ein Arbeiter, namens [redacted], Hetze. Er trat öffentlich auf und erklärte, anstatt der Provokateure sollte lieber Nuschke erschossen werden.

Zu weiteren Arbeitsniederlegungen bzw. Vorkommnissen ist es in der Industrie nicht gekommen.

Innerhalb der Landwirtschaft ist zu verzeichnen, daß am 17.6.53 eine Bauerndelegation aus [redacted] beim Kreisgericht vorstellig wurde, um den dort inhaftierten Großbauern [redacted], der wegen Wirtschaftsvergehen zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, freizubekommen. Die Delegation bestand aus 13 Mittelbauern aus [redacted] unter Führung des VdgB-Vorsitzenden [redacted]. Durch operative Bearbeitung dieser Angelegenheit konnte der Initiator der Delegation als GI angeworben werden.

Am 15.6. wurde in der LPG Schönberg die Schwester der geflüchteten Begr. [redacted] vorstellig und argumentierte dort, daß ihre beiden Brüder zurückkommen, um das Gut wieder zu übernehmen.

Der Bauer [redacted] aus Uhlsdorf, dessen Betrieb ebenfalls devastiert ist, erschien in der LPG und machte Anzeichen, daß er den Betrieb selbst wieder übernehmen will.

Am 16.6.53 kam es in der Gemeindevertreter-Sitzung in Wolkenburg zu folgendem Zwischenfall. Der Vorsitzende der DSF [redacted] und ein gew. [redacted] kamen in angefeindetem Zustand in die Sitzung. Dort erklärten sie, daß sie mit dem stellv. Bürgermeister [redacted], der am selben Tage seiner Funktion entthoben wurde, abrechnen wollen. U.a. äußerten sie folgendes "Das nennt man freie Demokratie, so wird es hier gemacht und so ist es auch in der Regierung. Diese Lumpen sollten einmal Hunger leiden wie wir". Er machte dabei die Bewegung des Erschießens.

Anzeichen von zu erwartenden Vorkommnissen sind nicht vorhanden.

Kreis Hainichen

Bis auf ein Vorkommnis, wo Flugblätter verstreut wurden, waren im Kreisgebiet Hainichen keine wesentlichen Ausschreitungen zu verzeichnen. Nachdem in der Nacht vom 18. zum 19.6. Flugblätter

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000011

mit der Aufforderung zum Szreik im Stadtgebiet gefunden wurden, sind gleiche Flugblätter auch am 19. früh im VEB IFA Framo-Werke Hainichen aufgetreten. Hierüber ist ein operativer Vorgang angelegt worden und in Bearbeitung.

Im Kreisgebiet haben bisher 6 Groß- und 1 Mittelbauer Antrag auf Rückerstattung ihres Betriebes gestellt. Dagegen hegen die Genossenschaftsbauern Bedenken, daß sie nunmehr nicht mehr die Unterstützung erhalten, wie es bisher gewesen ist. In zwei LPG haben je ein Mitglied den Austritt beantragt. Sie geben an, daß sie bei individueller Bewirtschaftung besser kommen als in der LPG. Anzeichen auf noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Agenturarbeit ist sehr schlecht, zwar hatte vor den Ereignissen Verbindung bestanden, die aber ab 17. fast restlos abgerissen war und nur mit Schwierigkeiten aufgenommen werden konnte. Nur wenige GI sind ohne brauchbares Material zum Treff erschienen.

Kreis Hohenstein-Ernstthal

Zu ernsten Ausschreitungen ist es im Kreisgebiet nicht gekommen.

Am 16.6. nachmittags wurden im Möbelstoffwerk Hohenstein-E. Werk 2 Stimmen laut, am anderen Tage die Arbeit niederzulegen, wenn sich an der Norm nichts ändert. Die Arbeitsniederlegung kam nicht zur Durchführung.

Im Feinstrumpfwerk "Sachsenring", Werk Bernsdorf, fand am 17.6. eine kurze Arbeitsniederlegung statt. Das Werk beschäftigt 200 Arbeiter, davon waren 30 beteiligt. Man forderte, die Normen rückgängig zu machen. Hauptsprecher waren ein gew. [redacted] und [redacted]. Beide werden operativ bearbeitet.

Im Möbelstoffwerk III Hohenstein-Ernstthal kam es am 18.6. von 6 - 7,15 Uhr gleichfalls zu einer Arbeitsniederlegung wegen Normerhöhung, woran 45 Arbeiter teilnahmen. Die Gesamtbelegschaft beträgt 400 Beschäftigte. Sie stellten die Forderung:

1. Aufklärung über die Normerhöhung

2. Aufklärung über die Verhängung des Ausnahmezustandes. Dabei entstand ein größerer Tumult, der durch undiszipliniertes Schreien einiger Kollegen verursacht wurde. Die Umsiedlerin [redacted] schrie in die Versammlung hinein "Beseitigt die Oder-Neiße-Linie, damit wir mehr zu essen haben". Nach Aufklärung durch den Werksleiter lief die Produktion reibungslos weiter. Die Hauptpersonen werden operativ bearbeitet. Dazu wurde Hilfsagentur geworben.

Im allgemeinen wurde festgestellt, daß es sich bei den vermutlichen Rädelsführern größtenteils um aus der Partei ausgeschlossene Personen handelt.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Bank- und Finanzwesens sowie Handel und Versorgung ist es zu keinen Ausschreitungen gekommen. Es war in allen Objekten eine gute Arbeitsdisziplin vorhanden.

Die Mittelschichten der Bevölkerung verhalten sich abwartend und gehen nicht aus sich heraus, da sie den getroffenen Maßnahmen noch kein Vertrauen schenken. Die Festigkeit der 9 vorhandenen LPG ist sehr unterschiedlich. Die Ursachen liegen vorliegend

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
000012

in organisatorischen Schwierigkeiten, wie Verrechnung der Arbeits-
einheiten, Arbeitsmoral und Kollektivgeist. Austritte aus den
LPG sind bisher noch nicht erfolgt.

Im allgemeinen ist die Ruhe wiederhergestellt und neue Anzeichen
für Feindaktionen sind nicht vorhanden.

Wie jetzt noch bekannt wird, ist geplant, die Nickelhütte in
St. Egidien stillzulegen, die erst vor kurzem in Angriff genom-
men worden ist. Die Anweisung hierzu soll von Berlin erteilt
worden sein. Näheres darüber ist noch nicht bekannt. Unter den
Arbeitern werden negative Diskussionen geführt, da man Auflösun-
gen erwartet. Es handelt sich dabei um ein Schwerpunktobjekt
im Rahmen der Erzaufbereitung.

Die Arbeit mit dem Agenturapparat war schlecht und es machte
sich bemerkbar, daß gerade in den Objekten, wo sich Unruhen
zeigten, keine GI vorhanden sind. Des weiteren waren nur wenige
KW's vorhanden, was die konspirative Bearbeitung wesentlich
erschwert hat.

Kreis Klingenthal

Demonstrationen, Arbeitsniederlegungen usw. sind im Kreis Klingen-
thal nicht zu verzeichnen. In einigen Betrieben sind lediglich
Personen aufgetreten, die negative Diskussionen entfachten, z.B.
in dem Werk Feilenhauerei Rautenkranz. Dort erklärte das Beleg-
schaftsmitglied [REDACTED], daß man in diesem Betrieb wahrschein-
lich mit der Rückführung des Betriebes an den inhaftierten Holz-
fuhrwerker [REDACTED] zu rechnen habe, der wegen Boykott-
hetze und Verleumdung des Gen. Stalin inhaftiert wurde. [REDACTED]
erklärte "Wer weiß, wieviel der [REDACTED] Schläge bekommen hat"
und rechnet mit der Entlassung in den allernächsten Tagen.

Der im VEB Vogtl. Kunstlederfabrik Tannenbergsthal beschäftigte
Jugendliche [REDACTED] erklärte in einem Gespräch "Diese
Regierung ist keine Regierung von und für uns. Wenn es angängig
wäre, würde ich am liebsten jetzt nach Berlin fahren und bei
der Beseitigung derselben mithelfen."

Der im gleichen Betrieb beschäftigte Jugendliche [REDACTED] erklärte
in diesem Zusammenhang "Die Liste ist schon fertig. Ich werde es
gegebenenfalls anders andrehen als wie der im Betrieb beschäf-
tigte [REDACTED], der die Verhaftung des ehem. Betriebsdirektors
[REDACTED] durchführen ließ". Er meint damit, daß er sich mit der
Verhaftung nicht begnügt, sondern daß er gleich beiseiteschaf-
fen will.

Weitere Vorkommnisse sind nicht aufgetreten.

Aufgrund der Bereitstellung von Krediten für die private Landwirt-
schaft ist zu verzeichnen, daß von dieser Bestimmung rege Gebrauch
gemacht wird und laufend Anträge auf Bereitstellung von Krediten
eingereicht werden. Über den Abstoß der Kredite hat sich noch
kein Antragsteller geäußert. Sie tragen sich vermutlich alle mit
der Absicht, daß die gewährten Kredite sich im Verlaufe der
nächsten 25 Jahre amortisieren werden.

Die Aussetzung der Beitreibung von Rückstandssteuern bis zum
Jahre 1951 wird sich sehr nachteilig für den Abgabeplan der Ab-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
J00013

teilung Finanzen auswirken und es muß in überwiegenden Fällen auf Abschluß von Steuerzahlungsvereinbarungen hingezieht werden, um den Haushalt nicht zu belasten.

Im Kreis Klingenthal sind momentan große Schwierigkeiten in der Kartoffelbelieferung aufgetreten, so daß für den gesamten Kreis nur noch für kurze Zeit Vorräte da sind.

Die Meinung der arbeitenden Bevölkerung zu den Maßnahmen der Regierung kommt darin zum Ausdruck, daß sie entschieden gegen die Arbeitsniederlegung der letzten Ereignisse Stellung nimmt und die provokatorischen und verbrecherischen Handlungen mißbilligt.

Anzeichen über noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Arbeit mit der Agentur zeigte sehr viele Mängel, da die Treffs infolge Fehlens von KW's größtenteils im Freien durchgeführt werden müssen. Dadurch sind die GI nicht zum Treff erschienen, weil sie sich fürchten, gesehen zu werden.

Kreis Marienberg

Im Kreis Marienberg hat es auf keiner Linie der Abt. III nennenswerte Ereignisse gegeben. Es ist alles in geordneten Bahnen verlaufen, nur im VEB IKA-Leuchtenbau, Lengefeld, waren zwei mit Kreide angeschriebene Hetzparolen zu verzeichnen.

Kreis Oelsnitz/Vogtl.

Im Kreis Oelsnitz ist/außer einer Festnahme wegen Boykotthetze zu keinen Ausschreitungen, Tätilichkeiten und anderen Vorkommnissen gekommen. Die Anordnung des Ministers C h w a l e k in bezug auf den geplanten Eisenbahnerstreik haben dort zu größerer Aufregung geführt, da die Meldung falsch weitergegeben wurde, was zur Ursache hatte, daß alle Bahnhöfe des Kreises von der KVP und unseren Freunden besetzt wurden.

IM VEB Strickerei und Konfektionswerke Oelsnitz war vor dem 17.6. die Tatsache vorhanden, daß sich viele Angestellte in die Produktion gemeldet haben, weil sie dort mehr Lohn erhalten. Sie nehmen auch jetzt noch eine abwartende Stellung ein und sagen, daß man der Regierung nichts mehr glauben kann. Erst müssen die neuen Maßnahmen durchgeführt werden, dann ist auch das Vertrauen wiederhergestellt. Die Produktion lief im allgemeinen planmäßig weiter und ist in der Erfüllung nicht gesunken.

Wegen Boykotthetze und Provokation wurde ein gewisser [REDACTED] aus dem Sektor der Landwirtschaft festgenommen.

Unstimmigkeit ist auch dort wegen Mangel an Zucker, Butter, Margarine, Öl und Schlachtfetten auf HO-Basis vorhanden.

In der Landwirtschaft macht sich bemerkbar, daß besonders die aus der Haft entlassenen Großbauern jetzt verstärkt Kredite beantragen. Da sich Oelsnitz im Bereich der 5 km - Schutzzone an der D-Linie befindet, wird dort hauptsächlich über Interzonengänge gesprochen.

30% der dortigen Bevölkerung verhält sich den neuen Maßnahmen gegenüber abwartend und ist sehr skeptisch. Die Meinung ist so, daß man sagt, die Regierung wurde zu diesen Maßnahmen ge-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000014

zwungen und hat es nicht freiwillig getan und jetzt versucht man, die Menschen wieder zu beruhigen.

Die Lage in den LPG's gibt zu keinerlei Beruhigung Anlaß.

In konzentrierter Form ist der Gegner dort nicht in Erscheinung getreten, auch sind keine weiteren Aktionen bekanntgeworden.

Die Arbeit mit der Agentur war ungenügend und bezog sich nur auf das Bringen von Stimmungsberichten. Bei zwei GI wurde festgestellt, daß sie durch den Ausnahmezustand ängstlich geworden waren und uns kein Material brachten.

Kreis Plauen

Im Kreis Plauen befinden sich die Großbetriebe Flamac, Zellwolle, Wema, Glühlampenwerk und der VEB Stahlbau. Dort bildeten sich einzelne Gruppen, die über Normerhöhung und HO-Preise diskutierten. Der Dienststellenleiter schickte seine Mitarbeiter in die betreffenden Werke, wo negative Diskussionen laut geworden waren, mit dem Auftrag, selbst mit den Stimmungsmachern zu sprechen und ihnen mit Verhaftung zu drohen. Dadurch war tatsächlich der Zustand zu verzeihen, daß es nicht zu größeren Unruhen kam.

Es muß aber hierbei berücksichtigt werden, daß die Diskussionen im geheimen weitergeführt werden und nur aus Angst vor Verhaftung keine Ausschreitungen zustande kamen. Diese Linie kann nicht gebilligt werden, obwohl damit ein vorübergehender Erfolg erzielt worden ist. Der Dienststellenleiter, Gen. [redacted], ist an und für sich ein robuster Mensch und als solcher bekannt und hat trotz seiner Art schon gute Erfolge bei anderen Aktionen erzielt.

Zu konzentrierten Ausschreitungen ist es nicht gekommen, sondern alle angeführten Fälle waren Einzel- oder kleinere Gruppen-Erscheinungen.

Die Arbeit der Agentur hat gezeigt, daß sie qualitativ und quantitativ zu wünschen übrig läßt.

Kreis Reichenbach

Im Schwerpunktbetrieb N e m a Netzschkau waren am 17.6. Anzeichen einer Demonstration vorhanden. Anlaß dazu war, daß der Werksleiter die Belegschaft zu Überstunden anhielt und die Arbeiter zur Erhöhung ihrer Norm veranlassen werden sollten. Dabei wurde ein Kollege von den Arbeitern tatsächlich angegriffen und in provozierender Form aufgefordert, selbst produktiv zu arbeiten. Die Belegschaft spendete dazu Beifall.

Trotzdem der Betrieb durch einen ständigen Mitarbeiter besetzt ist, kam es vor, daß am 23.6. um 15.30 Uhr in 3 Abteilungen des Werkes die sogenannten Gedenkminuten für die westberliner Trauerfeierlichkeiten durchgeführt wurden, was dem Sachbearbeiter selbst erst am 24.6. gegen 16.00 Uhr über die Kreisleitung der SED bekannt wurde. Dies zeigt, daß der Mitarbeiter eine vollkommene Gleichgültigkeit an den Tag legt und mit seinem Betrieb nicht, viel weniger noch mit seiner Agentur verbunden ist. Ähnliche Gleichgültigkeiten hat der Betriebssachbearbeiter schon in der vergangenen Zeit bewiesen. Es handelt sich um den Ofw. [redacted].

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000015

Ein Angestellter sowie der Dolmetscher des Betriebes haben ihre Parteidokumente zwecks Austritt aus der SED abgegeben.

Das Vertrauen zur Regierung betreffend, ist die Stimmung so, daß man erst eine gewisse Zeit verstreichen lassen will, um dann zu sehen, ob die Fehler auch wirklich gutgemacht werden.

Im Schwerpunktbetrieb Fichtel & Sachs fand am 17.6. Arbeitsniederlegung auf eine halbe Stunde statt, an der 15 Arbeiter beteiligt waren. Im gleichen Betrieb wurde von ca. 100 Personen während der Mittagspause geschlossen der RIAS angehört. Im Betrieb wurde ein Bild des Gen. Grotewohl von der Wand heruntergerissen und auf handgeschriebenen Hetzzetteln forderte man zum Streik auf. Zur Zeit ist wieder vollkommene Ruhe eingetreten und weitere Maßnahmen des Gegners wurden nicht bekannt.

Die Agentur wurde nur zum Teil bearbeitet und haben kein interessantes Material gebracht. Schwierigkeiten ergeben sich dadurch, daß zum Betrieb 6 verschiedene Werke, die räumlich von einander getrennt sind, gehören.

Auf dem Sektor Landwirtschaft waren keinerlei Vorkommnisse. Lediglich ist in Waldkirchen zu verzeichnen, daß dort bei einer Bauernversammlung die CDU offen ihre Arbeit niedergelegt hat.

Auf dem Sektor Handel und Versorgung waren ebenfalls keinerlei Vorkommnisse zu verzeichnen und der Feind ist in diesem Kreis nicht weiter in Erscheinung getreten.

Kreis Rochlitz

Der Kreis Rochlitz ist zum überwiegenden Teil Landwirtschaftskreis mit vier größeren Betrieben.

Im Schwerpunktbetrieb Peniger Maschinenfabrik fand am 17.6. eine Arbeitsniederlegung von einer Stunde mit einer Teilnehmerzahl von 200 Personen statt. Hier wurden ziemlich erhitzte Diskussionen geführt und man kam dahin, eine Delegation in Stärke von 3 Mann mit dem Auto nach Berlin zu schicken, um zu sehen, wie die Ereignisse in Berlin verlaufen, weil man danach das eigene Handeln einrichten wollte. Die Betriebsgruppe der Partei weigerte sich anfangs, stimmte aber dann dieser Delegation mit bei. Wie zu erwarten, kam diese Delegation nicht bis Berlin, sondern nur bis Abus Wildau, wo sie an einer Betriebsversammlung teilnahm und dann die Heimreise antrat. Nach ihrer Rückkehr sprachen die Teilnehmer in heuchlerischer Weise über den Betriebsfunk, sprachen die Arbeiter an, ihre Arbeit sofort aufzunehmen und entschuldigten sich für ihr falsches Tun und Handeln. Hier muß bemerkt werden, daß die Rädelshörer der Versammlung und eine Person der Delegation in einem registrierten Gruppenvorgang laufen. Durch operative Bearbeitung war es möglich, das Delegationsmitglied anzuwerben, was für die weitere Bearbeitung des Vorganges von Wichtigkeit ist. Seit dieser Zeit war lediglich noch eine Hetzparole in den Abortanlagen festzustellen, sonst ist wieder vollkommene Ruhe.

Dieses Beispiel der Peniger Maschinenfabrik sollte als Beispiel für die anderen Betriebe des Kreises genommen werden und es wurde bekannt, daß die übrige Industrie nur auf die Maschinenfabrik gesehen hat und alles mitmachen wollte, was sich dort abspielt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000016

Im VEB Wema Rochlitz fand am 18.6. eine Arbeitsniederlegung für eine Stunde statt, woran 270 Personen beteiligt waren, die aber sofort von der Partei wieder bereinigt wurde.

Wie schon angeführt, ist die Landwirtschaft in diesem Kreis überwiegend. Bei 5 LPG sind dieser Tage insgesamt 15 Austrittswochen eingegangen, davon wird eine LPG mit 7 Austritten am stärksten betroffen. Bei 4 LPG sind ernste Erscheinungen bemerkbar, die sich mit der Auflösung befassen.

In einer Mitgliederversammlung der Partei in Schleißdorf beantragte ein gew. [redacted] seinen Austritt und gab folgende Begründung an: "Ich habe in der Partei nicht das gefunden, was ich suche. Ich glaube, daß beim Zusammenschluß der KPD - SPD wirklich eine Arbeiterpartei zustande kommt. Die SED ist aber eine kommunistische Partei geworden."

Die Arbeit mit der Agentur war sehr ungenügend, da der Kreis über 2 MTS und 2 operative Mitarbeiter dafür verfügt. Die Agenturarbeit wurde nur mit 2 GI's durchgeführt. Demzufolge sind auch keinerlei Erfolge auf dem Sektor Landwirtschaft zu verzeichnen.

Kreis Schwarzenberg

Am 15.6. ging im Eisenwerk Erlau bereits eine Arbeitsniederlegung wegen Normerhöhungen voraus. Daraan waren 20 Personen beteiligt, die ihre Maschinen eine Stunde lang ausrückten.

Im VEB Mewa Sturmlaterne, Beierfeld, wurde von einem unbekannten Täter eine Normtafel beseitigt.

Am 24.6. fiel im Kraftwerk Schwarzenberg ein Transformator aus. Dadurch war die Stromversorgung im Kreis Schwarzenberg unterbrochen. Der Ausfall dauerte ca. 2 Stunden, bis von den Außenbetrieben die Stromzufuhr zugeleitet wurde. Der Schaden beträgt ca. DM 10.000,- ohne die Kosten des Produktionsausfalls. Die Ursache ist vermutl. Blitzschlag, was die bereits laufende Untersuchung noch ergeben müßte.

Weitere Vorkommnisse im Kreisgebiet Schwarzenberg sind nicht zu verzeichnen. Bei den Arbeitern in den Betrieben ist eine allgemein abwartende Haltung zu verspüren, indem man der Meinung ist, daß man die Normerhöhung erst anders durchsetzen wollte und jetzt in der Lage ist, sie ohne weiteres wieder fallen zu lassen.

Unter den werktätigen Bauern wird über die Zwangseintreibungen für auferlegte Strafen für Sollrückstände diskutiert. Sie sind der Meinung, daß die Beschlüsse der Regierung dahingehen, daß die aufgelegten Strafen erlassen bzw. die eingezogenen Strafen zurückgezahlt werden.

Innerhalb des Kreisgebietes ist keine konzentrierte Form des Klassengegners festgestellt worden. Anzeichen über zu erwartende Aktionen sind nicht zu verspüren.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
300017

Die Arbeit mit den GI's war sehr schlecht, da die bestehenden zum größten Teil Genossen sind und nur Berichte in positiver Form brachten.

Kreis Stollberg

Im gesamten Kreisgebiet sind keinerlei Sonderaktionen zu verzeichnen. Die Arbeit lief normal und wurde ordnungsgemäß durchgeführt.

Konzentriert trat der Klassengegner nicht in Erscheinung.

Im Steinkohlenbergbau Karl-Liebknecht-Werk und Rudolf-Breitscheid-Schacht wurde folgendes festgestellt: In der Zeit vom 17.-23.6. wurden in 7 Fällen an Hunten, die aus dem Förderschacht kamen, Hetzparolen angeschrieben, die zum Streik aufforderten. Trotz sofortiger Gegenmaßnahmen konnte nicht festgestellt werden, aus welchem Revier die Hunte übertragen wurden.

Es wurde bekannt, daß am Tag des Bergmannes am 5.7.53 die Kumpels des Steinkohlenreviers Oelsnitz/E. beabsichtigen, zu streiken, wenn eine ungerechte Prämienverteilung vorgenommen wird.

Am 22.6.53 äußerte ein Bergmann beim Kauf eines Anzuges in der HO Oelsnitz/E. folgendes: "Fräulein, ich sage es Ihnen im Vertrauen, warten Sie den Tag des Bergmannes ab, dann sprechen wir uns wieder, von wegen Aktivisten, "verdienter Bergmann" und der ganze Kult, ein armer Hund, der schon so nichts verdient, geht leer aus. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß einer DM 300.— und der andere 1.600.— DM verdient. Jeder hat nur zwei Hände zum arbeiten. Die mögen jedem etwas in die Hand drücken, dann ist manches abzuhalten. Sind das Zustände, wie jetzt ein Reviersteiger zu den Straffgefangenen gesagt hat, wenn er die 10% erhöhte Norm nicht schafft, geht zurück ins Straflager Zwickau, da könnt Ihr dann etwas erleben! Man treibt es zu toll mit der Norm. Sie sollten bloß mal die Diskussionen der Kumpels hören. Die haben es satt bis obenran, das kommt zum Platzen!"

Des weiteren sagte der 23 Jahre alte Bergmann [REDACTED], beschäftigt auf Martin Hoop IV, wohnhaft in [REDACTED], in der Gaststätte "Walderholung" am 21.6. folgendes: "Bis jetzt warten wir noch ab, was da kommt. Der Stichtag ist der Tag des Bergmanns. Es brodelt überall. Freiwillige Normerhöhung ist alles Schwindel. Es ist alles ein "Muß" und das Faß ist bei allen voll". Die Frage, ob das nur seine eigene Meinung sei, beantwortete er mit "Nein", das sei alles organisiert. Viele Bergleute warten nur auf die Auszeichnung zum "Tag des Bergmanns". Wenn die wieder so ausfallen, von wegen, der eine kriegt alles in dem Rachen geschmissen und mancher alter Kumpel, der schon sein Leben lang unten rumgewühlt hat, geht leer aus, dann ist's vorbei, da machen die Bergleute nicht mehr mit." Auf die Frage, ob diese Angelegenheit nur für Martin-Hoop-Schacht geplant sei, antwortete [REDACTED], daß sich dies auf alle Steinkohlenschächte bezieht und man auf die Normer eine Wut habe und sie die Ersten seien, die dran glauben müßten.

Innerhalb der Landwirtschaft erklärten die Genossenschaftsbauern [REDACTED] (DBD), [REDACTED] (DBD) und [REDACTED] von der LPG Jahnsdorf am 17.6.53 ihren Austritt. Der LPG-Vorsitzende [REDACTED] erklärte hierbei, er könne nicht mehr den LPG-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000018

Vorsitzenden machen und trete deshalb aus. Es wird die Ansicht vertreten, daß es nun mit den LPG Schluß sei, jedoch sind einige fortschrittliche Genossenschaftsbauern noch der Ansicht, daß sie weiterhin in der LPG arbeiten werden.

Die Arbeit mit der Agentur weist viele Mängel auf, da die Agentur nicht zum Treff erscheint und sich auch sehr ängstlich zeigt. Sie versuchen Schönfärberei zu treiben, indem sie nur positiv berichten.

Kreis Werdau

Am 18.6.53, 2.00 Uhr, wurde in der Mittagspause durch den Sekretär der BPO des Wälzlagerwerkes Fraureuth der Befehl des Ausnahmezustandes verlesen. Danach kam die Unzufriedenheit der Arbeiter zum Ausdruck, indem sie zum Streik aufriefen und eine Demonstration zur Kommandantur forderten. Es entwickelten sich provozierende Auseinandersetzungen und weitere Abteilungen dieses Werkes schlossen sich der Aktion an. Trotz Eingreifens des 1. Sekretärs der Kreisleitung Werdau wurde die Arbeit nicht aufgenommen und es kam zu einer Zusammenkunft, an der ca. 1.000 Arbeiter teilnahmen. Diese Zusammenkunft wurde zu einer unorganisierten, wilden Aktion, bei der sich besonders Provokateure hervortaten. Nach Aufstellung ihrer Forderungen wurde die Arbeit gegen 8.30 Uhr wieder aufgenommen.

Eine Viertelstunde später trat die Belegschaft erneut in den Streik, da die Freunde vor dem Werk erschienen waren. Erst nach Abzug der Freunde wurde die Arbeit fortgesetzt.

Die Arbeitsniederlegung umfaßte die gesamte Belegschaft von 1.000 Personen und erstreckte sich auf insgesamt über einen Tag. Von den Provokateuren wurden 7 Rädesführer in Haft genommen. An der Vorbereitung des Streiks waren feindliche Elemente tätig, indem diese von Abteilung zu Abteilung sowie von Maschine zu Maschine gingen und zum Streik aufriefen.

Aufgrund der Situation im Wälzlager Fraureuth wurden im IFA-Werk "Ernst Grube" Werdau ein Streik organisiert, der jedoch durch rechtzeitiges Eingreifen keine größeren Ausmaße annahm. Insgesamt legten dort 120 Personen 3 Stunden lang die Arbeit nieder.

Im Vereinigten Trikotwerk Crimmitschau brach am 17.6. ebenfalls ein Streik aus. Es waren ca. 650 Arbeiter daran beteiligt. Es wurden die Forderungen gestellt:

Herabsetzung der Normen um 20%,
Senkung der HO-Preise,
sofortige gesamtdeutsche Wahlen und
Abtritt der Regierung der DDR.

Der Streik dauerte 4 Stunden an. Zwei Initiatoren des Streiks wurden festgenommen.

Im VEB Wärmegerätewerk Crimmitschau streikten am 17.6.53 von den dort 200 Beschäftigten 20 Personen. Der Streik war hauptsächlich wirtschaftlicher Art und wurde nach 5 Std. beendet.

In den soeben aufgeführten Werken trat die ähnliche Erscheinung wie im Wälzlager Fraureuth auf, da auch dort Elemente die Arbeiter zum Streik besonders aufforderten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000019

Im landwirtschaftlichen Sektor des Kreises kam es zu keinen Ausschreitungen. In der LPG "Roter Stern" Falkenhain-Rußdorf, wurden durch ein LPG-Mitglied die einzelnen Mitglieder aufgesucht zwecks Unterschriftensammlung zum Austritt aus der LPG. Wie sich herausstellte, war diese Person vorher von den anderen Mitgliedern der LPG erst damit beauftragt worden und nahm lediglich nur noch die Formalitäten vor. Fisher sind zwei Austritte aus der LPG zu verzeichnen, welche jedoch keinen ernsten Charakter der Zersetzung der LPG tragen.

Die Zusammenarbeit mit der Agentur, besonders im IFA-Werk "Ernst Grube", war durch die laufende Verbindung sehr gut. Durch die konzentrierten Arbeitsniederlegungen wurden im verstärkten Maße neue GI mit Schweigeverpflichtungen angeworben.

Kreis Zschopau

Bereits am 13.6.53 legten 150 Personen des VEB Buntsockenwerkes Großolbersdorf, Zweigwerk Krumhermersdorf, die Arbeit nieder. Die Arbeitsniederlegung bezog sich auf die Normenerhöhungen. Nach durchgeführten Betriebsversammlungen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Urheber der Mißstimmung wurden festgestellt und werden operativ bearbeitet.

Weitere Streiks und Demonstrationen sind nicht zu verzeichnen.

Im VEB NAGEMA Scharfenstein waren einige Hetzparolen angebracht, die zum Streik aufforderten.

Die Bevölkerung ist allgemein noch sehr zurückhaltend. Sie erwartet noch weitere Maßnahmen von der Regierung, z.B. Preis- senkung in der HO. Aus der Schicht der techn. Intelligenz wurde folgende Meinung laut, daß es keinesfalls möglich sein könnte, daß die Reparationslieferungen herabgesetzt worden wären, da die meisten Großbetriebe mit Reparationsaufträgen kapazitätsmäßig so ausgelastet wären, daß keine zivile Produktion möglich ist. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß die Reparationslieferungen herabgesetzt werden müßten. Erst dann könnte das deutsche Volk seinen Lebensstandard verbessern.

Die werktätige Bevölkerung vertritt den Standpunkt, daß der Unterschied, der zwischen Arbeitern und Intelligenz besteht, nicht gerecht ist. Die errichteten Verkaufsstellen für die Intelligenz werden allgemein abgelehnt.

Die Auswirkung der Ereignisse hat im Kreisgebiet hinterlassen, daß das Vertrauen der breiten Masse zur Regierung erheblich geschmälert ist. Zu bemerken ist, daß die Bevölkerung mehr Vertrauen auf unsere Freunde setzt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß geäußert wurde: "Wenn die Besatzungsmacht nicht da wäre, hätten die Ausschreitungen eine viel größere Form angenommen".

Kreis Zwickau

Im gesamten Kreisgebiet Zwickau sind keine Streiks, Demonstrationen oder Arbeitsniederlegungen in der Industrie sowie in der Landwirtschaft zutage getreten. Lediglich im VEB IFA-HORCH sowie im VEB Karl-Marx-Werk kam es zu vereinzelter Ankleben von Plakaten und Beschmieren von Münzen.

Im Werk HORCH wurden am 18.6. zwei Zettel an der Tür der Abt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
000020

Rahmenbau vorgefunden, womit die Belegschaft zu einem halbstündigen Sitzstreik aufgefordert wurde. Am 19.6. wurde in demselben Werk an der Tür der Klosettanlage eine Hetzparole mit dem Inhalt "Grotewohl und Ulbricht müssen verschwinden und die anderen" angeschrieben.

Am 19.6.53 wurden im Karl-Marx-Werk mehrere Hunte mit feindlichen Parolen und Hakenkreuzen bemalt. Im Martin-Hoop-Schacht III wurde am 20.6. auf einen Aushang der Sportgemeinschaft ein Streifen aufgeklebt, der die Worte "Führt den Streik siegreich zu Ende" aufwies. Im selben Schacht wurden auf einem zum Aushang gebrachten Extrablatt der "Freien Presse" "Alles Lügen" geschrieben.

Auf Martin-Hoop-Schacht IV wurde am 20.6. das Bildnis des Gen. Stalin mit Staufferfett beschmiert.

Am 18.6. wurde auf dem Fußboden der Volltuchfabrik, Rödelbachtal, in Saupersdorf eingroßes Hakenkreuz aufgemalt.

Der Parteisekretär des Zellstoffwerkes Crossen erhielt einen gefälschten Brief des ZK zugesandt.

Zur Zeit läßt die bestehende Lage und die Arbeitsmoral der Werk-tätigen keinerlei Erscheinungen auf Streikbewegungen und Arbeits-niederlegungen feststellen.

Über die Zusammenarbeit mit der Agentur kann man berichten, daß diese gut war, aber trotzdem noch Mängel in Erscheinung tre-ten, und zwar dergestalt, daß die Sachbearbeiter in ihrem Agen-turapparat sehr viele Genossen haben und es bisher unterließen, sich Agenturen unter ehemaligen Faschisten und Offizieren zu schaffen, um damit die wahre Stimmung unter der Bevölkerung zu ergründen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000021

Abteilung IV

Die Arbeit der Abteilung IV mit dem Agenturapparat zeigte, daß die GI's und GM's nicht auf die neue politische Situation reagierten und folglich bei dem Aufsuchen der GI's und GM's erst eine Auftraggebung erforderlich war. Desweiteren wurde durch das Agenturnetz kein Anruf getätigt, woraus ersichtlich war, daß die Informatoren eine Feindtätigkeit provokatorischer oder anderer Hinsicht von Personen festgestellt haben.

Da mit den GI's und GM's eine schnelle Verbindung aufgenommen werden mußte, zeigte sich, daß dies erschwert wurde, indem mit den GI's und GM's nicht in ausreichendem Maße Maßnahmen getroffen worden sind zwischen unserer Abteilung und diesen Personen, wo eine schnelle außerplanmäßige Aufnahme der Verbindungen zustande kommen konnte.

Die in der Abteilung IV erhaltenen Berichte von Informatoren zeigten nur in 3 Fällen die Tätigkeit des Gegners auf. Diese Berichte beinhalteten die Arbeit des Gegners in den Betrieben, jedoch konnte von einer Spionagetätigkeit nicht gesprochen werden, sodaß die Abteilung III die weitere Bearbeitung aufnehmen mußte.

Eine verstärkte Spionagetätigkeit konnte nicht festgestellt werden. Die Gründe mögen darin liegen, daß der Ausnahmezustand einen Teil unserer Informatoren nicht gestattete die Tätigkeit in den Gaststätten oder Zusammenkünfte in den Abendstunden beobachten zu können.

Die gebrachten Berichte zeigten, daß keine neuen Momente, die auf Spionagetätigkeit schließen lassen und für die weitere Bearbeitung der Abteilung IV in Frage kamen, vorhanden waren. Die in der Abteilung vorhandenen registrierten und Überprüfungs-Vorgänge wurden nur mangelhaft bearbeitet. In der Abteilung IV wurde keine verstärkte feindliche Tätigkeit von den in den Vorgängen erfaßten Personen bekannt.

Eine starke Arbeit mit dem Agenturnetz wurde dadurch erschwert, da von 7 operativen Mitarbeitern 5 zur Sicherung und operativen Arbeit in den Kreisdienststellen zum Einsatz gelannten sowie in der Abteilung IX zur Durchführung von Vernehmungen.

In der Abteilung IV erfolgten keine Festnahmen.

Ein Mangel der Einsatzleitung liegt darin, daß wir in der Abteilung nicht mit unseren eigenen Kräften richtig planen konnten. Es wird vorgeschlagen, daß bei irgendwelchen Aktionen jede Abteilung von der Einsatzleitung eine konkrete Aufgabe erhält sowie ein abgegrenztes Arbeitsgebiet, welches während dieser Aktion zu bearbeiten ist, oder daß von der Einsatzleitung von jeder Abteilung eine bestimmte Anzahl Mitarbeiter als Einsatzreserve geschafft wird.

Kreisdienststelle Annaberg

2 männliche Personen wandten sich an eine Straßenpassantin, die sich in der Nähe der Kreisdienststelle befanden. Die Straßenpassantin wurde befragt was das für ein Haus sei. Damit war die Kreisdienststelle gemeint. Die 2 männlichen Personen hatten eine geographische Karte bei sich. Die Straßenpassantin konnte nicht genau feststellen, ob Eintragungen auf dieser Karte gemacht wurden. Die Straßenpassantin bemerkte die 2 verdächtigen Personen auf dem Marktplatz der Stadt, die mit einem BMW-Per-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
00022

sonenkraftwagen anwesend waren.
Die eingeleiteten Maßnahmen der Dienststelle führten zu keinem Erfolg, da der Personenkraftwagen bereits weggefahren und das Kennzeichen unbekannt war.

Im VPKA Annaberg - Abteilung PM - Interzonenwesen - machte sich eine starke Nachfrage nach IP nach Westdeutschland bemerkbar.

Kreisdienststelle Aue

Lt. GM-Berichten soll die Hauptperson im Vorgang "██████████" gearbeitet haben. U.a. will er Flugblätter in die Fa. Kurt Bauer und in die Fa. Blema, Aue, eingeschmuggelt haben. Er soll auch mit noch anderen Personen in Verbindung stehen und am kommenden Sonnabend (Zeit noch unbekannt) soll eine neue Sache gestartet werden. Am 24.6.53 will die Person zu unserem GM Flugblätter bringen, die in der Blema in Aue verteilt werden sollen. Die Wohnung des GM wird beobachtet, um die Angaben überprüfen zu können.

Kreisdienststelle Auerbach

In der Kreisdienststelle Auerbach konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Brand-Erbisdorf

Zur Anmeldung im Kreisgebiet kamen während des Einsatzes folgende Personen:

██████████, ██████████, geb.am ██████████ 1911 in ██████████,
wohnhaft ██████████,
Beruf: Zeitungsverkäufer, privater Zeitungsstand
und G a s e, Ida, geb.am 30.7.1907,
Beruf: Hausangestellte bei Angehörigen
der französischen Besatzungsmacht,
wohnhaft ██████████ gewesen ██████████,

Kreisdienststelle Flöha

In der Kreisdienststelle Flöha konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Freiberg

In der Kreisdienststelle Freiberg konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Glauchau

In der Kreisdienststelle Glauchau konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Hainichen

In der Kreisdienststelle Hainichen wurde ebenfalls auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Hohenstein-Ernstthal

Konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Klingenthal

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Wurden ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Abt³Stu
000023

Kreisdienststelle Marienberg
In dem Überprüfungsorgang war eine Person [REDACTED], die im Verdacht des illegalen Funkens steht. Am 18.6.53 wurde der daran angesetzte GM getroffen. Der Ort wurde von dem Informator selbst vorgeschlagen. Am Mittwoch, den 17.6.53 erhielt eine Funktionärin unserer Partei, wohnhaft in Olbernhau, einen Anruf, welcher anonym war und sie aufgefordert wurde, an dem Treffpunkt zu selbigem Tage zu erscheinen, den der GM selbst gewählt hatte. Es ist anzunehmen, daß der anonyme Anruf durch den GM erfolgte, um festzustellen, ob diese Funktionärin mit den Organen der Staatssicherheit Verbindung aufnimmt oder hat, da das Belastungsmaterial zur Anwerbung dieses GM's von der Funktionärin stammt, die den anonymen Anruf erhielt.

Kreisdienststelle Oelsnitz
Auf Grund von Provokationen wurde ein am 12.6.53 zurückgekehrter illegaler Grenzgänger am 21.6.53 festgenommen und der Abteilung IX übergeben.

Während des Einsatzes setzten sich 3 Personen nach Westdeutschland ab. Darunter ein Angehöriger der KVP. Die Bearbeitung des KVP-Angehörigen wurde an die Abteilung IX übergeben.

Kreisdienststelle Plauen
In der Kreisdienststelle Plauen konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Reichenbach
In der Kreisdienststelle Reichenbach konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Rochlitz
In der Kreisdienststelle Rochlitz wurde nichts auf der Linie der Abteilung IV bekannt.

Kreisdienststelle Schwarzenberg
Die Kreisdienststelle Schwarzenberg konnte auf der Linie der Abteilung IV keine Feststellungen machen.

Kreisdienststelle Stollberg
In dieser Dienststelle wurden ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Werdau Kreisdienststelle
In der Kreisdienststelle Werdau wurde auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Zwickau
In der Kreisdienststelle Zwickau wurde auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Zschopau
Auch in dieser Kreisdienststelle wurden keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

- Abteilung V -

BStU
000024

Kreis Karl-Marx-Stadt

Referat A

Auf dem Sachgebiet des Referates A wurde in der Zeit vom 17. 6. 1953 bis 24. 6. 1953 mit zwei GI's auf der Linie SPD-Ostbüro laufend zusammengearbeitet. Festnahmen oder irgendwelche Hinweise auf feindliche Tätigkeit wurde auf Grund der in dieser Zeit durchgeföhrten Treffs nicht festgestellt.

Ein Fall ist bekannt geworden, und zwar hat das Mitglied der SED, früheres SPD-Mitglied, Kohlenhändler [REDACTED], [REDACTED] Kreis Karl-Marx-Stadt, gegenüber einer parteilosen Funktionärin der Nationalen Front geäußert: "Du bist einer der Ersten mit, die erschossen wird." Da [REDACTED] in einem Überprüfungs-vorgang, betreffend Ostbüro-Anhänger bearbeitet wird, ist vorge-sehen, [REDACTED] zu werben.

Referat B

In der Zeit vom 16. bis 24. 6. 1953 wurden mit dem GI Gerhard Treffs durchgeföhrt und zwar mit dem Ziel die Gruppe aufzuklären, die ein gewisser [REDACTED] bearbeitet. [REDACTED] ist uns dadurch bekannt, daß er innerhalb der DDR Briefe verbreitet, die zum Widerstand gegen unsere Gesellschaftsordnung aufrufen. Es wurde festgestellt, daß die Gruppe um [REDACTED] verstärkt in dieser Zeit Rias-Parolen verbreitete, aber zu weiteren Aktionen nicht über-ging.

Teilnahme von Personen aus militaristisch faschistischen Kreisen an irgendwelchen Provokationen, Streikleitung usw. wurde nicht festgestellt.

Referat C

Die GI's auf der Linie des Referates C arbeiteten wie folgt:

GI Georg wurde in Mittweida eingesetzt und arbeitet während der Aktion X an dem KgU-Schwerpunkt Burgstädt - Claußnitz (betr. Vorgang [REDACTED].)

Der GI "Lissig" arbeitet an der technischen Lehranstalt Karl-Marx-Stadt. Er hat in seinem Semester festgestellt, daß zwei Studenten [REDACTED] und [REDACTED], zum Streik auf-wiegeln und versuchen wirtschaftliche Belange der Studenten mit politischen Forderungen zu verbinden. Uns ist bekannt, durch die Verhaftung eines Agenten aus diesem Semester, daß dort eine Widerstandsgruppe besteht. An der Aufklärung dieser Gruppe wird ständig weitergearbeitet. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Verbindung zur sogenannten Agentenzentrale "Kulturelle Hilfe".

Der GI "Fuchs" ist seit dem 22. 6. 1953 im Schwerpunktgebiet Freiberg eingesetzt, und arbeitet dort an der vorhandenen Wider-standsgruppe mit dem Ziel, aufzuklären welche Personen für die laufenden Flugblattverbreitungen verantwortlich sind. Die bezüg-liche Treffs werden in Karl-Marx-Stadt durchgeföhr. Operative Maßnahmen werden mit Zusammenwirken mit der Dienststelle Freiberg durchgeföhr.

Der GI Eva bringt allgemeine Stimmungsberichte aus reaktionären Kreisen, insbesondere Fabrikanten und Geschäftskreisen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
300025

Der GI "Kroll", der auf der Linie der LDP arbeitet, machte verschiedene Stimmungsberichte, bei denen folgendes zum Ausdruck kommt:

Man ist in den Kreisen der LDP der Ansicht, daß durch die fehlende Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die LDP stark in den Vordergrund treten dürfte und seinen Mitgliederstand beträchtlich erweitern würde. Weiterhin wird das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß der ehemalige Stellvertretende Ministerpräsident Kastner in einer evtl. neu zu bildenden Regierung einen wichtigen Posten einnehmen werde. Die Mitglieder der LDP die am 17. 6. 1953 noch schadenfroh über das Zustandekommen eines Aufstandes waren, waren in der Folgezeit dankbar für das schnelle Eingreifen der Roten Armee, nachdem sie von den Plünderungen und Ausschreitungen der Westberliner Agenten und Provokateure Kenntnis genommen hatten.

Festnahmen, die mit Untergrundbewegungen in Verbindung zu bringen wären, wurden in dieser Zeit vom Referat C nicht gemacht.

Referat D

Die Sekte der Zeugen Jehova verhält sich zu den gegenwärtigen Ereignissen nach Angaben unseres GI Paulus neutral. Am Sonntag, den 21. 6. 1953, wurde ein Zeuge Jehovas namens [REDACTED] festgenommen, der die Ansichten der Zeugen Jehovas verbreitend verschiedene Familien besuchte. Der Vorgenannte wurde von einer Arbeiterfrau festgehalten und dem VF-Präsidium zugeführt. Von dort aus wurde eine Weiterbearbeitung unsererseits vorgenommen.

Referat E

Durch den GI Kaiser und den GI Ottomar, die beide auf der Linie der CDU arbeiten, wurde uns bekannt, daß man in CDU-Kreisen allgemein fordert und zwar kam das besonders auf der Kreisschlußsitzung der CDU am 15. 6. 1953 bereits zum Ausdruck, daß man die Beseitigung der Verantwortlichen für die Fehler, damit gemeint ist die Regierung unserer DDR, vornimmt. Sprachrohr für diese Forderungen waren der Student an der Schule für Schwermaschinenbau Karl-Marx-Stadt [REDACTED] und ein Landwirt [REDACTED]. Weiter wird vor allen Dingen gefordert, daß der Vorsitzende der CDU Göttling, der alles "mitgemacht" hätte, abgelöst wird. Am 23. 6. 1953 bei einer Bezirks-Sekretariatsitzung der CDU wurden vom [REDACTED] aus Brand-Erbisdorf und [REDACTED] aus Freiberg dieselben Forderungen aufgestellt.

Wie durch Informationen aus Kreisen der Jungen Gemeinde bekannt wird, benutzt man die letzten Ereignisse dazu, um der Jungen Gemeinde, die einige Rückschläge auf organisatorischen Gebiet erlitten hatte, einen neuen Aufschwung zu geben. Derartige Anzeichen sind von allen Dingen in den ländlichen Gebieten unseres Bezirkes und Kreises vorhanden.

Auf dem Gebiet der evangelischen und katholischen Kirche sind keine Anzeichen von einer provokatorischen oder feindlichen Stellungnahme gegenüber unserer Regierung vorhanden, im Gegenteil, es wurden in diesen Kreisen Stimmen laut, die die Versuche des Westberliner Föbels, Plünderungen im größeren Ausmaß durchzuführen, verurteilten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000026

Referat F

Nennenswerte Flugblattaktionen wurden im Kreis Karl-Marx-Stadt nicht durchgeführt.

Terrorakte sind nicht vorgekommen.

Provokateure, die in den meisten Fällen, durch RIAS-Parolen beeinflußt, schon wieder daran glaubten, daß das Tausendjährige Reich wiederkommen werde, und provokatorische Äußerungen meistenteils nach Genuß von Alkohol von sich gaben, und in den meisten Fällen von klassenbewußten Arbeitern den Staatsorganen zugeführt wurden, sind folgende:

1. E i s e r m a n n , Karl,
geboren am 16. 11. 1907 in Mora-Stadt,
wohnhaft: Karl-Marx-Stadt, [REDACTED],
festgenommen am 17. 6. 1953,
Grund der Festnahme: Boykotthetze.
2. G o t t s c h a l k , Hans,
geboren am 11. 8. 1908 in Reichenbrand,
wohnhaft: [REDACTED] Limbach, [REDACTED],
festgenommen am 18. 6. 1953,
Grund der Festnahme: Boykotthetze.
3. [REDACTED]
geboren am [REDACTED] 1916 in [REDACTED],
wohnhaft: Karl-Marx-Stadt, [REDACTED],
festgenommen am 19. 6. 1953,
Grund der Festnahme: Boykotthetze.
4. L e i s t n e r , Erwin,
geboren am 4. 3. 1906 in Chemnitz,
wohnhaft: Karl-Marx-Stadt, [REDACTED],
festgenommen am 21. 6. 1953,
Grund der Festnahme: Boykotthetze.

Kreis Annaberg

Referat A

Auf der Linie des Referates A laufen keine GI's und GM's. Es wurden bezüglich der Ereignisse vom 16. bis 24. 6. 1953 keine Feststellungen getroffen.

Referat B

E n t f a l l t .

Referat C

Auf der Linie des Referates C laufen auf der Dienststelle vier GI's, die in der Zeit der Aktion X laufend Stimmungsberichte anfertigten. Eine Tätigkeit bestimmter Widerstandsgruppen oder Untergrundorganisationen konnte nicht festgestellt werden, jedoch wurde von der Dienststelle festgestellt, daß zeitweise das Haus Lipfertstraße, worin drei Genossen des MfS und drei Genossen der VP wohnen, mehrere Nächte von undurchsichtigen Personen umschlichen wurde. Nachdem die VP das Gebäude und auch ein in der Nähe liegendes Getreidefeld kontrolliert hatte, verzogen sich diese Personen und ergriffen die Flucht. Im Getreidefeld selbst fand man eine Lagerstätte aus Heu und Stroh, die für mehrere Personen hergerichtet war.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000027Referat D

Von offizieller Seite ist bekannt geworden, daß in den Mitgliedern der Sekte Zeugen Jehova das Gerücht in Umlauf gesetzt wird, im August 1953 würde ein neuer Krieg ausbrechen und die Zeit für die Anhänger Jehovahs wäre dann gekommen.

Referat E

Von offizieller Seite wurde bekannt, daß der Stadtrat von Annaberg-Buchholz, Mitglied der CDU, G erl a c h, sowie der Kreisrat S e i d e l, ebenfalls Mitglied der CDU, folgendermaßen geäußert haben:

E s muß nun eigentlich eine Regierungsumbildung erfolgen, die kleinen Angestellten hat man bestraft, aber den großen tut man nichts.

Der katholische Pfarrer J o c h aus Annaberg erkannte die Verordnung des Stadtkommandanten über die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht an und war der Meinung, daß man Ausnahmezustand auf kirchliche Veranstaltungen nicht anwenden könne.

Während der Ereignisse machte sich eine besondere Aktivität innerhalb der Kirchen und der Jungen Gemeinde nicht bemerkbar.

Referat F

Terrorakte gegenüber Funktionären der Partei und anderer Massenorganisationen wurden nicht durchgeführt.

In der Stadt Annaberg-Buchholz wurde ein Werbeplakat des Stadttheaters Annaberg mit einer Hetzparole folgenden Inhalts überschrieben:

Gebt uns Jugendlichen endlich Arbeit, sonst schlagen auch wir los. Des weiteren wurde dem Partei Sekretär aus Crottendorf Kreis Annaberg, Genossen [REDACTED], ein anonymer Brief überreicht, der folgenden Wortlaut hatte:

Wir fordern Halbmast für die von den Sowjets erschossenen Arbeiter. Deutsche Arbeiter pfui. Schafft Butter oder die Nächsten seid Ihr.

Festnahmen von Provokateuren sind nicht erfolgt.

Kreis AueReferat A

Die mit den GI's und GM's auf dieser Linie durchgeführten Treffs erbrachten keine Hinweise einer feindlich provokatorischen Tätigkeit von Personen, die unter dieses Referat fallen.

Referat B

Dasselbe wie oben.

Referat C

Von GI's und GM's, die auf dieser Linie arbeiten, wurden außer Stimmungsberichten aus der Bevölkerung keine Wahrnehmungen gemacht über eine feindliche oder provokatorische Haltung diesbezüglicher Bevölkerungsteile.

Referat D

Die GI's und GM's auf dieser Linie stellten keine negativen Erscheinungen fest, sondern betonen allgemein eine neutrale Einstellung gegenüber den Ereignissen aus Sekten und Umsiedlerkreisen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000028Referat E

Es wurden keine Provokationen seitens der Kirche und Junges Ge-
meinde festgestellt, im Gegenteil, Pfarrer, die allgemein wegen
ihrer sonstigen üblichen negativen Einstellung bekannt waren,
hielten sich in diesen Tagen streng neutral.

Referat F

Am 17. 6. 1953 wurden an vier verschiedenen Stellen in der Stadt-
mitte Hetzparolen mit Kreide angebracht mit der Parole "Nieder
mit der SED". Gegen 0.35 Uhr wurden weitere 35 Kreideaufschriften
und 13 Zettel 21 x 13 mit derselben Lösung innerhalb des Stadt-
gebietes aufgefunden. Ebenfalls am 17. 6. 1953 5.30 Uhr wurden
auf der Bahnhofstraße zwischen Flöckau und Blaumenthal 350 Flug-
blätter der sogenannten Puma-Widerstandsbewegung gefunden, die
einen provokatorisch feindlichen Inhalt gegen unsere Regierung
und Gesellschaftsordnung beinhalteten. Weiterhin wurden die
Verhältnisse im Wismut-Bergbau kritisiert und gegen eine Ver-
wendung des Uren-Erzes als Atomwaffe protestiert. Die Hetzprodukte
wurden mit Vervielfältigungsapparat hergestellt. Als Täter kommen
wahrscheinlich Wismut-Arbeiter, die um diese Zeit die Strecke
fahren, infrage. Täter konnten nicht festgestellt werden. Provo-
kateure und andere an feindlichen Handlungen beteiligte Personen
wurden nicht festgenommen.

Dienststelle AuerbachReferat A

Feindtätigkeit auf diesem Referat war nicht zu verzeichnen.

Referat B

Es wurden keinerlei Provokationen in diesen Kreisen ausgeübt,
lediglich wurde ein starker Gerüchteumlauf festgestellt, der sich
in den meisten Fällen um unseren Präsidenten Wilhelm Pieck drehte,
der angeblich in der Sowjetunion festgehalten würde, nach einer
anderen Variante sich in Bad Elster befindet und dort von sowjeti-
schen Soldaten bewacht wird.

Referat C

Es wurde festgestellt, daß der [REDACTED], wohn-
haft in [REDACTED], ein Schreiben mit Unterschrift "Kampfgruppe
gegen Unmenschlichkeit" erhielt, in dem er aufgefordert wurde,
es sich ja nicht zu erlauben in eine Wohnung einzuziehen, die
einem republikflüchtigen gehört hat. Maßnahmen zur Ermittlung des
Täters wurden eingeleitet.

Referat D

Auf dem Gebiet der Sekten wurde allgemein bemerkt, daß eine
Stellungnahme in negativer oder positiver Hinsicht nicht gegeben
wurde.

Referat E

Auf der Linie der Kirchen wurde allgemeine Zurückhaltung gegen-
über den eingetretenen Ereignissen bemerkt.

Referat F

Im Kreis Auerbach wurden keinerlei Flugblattaktionen oder provo-
katorische Anschläge gegen unsere Genossen unternommen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
300029

Kreis Brand-Erbisdorf

Referat A

In dem Kreise der ehemaligen SPD-Anhänger war keine feindliche Tätigkeit verspürbar, lediglich kursierte ein hartnäckiges Gerücht, daß unser Präsident Wilhelm Pieck in der Sowjetunion verstorben sei, denn sonst, so betont man, hätte er zur Deutschen Bevölkerung während der Ereignisse gesprochen.

Referat B

Auf der Linie des Referates B - militaristische faschistische Kreise - war abgesehen von Verbreitung von Rias-Parolen, die sich gleichfalls um unseren Präsidenten Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht drehten, keine Feindtätigkeit zu bemerken.

Referat C

Untergrundorganisationen, die auf der Linie C sich bewegen, machten sich wegen der Ereignisse nicht bemerkbar. Durch GI-Berichte aus den Reihen der LDP wird allgemein die zur Durchführung gelangten Terror- und Diversionsakte im der feindlichen Agenten im Gebiete der DDR verurteilt.

Referat D

Kreise, die den Sektor oder Umsiedlern nahestehen, verhielten sich neutral zu den eingetretenen Ereignissen.

Referat E

Innerhalb der CDU hatte ein GI -Stimmungsberichte gebracht, die zum Ausdruck bringen, daß sich die Mitglieder der CDU von den Gewalttaten und Plünderungen bezahlter feindlicher Elemente aufs schärfste distanzieren.

Referat F

Provokationen, Flugblattaktionen und andere Merkmale waren während der ganzen Zeit, außer einigen Gerüchten, die in Umlauf gesetzt wurden, nicht zu bemerken.

Kreis Flöha

Referat A

Es wurde festgestellt, daß die Gerüchte, die von Gegnern ausgestreut wurden, teilweise auch von Genossen der SED aufgenommen und weitergetragen wurden, und zwar vor allen Dingen bei solchen Gerüchten, die Zweifel in Beziehung der neuen Maßnahmen unserer Regierung zum Inhalt hatten.

Referat B

Den ersten beiden Tagen, und zwar vom 17. und 18.6.1953 waren in den faschistisch - militaristischen Kreisen des Kreises Flöha Schadenfreude und "verkappte Siegesfeiern" zu bemerken, die aber nach Bekanntwerden der Niederlage der faschistischen Terrortrupps im demokratischen Sektor von Berlin und anderen Gebieten der DDR merklich absanken.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
360030

Referat C
Eine Untergrundtätigkeit im eigentlichen Sinne konnte nicht festgestellt werden. Lediglich eine starke Gerüchtemacherei, die ihren Ursprung in kleinbürgerlichen Kreisen hatte, war zu bemerken.
In NDP-Kreisen kursierte die Meinung, daß eine Regierung, die derartige Fehler verursacht hat, auf jeden Fall abtreten müsse.

Referat D
In Kreisen der Kirche wurde festgestellt, daß man allgemein zur Ansicht neigte, wenn ein Krieg kommt, so können wir sowieso nichts dagegen tun und haben auch nichts mehr zu verlieren.
In Umsiedlerkreisen wurden besonders die Gerüchte verbreitet, die Umsiedler immer gerne hören und sich mit ihrem Rückkehr in ihre Heimat nach Schlesien usw. beschäftigen.

Referat E
Innerhalb der CDU wird allgemein begrüßt, daß sich das Kirchenleben nun wieder normalisiert und die Tätigkeit der Jungen Gemeinde durch nichts mehr gehindert wird.

Referat F
In Niederwiesa Kreis Flöha wurden zwei Hetzzettel mit selbstgeschriebenem provokatorischen Inhalt festgestellt. Als Urheber und Anstifter für diese Angelegenheit wurde der 20jährige Spinnereiarbeiter [REDACTED], wohnhaft [REDACTED], festgenommen. Er beauftragte seinen 13jährigen Bruder diese Hetzzettel zu schreiben und auch sie im Ort selbst anzubringen. Der Festgenommene gab an, daß er aus eigenem Antrieb handelt habe und ein eifriger Rias-Hörer sei.
Weitere Provokationen wurden nicht festgestellt.

Kreis Freiberg

Referat A
Auf der Linie des Referates A wurde keine Feindtätigkeit festgestellt.

Referat B
Auf der Linie des Referates B wurde lediglich eine verstärkte Gerüchtemacherei festgestellt.
Weiterhin ist anzunehmen, daß auf die Rechnung des BDJ verschiedene Flugblattaktionen in Freiberg geführt wurden.

Referat C
Von einer Untergrundtätigkeit kann nur in Zusammenhang mit dem im Kreis Freiberg durchgeführten Flugblattaktionen gesprochen werden. Bewaffnete Aktionen der vorhandenen Widerstandsgruppen wurde nicht festgestellt.

Referat D
Merkmale einer besonderen aktiven Arbeit auf dem Gebiete der Sektionen und Umsiedler konnten nicht festgestellt werden.

Referat E
Stimmung innerhalb der CDU und der Kirche ist abwartend und skeptisch, man läßt sich zu keinerlei Stellungnahmen verleiten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000031Referat F

Folgende Flugblattaktionen wurden in der Zeit vom 17. 6. 1953 bis 24. 6. 1953 in Freiberg durchgeführt:

Am 17. 6. 1953 - 60 Stück.

Inhalt: Aufruf an die Genossen und FDJ mit der Widerstandsgruppe zu arbeiten (ohne Unterschrift).

Am 17. 6. 1953 - 49 Stück.

Inhalt: ist vorwiegend gegen die Staatssicherheit gerichtet. 22 Genossen der VP, SED und MfS werden genannt und vor ihnen gewarnt. Eine Hetzschrift befasst sich nur mit dem Genossen Richter, (ehemaliger Dienststellenleiter von Freiberg) sowie mit dem Parteisekretär Werner Fritzsche. Die Hetzschriften wurden mit Maschine geschrieben und mittels Vervielfältigungsapparat hergestellt.

Am 18. 6. 1953 - 74 Stück.

Inhalt ist folgender:
Genossen und FDJler kämpft mit gegen den Terror, kommt zur Widerstandsbewegung. (Ohne Unterschrift).

Am 21. 6. 1953 - 21 Stück.

Inhalt: 1. Hetze gegen den Parteisekretär der Gruppe David-Schacht, Blei-Erzgruben Albert Funkt.
Unterschrift: Freiheitskomitee Sachsen.

2. Neuer Verrat Titos am Sozialismus.

Unterschrift: Franz-Bund.

3. Warnung vor dem Staatssicherheitsdienst.
Unterschrift: NWK Sachsen.

4. 22 Namen von "SED-Spitzeln" mit genauer Wohnadresse.
Unterschrift: Freiheitskomitee Sachsen.

Am 22. 6. 1953 - 18 Stück.

Inhalt: Genossen und FDJ kämpft gegen den Terror, kommt zur Widerstandsbewegung.

Unterschrift: Widerstandsgruppe Freiberg.

Kreis GlauchauReferat A

Am 16. zum 17. 6. 1953 wurden im Stadtgebiet von Glauchau Flugblätter geworfen mit den Forderungen Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland, Senkung der HO-Preise um 40 %, Senkung der Normenzeiten um 40 %, Senkung der Steuer- und Sozialbeiträge, Auflösung der KVP.

Unterschrift: Freiheit.

Es wird angenommen, daß diese handschriftlich hergestellten Flugblätter Hetzprodukte von Schumacher-Anhänger sind.

Referat B

Feindtätigkeit auf der Linie der militärischen Organisationen wurde außer einigen Weiterverbreitungen von Gerüchten, nicht bemerkt.

Referat C

Irgendwelche Untergrundarbeit, die auf das Wirken von der KgU oder anderen Agentenzentralen schließen läßt, war nicht vorhanden.

Re

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000032

Referat D

Illegale Sekten und auch Umsiedlerkreise haben sich ihrer Stellungnahme, die auf eine Provokation oder Feindtätigkeit ausläuft, enthalten.

Referat E

CDU, Kirchen und Junge Gemeinde enthalten sich jeder Stellungnahme und sind sich darüber einig, daß die Maßnahmen der Regierung in Bezug ihrer ureigensten Angelegenheiten richtig waren und somit der Grund entfällt Unzufrieden zu sein.

Referat F

Es wurde eine Postkarte an die SED-Kreisleitung gerichtet,. SOS - Koffer packen und ab nach Moskau. Schriftenvergleiche bei verdächtigen Personen wurden angefertigt.

Ein weitere Postkarte ging an den VEB-Betrieb Textilwerk Einheit Gluchau mit der Aufschrift Uhrzeit 11.55 Uhr, macht Buch für die Reise fertig, das Volk steht auf, nehm Günther mit. Wehe Buch, es gibt kein Pardon. (Günther ist der Betriebsleiter des VEB).

Des weiteren wurden vier Stück Hetzzettel in der Größe von 5 x 6 cm mit der Todesanzeige der Friedestaube in verschiedenen Stellen der Stadt geklebt.

Weiter wurde ein Hetzzettel mit dem Bild unseres Präsidenten Wilhelm Pieck angebracht mit der Aufschrift "Weg mit diesen und anderen Lumpen, Für Freiheit und Brüderlichkeit und ein geeintes Deutschland. Wer sich wiedersetzt nicht den Tod, aber jeglichen materiellen Verlust!" Diese Hetzparole war mit der Hand geschrieben.

Festnahmen, die aus Provokationen oder Terrorakten herführen, wurden nicht unternommen.

Kreis HainichenReferat A

Auf der Linie des Referates A wurde keine Feindtätigkeit während der Ereignisse festgestellt.

Referat B

Auf der Linie B war unter den militaristisch faschistischen Kreisen eine rege Gerüchteküche im Gange, die sich besonders um unseren Präsidenten Wilhelm Pieck und eine bevorstehende Währungsreform drehte. Unser Präsident wäre angeblich nach dem Westen geflüchtet und eine Währungsreform wäre notwendig, um die zerrüttete Lage wieder zu normalisieren.

Referat C

Untergrundtätigkeit, die auf ausländische und Westberliner Agenturen schließen lässt, konnte nicht festgestellt werden.

Referat D

Sektenangehörige oder Umsiedler traten fast gar nicht in Erscheinung und verhielten sich zurückhaltend.

Referat E

Auf Grund der Vorfälle in Berlin distanzierten sich weite Kreise der christlichen Bevölkerung einschließlich der CDU von den machen-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000033

schaften der faschistischen Terrorbenden.

Referat F

In der Nacht vom 18. zum 19. 6. 1953 wurden in der Zeit von 23.00 bis 2.00 Uhr rund 20 handgedruckte Blätter angebracht mit der Aufrufung zu Streiks und der Mahnung, den Berliner Streikenden nachzuhören. Es gelang einen Kreis der Personen festzustellen, die mit dieser Flugblattaktion unmittelbar in Verbindung zu bringen sind. Nach Absprache mit dem Instrukteur und dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung V werden die verdächtigten Personen operativ weiter bearbeitet, da h. durch GI aufgeklärt.

Kreis Hohenstein-E.

Referat A

Auf der Linie des Referates A wurden keine Feststellungen getroffen, die auf Feindtätigkeit schließen lassen.

Referat B

Aus Kreisen militaristischer und Faschistischer Personen ist außer der üblichen Gerichtemacherei nichts zu bemerken.

Referat C

Aus einem registrierten Vorgang auf der Linie der LDP wurde durch den angesetzten GI "Zinn" bekannt, daß der Kreisvorsitzende der LDP Blietz verschiedene negative Äußerungen tat, unter anderem daß sich die Regierung mit ihren Maßnahmen ungeheuerlich plamiert habe und nur noch ein Weg offen bliebe, nämlich Abtreten und von der Bildfläche zu verschwinden. Weiterhin führte er aus, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit müßten alle diejenigen, die dazu beigetragen haben, daß solche Fehler zustandekommen, aufgehängt werden, das wäre der einzige richtige Weg und eine Abschaffung damit in Zukunft derartige Experimente unterbleiben.

Referat D

Sektenangehörige und Umsiedler verhielten sich neutral und nahmen keine feindliche Stellung, die uns irgendwie aufgefallen wäre.

Referat E

Aus den Kreisen der CDU und Jungen Gemeinde sind keine provokatorischen Stimmungen lautgeworden. Man ist skeptisch betreffend der Maßnahmen in Bezug der Jungen Gemeinde.

Referat F

In der Nacht vom 17. zum 18. 6. 1953 um 0.00 Uhr wurde in Hohenstein-Erstthal der H o f m a n n , Kurt, geboren am 13. 6. 1925, wohnhaft in Oberlungwitz, Hirschgrund Nr. 131, Mitglied der NDR, von den Freuden beim Plakatbeschmieren überrascht. Er versah diese Plakate mit der Aufschrift : "Freie Wahlen" mit Plauer Tische. Eine Verhaftung wurde wegen Geringfügigkeit seitens der Staatsanwaltschaft Karl-Marx-Stadt, nicht in Erwägung gezogen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kreis Klingenthal

BStU
000034

Referat A
Feindliche Aktionen seitens der Schumacher-Anhänger oder ähnlicher Elemente war nicht zu verzeichnen.

Referat B
Außer Weiterverbreitung von Gerüchten wurde seitens der militärisch faschistischen Personenkreisen nichts bemerkt.

Referat C
Irgendwelche Untergrundtätigkeit wurde nicht bemerkt.

Referat D
Sekten sowie Umsiedlerangehörige enthielten sich Provokationen und Feindtätigkeit und traten somit nicht in Erscheinung.

Referat E
Die Kirche und die CDU verhielten sich neutral und zeigten nur Interesse für ihre ureigensten Belange.

Referat F
Auf dem Gebiete des Referates F wurden keine Wahrnehmungen gemacht. Provokationen fanden nicht statt.

Kreis Oelsnitz

Referat A
Irgend etwas, das auf Feindtätigkeit hinwies, konnte auf dieser Linie nicht festgestellt werden.

Referat B
Militärische und faschistische Personen traten nicht irgendwie in Erscheinung.

Referat C
Von Anhängern einer Untergrundbewegung wurde an den Leiter der Oberschule A. Dölling Oelsnitz / Vogtl., Karl-Marx-Schule, eine Postkarte mit folgendem Inhalt übersandt: "Die Freiheit ist auf dem Marsch. Nur noch kurze Zeit, dann kommt der Tag der Rache. Der Strick für Deinen Hals liegt schon bereit. Im gegebenen Augenblick sind wir immer bereit." die operative Bearbeitung wurde aufgenommen, indem Schriftvergleiche angefertigt wurden.

Referat D
Angehörige von Sekten und Umsiedlerkreisen verhielten sich abwartend und skeptisch, enthalten sich sonst jeder Stellungnahme.

Referat E
Kirchen und Junge Gemeinde zeigen nur Interesse für eigenen Be- lange und sind bestrebt die Rückschläge, die sie in der letzten Zeit erlitten haben, wieder aufzuholen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000035

Referat F

Terrorakte und Provokationen fanden nicht statt. Es wurden auf diesem Gebiet auch keine Festnahmen vorgenommen.

Kreis Marienberg

Referat A

Aus diesen Kreisen wurde keine feindliche Stellungnahme oder Provokation bekannt.

Referat B

In den Kreisen faschistisch - militaristischer Elemente wurde außer der üblichen Gerüthemacherei, die sich hauptsächlich mit unserem Präsidenten Wilhelm Pieck befaßte, nichts bekannt.

Referat C

Es waren keine Hinweise vorhanden, die auf eine Untergrundtätigkeit schließen läßt.

Referat D

Angehörige aus Sekten- und Umsiedlerkreisen haben sich an irgendwelchen Provokationen nicht beteiligt.

Referat E

Das CDU-Mitglied Erich Matthes aus Olbernhau wurde als er 14 Parolen mit Eisenlack an Schaufenstern und Konsum und HO angebracht hatte, die zum Streik und zum Sturz unserer Regierung aufriefen, auf frischer Tat festgenommen. Matthes ist inzwischen zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Referat F

Am 17. 6. 1953 wurden an zwei verschiedenen Häusern in der Bahnhofstraße in Olbernhau folgende Hetzparolen angebracht: "Arbeiter und Angestellte, laßt unsere Berliner Kollegen nicht im Stich, demonstriert auch gegen die Kommunistenschweine. Donnerstag, den 18. 6. 1953 6.00 Uhr auf dem Markt." Dieser Losung ist niemand gefolgt, sie fand keinerlei Anklang. Am 22. 6. 1953 griffen der Landwirt Schwabbe, Karl aus Marienberg und der Stellmacher Bécker, Franz aus Kühnhaide einen Funktionär unserer Partei in provokatorischer Weise an. Weiterhin haben beide Walter Ulbricht einen Menschen genannt, der eine Zeit lang von prostierten ausgehalten worden ist. Beide wurden festgenommen.

Kreis Plauen

Referat A

Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Schumacher-Leute sich an irgendwelchen Provokationen beteiligt haben.

Referat B

Faschistisch militaristische Elemente, die auf Grund der Ereignisse unter besonders starker Kontrolle genommen wurden, beteiligten sich an keinerlei Provokationen,

Referat C

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000036

In der Dienststelle liegt der Vorgang "Sturz" ein. Die beschuldigte Person wurde beschuldigt im Besitz von Waffen zu sein. Der GI "Michael", der im Vorgang verankert war, hat es fertig gebracht unter einer Variante die Waffe in seinen Besitz zu bekommen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß der Beschuldigte keine weitere Waffe besitzt und auch keine Verbindungen besitzt zu irgendwelchen Untergrundbewegungen oder feindlichen Agentenzentralen.

Auf der Linie der LDP arbeiter der GI "Sartorius". Dieser konnte in Erfahrung bringen, daß im Zusammenhang mit den Ereignissen der Fall H a m a n eifrig diskutiert wird. Gleichzeitig wird von diesen Kreisen verlangt, daß überprüft wird, ob Hamann auch nur Fehler gemacht hätte oder ob noch etwas Anderes vorliege.

Referat D

Aus Kreisen von Sekten und Umsiedlern waren keine negativen Äußerungen in Bezug auf die Ereignisse zu bemerken.

Referat E

Die CDU-Mitgliedschaft war ausnahmslos empört über die Verschleppung des Vorsitzenden der CDU und stellvertretenden Ministerpräsident Otto Muschke, während sich die Kirche in jedem Fall passiv verhielt, mit Ausnahme des Superintendenten Mitscherling, der am 17. 6. 1953 20.00 Uhr in der Lutherkirche zu dem Thema "Ein richtiges Wort zur richtigen Stunde" in einer verdeckten Art und Weise gegen unsere Regierung hetzte.

Referat F

Provokationen waren nicht festzustellen, lediglich eine Anzahl Personen wurden festgestellt, die durch negierende Äußerungen auffielen. Diese wurden nach einer Belohnung und entsprechender Verwarnung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kreis ReichenbachReferat A

Trotzdem Kreis Reichenbach mehrere Schwerpunkte der Ostbüro-SPD hat, wurden keine Wahrnehmungen gemacht, die auf eine Feindtätigkeit der Ostbüro-SPD schließen lassen.

Referat B

Militaristisch faschistische Personenkreise haben sich den Ereignissen gegenüber passiv erhalten.

Referat C

Provokationen irgendwelcher Art, die auf eine Untergrundtätigkeit schließen lassen, entfielen. Lediglich wurden zwei Hetzschriften seitens der KgU an den Genossen K l u g e im Konsum Reichenbach gesandt, die dieser an die SED-Kreisleitung weitergegeben hat.

Referat D

Sekten- und Umsiedlerkreise beziehen wenig Stellung und neigen zum Abwarten, bis die neuen Maßnahmen unserer Regierung in Kraft treten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000037

Referat E

Die CDU, Kirche und Junge Gemeinde legt sich starker Zurückhaltung auf, was dahin gewertet werden muß, daß praktisch ihre ursprünglichen Forderungen schon vor dem eingetretenen Ereignissen durch unsere Regierung erfüllt worden sind.

Referat F

Am Dienstag, den 23. 6. 1953 wurde in Mylau die einzige öffentliche Fernsprechsanlage durch Vernichtung der Verbindungsschnur von unbekannten Tätern gestört.

Folgende Flugblätter wurden im Kreis Reichenbach auf Straßen sowohl in öffentlichen Gebäuden auf Treppenaufgängen gefunden:

17. 6. 1953 - 3 Stück

Inhalt: Aufruf zum Sturz der Regierung.

18. 6. 1953 - 4 Stück.

Inhalt: Hetze gegen die DDR.

19. 6. 1953 - 2 Stück.

Inhalt: Aufruf zum Streik. Es lebe die Freiheit.

23. 6. 1953 - 1 Stück.

Inhalt: Achtung, Achtung: Rache für den unschuldig hingerichteten Westberliner. Schlägt die SED-Verbrecher tot und ~~kämpft~~ stürzt die Regierung. Es lebe die Freiheit.

Sämtliche Flugblätter waren mit Hand geschrieben. Schriftenvergleiche wurden durchgeführt, jedoch bisher ohne Erfolg.

Kreis Rochlitz

Referat A

Auf der Linie des Referates A sind keine feindlichen Provokationen zu bemerken gewesen.

Referat B

Faschistisch - militaristische Personenkreise verhielten sich passiv.

Referat C

Provokationen und Terrorakte, die auf Untergrundbewegung schließen, ließen sich nicht ergeben.

Referat D

Angehörige von Sekten und Umsiedlerkreisen hielten sich neutral und haben keine Stellungnahme negativer Art abgegeben.

Referat E

Am 21. 6. 1953 wurden in den Kirchen Rochlitz, Penig und Gehringswalde Aufrufe verlesen, welche die Aufhebung der Verfolgung der Mitglieder der Jungen Gemeinde beinhalteten. Weiterhin kam in der Predigt zum Ausdruck, daß noch viele Angehörige auf die Rückkehr von Angehörigen warten.

Referat F

Es wurden keinerlei Provokationen festgestellt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000038

Kreis Schwarzenberg

Referat A
Personenkreise, die der SPD angehört haben und verdächtigt sind Schumacher-Anhänger zu sein, haben sich nicht an irgendwelchen Provokationen beteiligt.

Referat B
Militaristische und faschistische Personenkreise verhielten sich passiv.

Referat C
Es wurden keinerlei Wahrnehmungen gemacht, die auf eine Untergrundtätigkeit hinweisen.

Referat D
Sekten und Umsiedlerkreise haben sich an Provokationen oder feindlichen Aktionen nicht beteiligt.

Referat E
Am 18. 6. 1953 hat der Pfarrer B r e h m , Johanngeorgenstadt, den Kirchendiener veranlaßt den Befehl über den Ausnahmezustand zu entfernen. Eine Unterredung mit dem Kommandanten hatte klärende Wirkung. Der Pfarrer wurde nicht verhaftet.

Referat F
Am 17. 6. 1953 23.55 Uhr wurde von der VP auf der Strecke Schwarzenberg / Elba an der Bahnhöfleiterung ein Transparent 5 x 0.70 m mit folgender "Losung" entfernt:
"Wir fordern freie Wahlen." Dieses Transparent war auf einer Tafel mit Reißzwecken befestigt und verdeckte von der früheren Losung Marx, Engels und Lenin und Stalin.
Am 18. 6. 1953 nachts ist in der Bergerbeitersiedlung Neuoberhaus Johanngeorgenstadt, Haus 5, die Beschädigung zweier Embleme erfolgt. Einem Emblem von Walter Ulbricht wurden die Augen ausgeschnitten, und von einem anderen wurde ein Streifen von ca. 5 cm Breite abgerissen.
Am 19. 6. 53 wurde auf dem Rabenberg Wismut-Siedlung, im Haus 47 eine Wandzeitung beschädigt und ein Karl-Marx-Bild heruntergerissen. Die Tatzeit war von 22 - 24.00 Uhr.
Des weiteren wurde am 21. 6. 1953 in diesem Haus ein Stalin-Bild heruntergerissen.
Am 22. 6. 1953 wurde in der HO-Gaststätte "Heinzhof" vormittags im Abort der Männer eine Hetzparole angebracht mit folgendem Inhalt: "Schlagt die Roten Runde tot. Streik, Streik und nochmals Streik".
Am 22. 6. 1953 wurden in einem Wald bei Markersbach von dem Arbeiter Albin L e i n ein Cellophanbeutel mit 2 Päckchen Flugblätter, je 60 Stück in tschechischer Schrift gefunden. Da im Jahre 1951 in der Nähe dieser Stelle schon einmal Flugblätter dieser Art gefunden wurden, wird angenommen, daß die gefundenen Flugblätter noch aus dieser Zeit stammen.
Am 17. 6. 1953 war von 11.50 Uhr bis 13.10 Uhr die Telegrafie von Johanngeorgenstadt nach Leipzig gestört.
Weiter waren 2 Telefonleitungen von Johanngeorgenstadt nach dem Ortsteil M ühlberg gestört. Der Schaden wurde am gleichen Tag noch behoben.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Kreis Stollberg

BStU
000039

Referat A

Auf der Linie Ostbüro wurden keine Feststellungen getroffen, über provokatorisches Verhalten dieser Personen.

Referat B

Am 12. 6. 1953 sagte der Großbauer L a n d g r a f , Kurt geboren am 9. 2. 1908, wohnhaft in Lugau / Kirchberg, [REDACTED], folgendes:
"Es hätte noch nie eine solche Regierung gegeben, wie diese jetzt, die sich so eine Blöße gibt und ihre Fehler einsicht. Die Bauern würden daher fordern, daß derjenige, welcher die Fehler gemacht hat, abgesetzt wird; denn wenn die Bauern Fehler machen, werden diese auch verhaftet werden."
Am 17. 6. 1953 sagte er zu der [REDACTED], [REDACTED] geb. am [REDACTED] 1930, wohnhaft in Lugau / Kirchberg folgendes:
"In Berlin wäre der Ausnahmezustand verhängt, die Volkspolizei hätte auf die Demonstranten geschossen und die Westberliner Krankenautos würden die Verwundeten wegfahren. Adenauer wäre ebenfalls in Westberlin eingetroffen und hätte den Befehl gegeben, es soll alles ruhig bleiben und der sowjetische Sektor mit Lebensmittel versorgt werden.
N u s c h k e hätte sich unter den Schutz der westlichen Behörden gestellt. U l b r i c h t wäre ein Verbrecher, da er Ernst Thälmann verraten hätte. Ulbricht wäre damals in die Tschechoslowakei ausgerissen und hätte von dort aus einen Brief an die Gestapo geschrieben und hätte in diesem das Versteck von Ernst-Thälmann verraten".
Dieses Gespräch hörten außer der [REDACTED] noch zwei weitere Personen.
Der Obengenannte ist Mitglied der NSDAP gewesen seit 1932 und hatte den Rang eines Obersturmführers der SA.
Während des Krieges war er Angehöriger der SA-Standarte Feldherrnhalle.
Am 18. 6. 1953 gegen 22.45 Uhr wurde von der [REDACTED], [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED] / [REDACTED] in Oelsnitz, Alte Oelsnitz Alter Oeslitzer Str. auf einem 15 cm hohen Baumstumpf eine kleine Hitlerbüste aus Metall gefunden.

Referat C

Am 17. 6. 1953 gegen 18.00 Uhr wurden im Steinkohlenwerk Karl-Liebknecht zwei Hunte mit folgenden Lösungen festgestellt:
"Kumpels wann demonstrieren wir und wir grüßen die Streikenden von Ostberlin."
Am 18. 6. 1953 um 6.00 Uhr eine weitere Aufschrift auf einen Hunt "Wo ist Ulbricht und Pieck?" Ein weiterer Hunt war beschriftet mit "Übt Solidarität, streikt!"
Am 19. 6. 1953 gegen 10.30 Uhr kam wieder ein Hunt nach Übertrag mit der Lösung "Berlin streikt. Kumpel wo bleist DU?"
Am 20. 6. 1953 gegen 7.00 Uhr wurde an einer Wand der Hängebank des Rudolf-Breitscheid-Schachtes in Oelsnitz die Lösung vorgefundene "SED abtreten". Diese war mit blauem Oskreidestift geschrieben. Größe 40 cm.
Von der entsprechenden Dienststelle wird angenommen, daß es sich nicht um eine Einzelperson handelt, sondern um eine Gruppe, die dort Feindtätigkeit ausübt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000040

Referat D
Am 23. 6. 1953 gegen 19.00 Uhr wurde von dem Genossen Neef, Max geb. am 28. 5. 1889, wohnhaft in Stollberg, [REDACTED], folgendes mitgeteilt:
Bei seinem Nachhauseweg konnte er feststellen, daß die nachfolgend genannten Angehörigen der Zeugen Jehovas bei der Fam. [REDACTED], Bahnwärterhäuschen an der Bahnlinie Stollberg - Oelsnitz eine illegale Zusammenkunft der Sekte durchführten.
Dies waren:
1. Frau [REDACTED], wohnhaft in Stollberg (in der Fabrik Kemberg & Stärker)
2. Fam. [REDACTED], wohnhaft in Stollberg im Bahnwärterhaus an der Bahnstrecke Stollberg - Oelsnitz.
3. Der Jugendliche [REDACTED] und seine Schwester, wohnhaft ebenfalls in Stollberg.

Referat E
CDU, Kirche und Junge Gemeinde verhielten sich passiv und traten nirgends in Aktion.

Referat F
Am 22. 6. 1953 gegen 9.00 Uhr wurde von dem Genossen [REDACTED], wohnhaft in Niederwürschnitz [REDACTED] in Oelsnitz, Lugauer Str. 4 ein Flugblatt in der Größe 10 x 4 cm mit der Aufschrift "Weg mit dem Spitzbart" gefunden.
Das Flugblatt wurde mit einem Kinderstempelkasten gedruckt.

Kreis Werdau

Referat A
Personenkreise, die der rechten S PD nahestehen, sind nicht in Errscheinung getreten.

Referat B
Faschistisch militaristische Personenkreise sind nicht in Aktion getreten.

Referat C
Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, worauf sich schließen ließ, daß Untergrundtätigkeit in irgend einer Form vorhanden ist.

Referat D
Sekten und Umsiedlerkreise verhalten sich neutral und warten das Kommende ab.

Referat E
CDU, Kirche und Junge Gemeinde beschäftigen sich nur mit Dingen, die sie selbst betreffen, unter anderem die Maßnahmen zur freien Betätigung der Jungen Gemeinde.

Referat F
Irgendwelche Provokationen, Flugblattaktionen usw. sind im Kreis Werdau nicht zu verzeichnen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000041

Kreis Zschopau

Referat A
Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß seitens des Ostbüros oder rechten SPD-Leute feindliche Arbeit geleistet wurde.

Referat B
Militaristisch faschistische Elemente traten nicht in Erscheinung.

Referat C
Es gibt keine Verfälle, die darauf hindeuten, daß irgendwelche Untergrundorganisationen vorhanden wären, ~~oder~~ eine diesbezügliche Tätigkeit ausüben.

Referat D
Sekten sowie Umsiedlerkreise verhalten sich abwartend gegenüber den neuen Maßnahmen unserer Regierung.

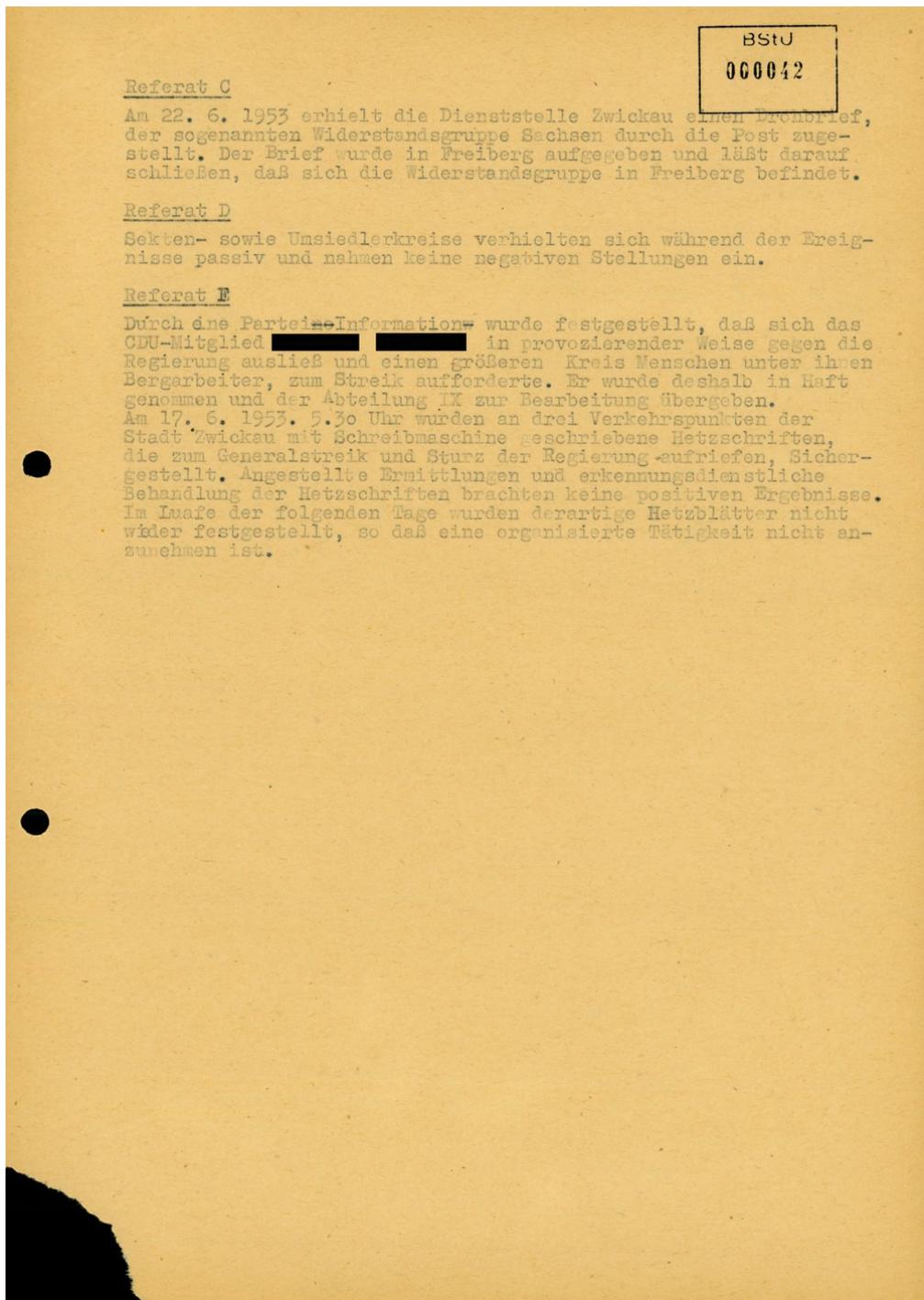
Referat E
CDU, Kirchen und Junge Gemeinde versuchen aus den gegenwärtigen Verhältnissen einen Nutzen herauszuschlagen und die Organisation zu stärken.

Referat F
Ein gefälschtes Schreiben, angeblich vom ZK unserer Partei an einen volkseigenen Betrieb, forderten dazu auf die Bilder des Genossen Stalin zu entfernen und an ihrer Stelle die Bilder des Genossen Malenkow aufzuhängen. Weiterhin soll über diese Thematik eine breite Diskussion entfalten werden.
In Falkenbach Krs. Zschopau wurden Plakate, die den Ausnahmezustand verkünden, von unbekannten Tätern abgerissen.
Gerichte sind wie folgt im Umlauf:
Das Leunawerk wäre von Terroristen abgebrannt worden. Der Genosse Walter Ulbricht und Genosse Grotewohl wären verhaftet worden.

Kreis Zwickau

Referat A
Am 20. 6. 1953 wurden der Dienststelle Zwickau drei verschiedene Exemplare von Hetz-Flugblättern. Das Ostbüro der SFD übergeben. Und zwar drei verschiedene Exemplare. 1. Warum die Sowjetzone hungern muß, 2. Sowjettechniker nur Lehrlinge des Westens. Sowjet-Deutsche Nationalarmee ohne uns." Trotz sofort angestellter Ermittlungen seitens der Dienststelle konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

Referat B
Militaristische und faschistische Organisationen traten nicht in Erscheinung.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 42

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
060043

Abteilung VI
=====

In den Objekten der Abteilung VI im Bezirk Karl-Marx-Stadt des Stadt- und Landkreises herrschte während der Zeit der faschistischen Provokationen im wesentlichen Ruhe, d.h. vor und während der Auslösung des Ausnahmezustandes.

Es ergaben sich keine nennenswerten Ausschreitungen, Zwischenfälle und gesteuerte Diskussionen, bei den von einer bewussten Organisation gesprochen werden konnte. Trotz vorhandener sichtbarer Mängel in der politischen Aufklärungsarbeit in verschiedenen öffentlichen Verwaltungen und Institutionen, sowie des Vorhandenseins eines erheblichen Teils von Funktionären bürgerlicher Herkunft, besonders in den Objekten Post- und Fernmeldewesen und Gesundheitswesen kann von einem guten Verhalten der Beschäftigten gesprochen werden.

In den einzelnen Objekten sieht die Lage folgendermaßen aus:

NDPD:

In den letzten Wochen und Monaten diskutierte die Mitgliedschaft rege über die verschiedenen Verordnungen der Regierung, besonders die Neuregelung der Kartenversorgung, Wegfall der Fahrpreisermäßigungen bei der Reichsbahn und die 10%ige Normerhöhung.

Zahlreiche Mitglieder wollten aus der Partei austreten und einige ihre Mitgliedsbeiträge herabsetzen. Durch den Einsatz von Instrukturen, besonders des Bezirksverbandes, konnte dieser Entwicklung wirksam begegnet werden und diese Erscheinungen wurden auf ein Minimum reduziert. Große Teile der Mitgliedschaft, besonders die Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden, empfinden die neuen Massnahmen der Regierung auf Vorschlag des ZK der SED als einen Fortschritt in der Verbesserung der Lebenslage. Sie sehen darin aber weniger ein Zeichen des Willens der Regierung, die Lebenslage des Volkes zu verbessern als vielmehr einen Rückzug, der sich notwendig mache, weil die Bevölkerung nicht mehr mit der politischen Linie einverstanden gewesen wäre und zahlreiche Personen aus irgendwelchen damit zusammenhängenden Gründen nach Westdeutschland flüchteten.

Betont wird hierbei, dass die Regierung diese nachteiligen Verordnungen gar nicht erst hätte erlassen dürfen, wenn es ihr mit der Erhöhung des Lebensstandards ernst gewesen sei. Die reaktionären Elemente empfinden mit einer gewissen Schadenfreude die Ereignisse als "Unfähigkeit der Regierung".

Die Mitglieder der Partei arbeiten im Allgemeinen gesellschaftlich wenig mit, nehmen weder an Parteiversammlungen teil noch unterstützen sie aktiv die Beschlüsse der Regierung. Direkte gegnerische Aktionen oder Teilnahme von NDPD-Mitgliedern an Ausschreitungen sind nicht bekannt geworden und auch nicht zu erwarten. Parteiaustritte sind nicht zu verzeichnen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000044DBD:

In der Mitgliedschaft wird über die neuen Beschlüsse der Partei, besonders die Änderungen im Verhalten zu westflüchtigen Personen in der Frage der Rückgabe des Eigentums und zu grossbäuerlichen Elementen, mit Interesse verfolgt und diskutiert.

Das Bezirkssekretariat der DBD gab an die Kreisverbände klare Anweisungen, aus denen zu ersehen ist, dass sich an der bisherigen Politik der Partei nichts wesentliches ändern wird. Da eigene Argumentationen des Parteivorstandes aus erklären Gründen noch fehlen, halten sich die hauptamtlichen Mitarbeiter an die Beschlüsse des Ministerrates im Wortlaut und die Artikel des Zentralorgans der SED "Neues Deutschland".

Im Großen und Ganzen wurden in der DBD die Beschlüsse mit Befriedigung aufgenommen, wobei man allerdings forderte, besonders auf Grund des harten Durchgängens verschiedener Verwaltungsgänge bei Versäumnissen und Rückständen der Bauern an Steuern und Abgaben sowie in der Pflichtablieferung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, dass die Regierung nicht nur ihre Fehler einsieht, und Massnahmen zur Verbesserung der Lebenslage trifft, sondern dass die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.

Die Mitglieder der DBD verurteilten die faschistischen Provokationen und Ausschreitungen, die nicht dazu beitragen, begangene Fehler nicht zu wiederholen und daraus zu lernen. Zur Hetze des RIAS wird erklärt, dass man endlich die in der Bevölkerung kursierenden Gerüchte über unseren Staatspräsidenten bereinigen sollte, indem man Aufklärung über seinen Aufenthalt und Gesundheitszustand gibt oder ihn über den Rundfunk sprechen lässt. Damit könnte der Hetze des Rias wirksam begegnet werden.

Parteiaustritte sind nicht bekannt geworden.

Eine direkte Feindtätigkeit in der Partei im Zusammenhang mit diesen Vorkommnissen war ebenfalls nicht zu verzeichnen.

Blockpolitik:

Zur Blockpolitik ist festzustellen, dass durchweg alle bürgerlichen Parteien eine aktive Teilnahme an der Bekämpfung und Aufklärung über die faschistischen Provokationen vermissen liessen.

Das stellte z.B. der Stadtbezirk I und III der SED fest, in denen die Blockparteien keine Hilfe leisteten. Die SED war der entscheidende Faktor und hat mit Erfolg gearbeitet.

Es sind sowohl positive als auch gänzlich negative Stimmungen vorhanden. Der Kollege [REDACTED] (NDPD) brachte zum Ausdruck, dass das entschlossene Handeln der Regierung und das vorbildliche Eingreifen der sowjetischen Truppen von seiner Partei unterstützt wird. Der Stadtbezirk IV der NDPD nimmt positiv zu den Massnahmen der Regierung im demokratischen Block Stellung und führte einen Arbeitseinsatz der leitenden Funktionäre mit den Frauen an der Abbruchstelle Ulmenstraße durch.

Die Direktorin der [REDACTED] (LDP) unterschrieb nicht die Resolution, in der unserer Regierung und Partei das Vertrauen ausgesprochen wird. In der Comenius-Schule sagte ein Lehrer (CDU): "Das ist eine Frechheit, mich zu holen und für die Schule Wache halten zu lassen!"

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000045

Die Blockparteien stehen nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben und sind ihren Verpflichtungen nur ungenügend nachgekommen.

Rat des Bezirkes:

Die Arbeit wurde an sämtlichen Tagen ohne Zwischenfälle weitergeführt. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes führte mit seinem Stellvertretern und dem Sekretär einer Dienstbesprechung über die Ministerratsbeschlüsse durch, wobei die Ratsmitglieder verpflichtet wurden, mit den Abteilungsleiterneingehend über die Lage und die neuen Aufgaben zu sprechen. Die Org.-Instrukteur-Abteilung führte darüber hinaus am 18.6.1953 einen Einsatz in den Kreisen durch. Die Vorsitzenden der Kreise wurden in zentralen Dienstbesprechungen in Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen zusammengefasst.

Die Stimmung unter den Angestellten ist gut. Negative Diskussionen wurden nicht festgestellt.
Parteiaustritte waren nicht zu verzeichnen.

Rat der Stadt:

Vom ersten Tag an wurde in kleinen Gruppen Aufklärungsarbeit geleistet, so dass die Stimmung im Allgemeinen positiv war.

Sowohl im erhöhten Arbeitseinsatz als auch bei Nachwachen zeigte sich die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter. Sogar bürgerliche Ratsmitglieder setzten sich positiv ein, z.B. das CDU-Mitglied [REDACTED] und [REDACTED] (NDPD), der sich beim Kaderleiter darüber beschwerte, dass Mitglieder seiner Partei nicht mit eingesetzt werden.

Rat des Kreises:

Die Angestellten bekunden ihr Vertrauen zur Regierung und zu den von ihr getroffenen Massnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Sie begrüssen die neuen Verordnungen und verpflichten sich, das demokratische Staatsbewusstsein noch weiter zu festigen, das beweisen sie auch in freiwilligen Einsätzen, zu denen sie auch in den letzten Tagen sich zur Verfügung stellten.

Negative Stimmungen sind lediglich bei verschiedenen Angestellten der Gemeindeverwaltungen des Kreises Karl-Marx-Stadt bekannt worden, die nicht näher bezeichnet sind.

Bezirksjustizverwaltung:

Der grösste Teil der Mitarbeiter diskutierte über die Massnahmen der Regierung positiv und war sich darüber im Klaren, dass auch die Justizverwaltung wesentlich dazu beitragen muss, die Provokateure zur Verantwortung zu ziehen und selbst äusserste Wachsamkeit an den Tag zu legen. Das geschieht durch grosse Vorsicht im Dienst und im Verkehr mit der Bevölkerung sowie durch die Sicherung des Dienstgebäudes. Feindliche Tätigkeit selbst wurde nicht bekannt, auch keine Parteiaustritte.

Staatsanwaltschaft:

Alle Angestellten führten ordnungsgemäß ihre Arbeit weiter durch. Negative Stimmen waren nicht zu verzeichnen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000046

Die Staatsanwälte bringen zum Ausdruck, dass es für sie nicht leicht sein wird, jetzt die richtigen Massnahmen zu treffen und sich "umzustellen". Sie diskutierten darüber, dass zu viele Arbeiter abgeurteilt wurden, was sie schon früher erkannt hätten, und jetzt wieder viele freigelassen werden müssen, die sie erst verurteilt hätten.

Das Objekt war gut gesichert und die Angestellten stellten sich auch ohne Einwendungen für den Wachdienst zur Verfügung.

Staatsanwalt [REDACTED] (LDP) beschwerte sich z.B. darüber, warum er nicht mit eingesetzt wurde.

Am 23.4.1953 wurde eine Parteiaktivsitzung über die 14. Tagung des ZK abgehalten und am gleichen Abend eine Mitgliederversammlung, auf denen Massnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des Ministerrates beraten wurden, sowie zu den neuen Vorschlägen der Partei.

Parteiaustritte waren nicht zu verzeichnen.

Postamt I:

Die Ereignisse in den letzten Tagen haben im Postamt 1 keinerlei Störungen und Arbeitsunterbrechungen hervorgerufen. Es wurden am 17.6. und 18.6.1953 mehrere Kurzversammlungen durchgeführt, in denen die Kollegen von Mitgliedern unserer Partei über die gegenwärtige Lage aufgeklärt wurden.

Die Provokationen wurden fast einmütig abgelehnt, als Massnahmen, die nicht im Interesse des Volkes liegen. Viele Kollegen sehen die Ursachen dieser Vorfälle darin, dass die Regierung ein falsches Bild der tatsächlichen Lage in der heutigen Stimmung der Bevölkerung hatte, zurückzuführen auf schöngefärbte Berichte der Parteien, Organisationen und Institutionen, der Presse, die oft mit begeisterter Zustimmung der Werktätigen zu den Beschlüssen der Regierung argumentierte, wiwohl das nicht den Tatsachen entsprochen habe, oder es sich hier nur um Einzelbeispiele handelte. Die Kollegen äußern, dass es nicht auf grosse Diskussionen ankomme, sondern, dass man Taten sehen wolle.

Hier ist die Parteiorganisation nicht stark genug und hat auch nicht das Vertrauen der gesamten Belegschaft. Außerdem wirkt sich die Überalterung der Mitarbeiter aus und die Beschäftigten auf die Beschäftigung vieler Kollegen, die schon vor der Nazizeit und während dieser im Postdienst tätig waren.

Postamt IV:

Auch hier herrschte während der ganzen Zeit Ruhe und die Ereignisse wurden ohne Erregung und Zwischenfälle aufgenommen. Die Partei-führte Kurzversammlungen durch, in denen über die Ereignisse aufgeklärt wurde. Diemeisten Kollegen verurteilten die Gewaltakte der faschistischen Elemente in Berlin und erklärten, dass diese niemals im Interesse der Arbeiterklasse liegen.

Provokateure und Hetzer traten im Objekt nicht auf. Jedoch herrschte allgemeine Unzufriedenheit unter den Arbeitern über den Ausnahmezustand in Karl-Marx-Stadt. Die Ursachen der Vorkommnisse sehen die Kollegen darin, dass in der Öffentlichkeit nicht frei über die Mängel gesprochen werden könne und, dass die führenden Genossen der Partei Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht die Lage nicht richtig

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000047

einschätzen, was ihnen auf Grund ihrer Verbundnheit mit der [redacted] Arbeiterklasse möglich gewesen sein müsste. Der Kollege [redacted], zum Beispiel ist der Meinung, dass wir in der DDR selbst schon an den Provokationen sind, weil der "Bogen überspannt worden wäre". Der Objektschutz im Postamt wurde durch die Partei verstärkt.

Fernmeldeamt:

Die Stimmung ist im Allgemeinen abwartend, meist nach der positiven Seite hin. Es wird der Wunsch ausgesprochen, dass die Regierung und die Partei wirklich aus ihren gemachten Fehlern gelernt habe und dass eine entschiedene Wende eintreten wird. Ungehalten ist ein Teil der Kollegen über die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf der Parteiaktivtagung, der feststellte, dass überwiegend Kritik von oben nach unten geübt worden sei. Die Tatsachen im Amtsbereich hätten bewiesen, dass trotz der wiederholten Kritik durch die Kollegen des Postamtes bis zum ZK und Ministerium für Post- und Fernmeldewesen keine entscheidenden Änderungen erfolgten. Die Telegrafenwerkstatt war in Diskussionen sehr zurückhaltend und wird vom Parteisekretär als reaktionär bezeichnet.

Die Kollegen sehen keine Veranlassung, die Ausschreitungen und Streiks. Sie verurteilen zum Beispiel die Haltung der Kolleginnen in Magdeburg, die ihre Arbeit vorübergehend einstellt, obwohl inzwischen die Regierungsverordnungen veröffentlicht waren. Als positiv ist noch hervorzuheben, dass die Kolleginnen nach Bekanntwerden des Ausnahmezustandes vorzeitig ihren Nachdienst angetreten haben.

Feindtätigkeit wurde im Objekt in einem Fall bekannt, indem man die im Gebäude angebrachte Wettbewerbsfahne zwei Mal heruntergerissen hat, ohne, dass die Täter ermittelt wurden.

Die Intelligenz hält sich im Hintergrund und äußert sich kaum. Ein Mangel war der fehlende bewaffnete Schutz. Lediglich ein Volkspolizist war zeitweise anwesend.

Küchwaldkrankenhaus / Zeisigwaldkrankenhaus :

Auch hier verrichteten die Kollegen ihre Arbeit wie gewöhnlich, Störungen und Feindtätigkeiten waren nicht zu verzeihen.

Die Ärzte des Krankenhauses verurteilten die Provokationen. Der Chefarzt Dr. [redacted], bezeichnet sie als groben Unfug. Dr. [redacted] äusserte sinngemäß, dass er die Verordnungen der Regierung begrüßt, weil endlich wieder eine klare Linie zu sehen sei. Er müsse allerdings aus den gemachten Fehlern lehren ziehen. Unter der übrigen Belegschaft herrscht abwartende Stimmung.

Die Partei versägte den Betriebsschutz, Agitatiorenkollektive wurden gebildet, die mit den Kollegen diskutierten. An sich ist die Parteiorganisation sehr schwach und versteht es nicht die Belegschaft richtig aufzuklären.

Der Prof. Dr. [redacted] vom Zeisigwaldkrankenhaus lehnt eine Stellungnahme mit der Begründung ab, dass er keine Zeit habe.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000043ABF:

Hier herrschte während der Tage der Demonstration allgemein Ruhe und Ordnung, da die Studenten zur Zeit ihre Abschlussprüfung ablegen, wurde nur wenig über diese Fragen diskutiert.

Am 17.6.1953 wurde eine Wiederholungsarbeit in Gewellschaftswissenschaften geschrieben, an der sich 2 Studenten nicht beteiligten ([REDACTED] und [REDACTED]). Sie begründeten das damit, dass es nicht mehr notwendig sei, solche Arbeiten zu schreiben und gaben offen zu, damit in den Streik treten zu wollen.

Unter den Dozenten wurden die Vorkommissie ebenfalls nicht besonders diskutiert. Lediglich die Dozentin [REDACTED] und [REDACTED] (beide SED) liessen in ihren Beiträgen erkennen, dass ihre Haltung schwankend ist und dass sie nicht fest auf dem Boden unserer Partei stehen. Der Leiter der ABF [REDACTED] meldete sich am 17.6.1953 einen Tag wegen Grippe krank. Am anderen Tag erschien er wieder in der ABF.

Städtische Theater Karl-Marx-Stadt:

Am Tage des Bekanntwerdens der Provokationen diskutierte die Künstlerschaft in der Form, dass die Normenerhöhung der Anlass zu Demonstrationen in Berlin gewesen sei. Sie befassten sich erst ernsthaft damit, als der Ausnahmezustand in Karl-Marx-Stadt verhängt wurde. Hier äusserten sie die Meinung, dass es besser sei, den Spielplan aufrecht zu erhalten. Damit würde die Bevölkerung von den Nachrichten des Rias und anderer westlicher Sender abgelenkt und früher Ruhe und Ordnung wieder eintreten.

Der Kollege [REDACTED], Bühnenbildner, äusserte sich dem BGL'-Vorsitzenden [REDACTED] gegenüber, dass er jetzt das Vertrauen zur Regierung verloren habe. Auch bei den verschiedenen Genossen des Theaters ist die Meinung vorhanden, daß die Regierung des weiteren das Politbüro unserer Partei die gemachten Fehler schon viel früher erkennen mussten. Über die Entfernung des stellvertretenden Ministerpräsidenten N u s c h k e herrschte Empörung. Selbst Künstler, s.B. die Sängerin [REDACTED] oder der Operetten-Buffo [REDACTED], aus deren Aufführungen man merkt, dass sie Westsender hören, verurteilen diese Handlung. Das Eingreifen der Besatzungsmacht in Form der Verhängung des Ausnahmezustandes wurde begrüßt, da man damit weitere Provokationen verhindern konnte. Feindtätigkeit wurde nicht bekannt. Austritte aus dem Theaterensemble bezw. aus Parteien waren nicht zu verzeichnen.

FDGB:

Allgemein diskutiert man unter der Mitgliedschaft des FDGB darüber, dass man erst einmal abwarten will, ob die Regierung ihre gegebenen Versprechen hält und die erlassenen Verordnungen durchführt. Viele Kollegen wiesen darauf hin, dass sie schon immer auf die Entwicklung in der Form hingewiesen haben, dass es bald anders kommen wird, wil man zu viel schön gefärbte Berichte nach oben gibt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000049

Nach Ansicht des Gebietsinstrukteurs der IG-Metall H e n k e und des Parteisekretärs ist es deshalb in Karl-Marx-Stadt zu keinem grösseren Zwischenfällen gekommen, weil die Partei von vorn herein entsprechende Maßnahmen getroffen hätte, indem sie bereits vor Verhängung des Ausnahmezustandes eine grössere Anzahl von Agitatoren in Zusammenarbeit mit dem FDGB festlegte. Man kann sagen, dass zum ersten Mal eine wirklich koordinierte Arbeit zwischen SED-Kreisleitung Stadt und FDGB geleistet wurde und Überschneidungen dadurch verhindert werden konnten. So wurde und zwar am 17.6.1953 48 Kollegen für die IG-Metall in den Betrieben einsatzbereit.

Nationale Front des demokratischen Deutschland:
Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands tritt nicht in Erscheinung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeit in der Nationalen Front völlig unterschätzt wurde. Dies trifft zu für Karl-Marx-Stadt Land und Stadt. Es fanden keine Hausversammlungen oder ähnliches statt.

Volksbildung und Schulen:
Bis auf wenige, kleinere Ereignisse war in den Schulen allgemeine Ruhe zu verzeichnen. Unter den Direktoren und der Lehrerschaft mehrerer Schulen war eine gewisse Sorglosigkeit vorherrschend. Das zeigte sich bei einer Überprüfung durch die FDJ in der Lessing-Schule I
Ebersdorfer-Schule
Ludwig-Richter-Schule II.
Das Lehrerpersonal dieser Schulen war der Ansicht, daß bei ihnen keinerlei Schwierigkeiten auftreten könnten.
In den Oberschulen waren überhaupt keine Vorkommnisse zu verzeichnen, dagegen in den Grundschulen, besonders im 7. Schuljahr. In der Lessingschule I grüsste eine 7. Klasse am 18.6.1953 nicht wie üblich mit dem Pioniergruss.
In der Pestalozzischule äusserten die Schüler, dass sie keinen Unterricht mehr haben dürfen, weil sich laut Ausnahmezustand nicht mehr als 3 Bürger versammeln können. Ein Kind erklärte, wir wollen ebenso streiken wie die Berliner Arbeiter. Hierbei wurde festgestellt, daß der Urheber dieser Äusserungen die Mutter dieses Kindes ist (Straßenbahnschaffnerin).
In der Hilbersdorfer Schule erklärten einige Schüler: Russisch lernen wir nicht mehr. Wir lernen bald amerikanisch.
In der Reichenbrander Schule, Klebtén 4 Schüler Zettel ausserhalb der Schule, die sie selbst angefertigt hatten mit der Aufschrift: " S t r e i k - G e n e r a l s t r e i k " ! Unter diesen Schülern befand sich der Junge Pionier, der am Tage der Umbenennung von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt auf dem Stalinplatz das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere gesprochen hatte. Die Klasse 7 c der Ernst-Schneller-Schule Burgstädt zeigte eine recht negative Haltung. Alle Thälmann-Pioniere dieser Klasse wollten aus dem Verband austreten. Nach Eingreifen der Bezirksleitung der FDJ gelang es bis auf 2 Fälle die Pioniere davon abzuhalten.
In der 7. Klasse der Grundschule Burkhardtshof schrieb der Thälmannpionier [REDACTED] während der Pause an die Tafel: " Wir wollen Schulreform aber ohne russisch ".

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
300050

In den Abteilungen Volksbildung sind keine Vorkommnisse zu verzeichnen. Ein großer Teil der Lehrer ist zur Bewachung der Schulen eingesetzt. In verschiedenen Schulen wurden von den Lehrern Resolutionen verfasst, in denen die faschistischen Provokationen verurteilt werden. Austritte aus der Partei unter der Lehrerschaft in Karl-Marx-Stadt waren nicht zu verzeichnen.

FDJ: (Kreisleitung Karl-Marx-Stadt - Land)

Die Meldungen über die faschistischen Provokationen in Berlin wurde von den Hauptamtlichen Kräften der FDJ mit ehrlicher Empörung aufgenommen. Zur Erhöhung der Wachsamkeit wurde von dem Sekretariat sofort Massnahmen eingeleitet, wie Einsetzen von Nachtwachen, Durchführung von Rundgängen um das Dienstgebäude, Organisierung eines Einlaßdienstes u.s.w. Bei der telefonischen Durchsage dieser Anweisung wurde festgestellt, dass die Sekretäre der Ortsgruppen von Limbach und Burgstädt bereits von sich aus Massnahmen zum Schutze ihrer Gebäude eingeleitet hatten.

Am 17.6.1953 wurden in der Mitgliedschaft unseres Kreises noch keine wesentliche Diskussion über die stattgefundenen faschistischen Provokationen geführt, da zum größten Teil die Mitglieder noch keine Kenntnis von diesem Ereignis hatten. Allgemein diskutierte man darüber, dass die Regierung verhaftet worden sei oder es wäre eine Schande für die Regierung, der derartige Fehler unterlaufen und diese zugeben zu müssen. Besonders stark trat in Erscheinung, dass die Wahrheit unserer Presse und Rundfunkmeldungen angezweifelt wurden. Es kann jedoch gesagt werden, dass der größte Teil unserer Mitglieder mit den stattgefundenen Brandstiftungen, Plünderungen von HO-Geschäften u.s.w. nicht einverstanden war.

Im Bezug auf Feindtätigkeit im Verband der FDJ wurde folgendes festgestellt:

Am Sonntag, den 21.6.1953 wurde in der Feinspinnerei Burgstädt für etwa 50 Minuten von 45 Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Darunter befanden sich 95 % FDJ-ler. Von den 3 Genossen der SED-Kreisleitung, die mit der Untersuchung der Gründe der Arbeitsniederlegung beauftragt waren, konnte nicht die Mitglieder der Streikleitung festgestellt werden. Es wurde lediglich bekannt, dass eine Kollegin im Auftrage einer unbekannten Person von Maschine zu Maschine gegangen war, um die übrigen Kollegen zur Niederlage der Arbeit bei der Montagschicht aufzufordern. Durch Agitationseinsatz der Partei wurde jedoch die geplante Arbeitsniederlegung verhindert.

Des weiteren erklärte eine Schulkasse in der Ernst-Schneller-Schule ihren Austritt aus der Organisation d.Jungen Pioniere. Es ist anzunehmen, dass die Kinder von irgend einer Lehrkraft auf eine solche Einstellung hin negativ beeinflusst wurden. Nach eingehender Diskussion mit dem Pionierleiter und den Pionieren selbst, nahmen diese bis auf 1 Person ihre Austrittserklärungen wieder zurück.

Sämtliche hauptamtlichen Träfte legten eine große Einsatzbereitschaft an den Tag. Lediglich der Jugendfreund [REDACTED], ist bereits schon zum 3. Male nicht zur Nachtwache erschienen, da er angeblich es nicht gewusst habe. Er wurde daraufhin entlassen. Heute ist die Lage dadurch gekennzeichnet, dass sich unter den FDJ-Mitgliedern immer mehr die Erkenntnis über die Fälschlichkeit der Beschlüsse von Partei und Regierung durchsetzen. Dazu werden die in Kürze stattfindenden Aktivkonferenzen und Mitgliederversammlungen noch wesentlich dazu beitragen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Nach bis jetzt vorliegenden Meldungen sind folgende Austritte aus dem Verband bekannt:
Firma Koch, Privatbetrieb Taucha 17 Textilarbeiter
Firma Unger, Privatbetrieb Taucha 15 Textilarbeiter.

BStU
000051

FDJ: (Kreisleitung Karl-Marx-Stadt.

Nach Bekanntwerden der faschistischen Provokationen in Berlin wurde sofort eine Besprechung mit sämtlichen Freunden des Hauses durchgeführt und Maßnahmen zur Verstärkung des Betriebsschutzes festgelegt. Sämtliche Freunde hielten sich vom 17. - 21.6.53 Tag und Nacht im Hause auf. Ab 22. wurde das Gebäude nachts über nur noch mit 6 Freunden besetzt. Bei allen Freunden war eine große Einsatzfreudigkeit vorhanden, ähnliche Maßnahmen wurden von Sämtlichen Stadtbezirken durchgeführt.

Eine entscheidende Schwäche bestand am Anfang darin, daß verschiedene Leitungen der Grundeinheiten nicht sofort auf solche wichtigen Vorkommisse reagierten. So wusste z.B. der Sekretär der Fewa-Wekre Karl-Marx-Stadt am 17.6.53 17,00 Uhr noch kein Wort von den Ereignissen in Berlin und hatte demzufolge keine Maßnahmen in dem Betrieb eingeleitet. Diese Schwäche hatte zur Folge, daß die gegnerischen Argumente die bereits durch den Rias unter die Jugendlichen getragen worden waren, durch sein Verschulden nicht sofort zerschlagen werden konnte. Es wurden dahingehend unter den Mitgliedern des Verbandes diskutiert, daß man zur Regierung und zur Partei kein Vertrauen mehr haben könnte und unseren Rundfunk und Presse keinen Glauben mehr schenken könne. Weiterhin konnte festgestellt werden, daß ein Teil der Mitglieder in der Diskussion sehr zurückhaltend war.

GST: - Kreisleitung Karl-Marx-Stadt:

Nach Bekanntwerden der faschistischen Provokationen wurden sofort Maßnahmen zur Sicherstellung der Geräte eingeleitet. Es wurde eingeleitet, daß die KK-Gewehre getrennt von der Munition aufbewahrt werden. Bei Grundeinheiten bei denen man nicht die feste Überzeugung hatte, daß sie in ordnungsgemäßem Zustand aufbewahrt würden, wurden sichergestellt. Es wurden weiterhin die pflichtbewussten Kameraden verständigt und der VP, SED-Kreisleitung u. Bezirksleitung zur Verfügung gestellt. In den Mitgliederkreisen der GST wurden verschiedene negative Diskussionen geführt, die scheinbar durch Abhören von Westsendern entstanden sind, besonders aber jedoch darüber, warum das Abzeichen der GST nicht mehr getragen werden dürfe. Des Weiteren gehen laufend Anfragen bei der Kreisleitung ein, ob die GST aufgelöst würde und ob dadurch die Maschinen verkauft würden. Des Weiteren wird darüber diskutiert, warum jetzt keine Ausbildungen mehr durchgeführt werden. Man fordert daß man keinesfalls zulassen soll, die GST aufzulösen. Der Kamerad [REDACTED] erklärt, er wäre sehr empört, weshalb man das Abzeichen nicht mehr tragen dürfe, das wäre eine große Schweinerei.

Irgendwelche Geräte sind bis jetzt nicht zerstört worden. Austritte auf Grund der letzten Ereignisse sind ebenfalls nicht zu verzeichnen. Sämtliche Kräder sind in den 5-6 Stützpunkten Tag und Nacht einsatzbereit. Seit Beginn der letzten Ereignisse sind sämtliche Mitglieder der Kreisleitung in den Grundeinheiten zur Agitation eingesetzt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
006052

Kreis Annaberg:

Im Zeitraum vom 17. - 23.6.53 sind im den Objekten der Abtlg. VI keine Provokationen sowie feindliche Anzeichen irgend einer Art bekannt geworden. Alle Regierungs- und Verwaltungsstellen führten einen selbstständigen Schutz ihrer Gebäude durch. Innerhalb der NDPD wurden keine feindlichen Strömungen provokatorischen Charakters festgestellt, im Gegenteil, die Verordnungen unserer Regierung wurden von einem großen Teil der Mitglieder freudig begrüßt.

Innerhalb der DED war ebenfalls keine Feindtätigkeit zu verzeichnen. Die Verordnungen der Regierung wurde von einem großen Teil der Mitglieder freudig begrüßt.

Besondere Diskussionen wurden über unsern Präsident Wilhelm Pieck geführt, da dieser angeblich von sich nichts mehr hören ließe.

Von unserer Partei wurden im Kreisgebiet eine sehr gute Arbeit geleistet. Es wurden in allen Orten Bevollmächtigte der Partei eingesetzt, die in ihrem Abschnitt alle auftretende feindliche Tätigkeit zu zerschlagen hatten. Feindliche Strömungen innerhalb der Partei sind nicht aufgetreten. 3 Mitglieder haben ihren Austritt erklärt.

In den Reihen der FDJ sind ebenfalls keine provokatorischen Handlungen bekannt geworden. Von einigen Jugendlichen des Kreises wurden negative Diskussionen verbreitet, die hauptsächlich durch das Abhören von westlichen Sendern entstanden sind. Der erste Sekretär der FDJ war oft sehr nervös und ausbrausend und betrachtete die Aufgaben der Partei nicht mit dem nötigen Ernst.

In der GST+ traten ebenfalls keine feindlichen Vorkommnisse auf. Besondere Diskussionen unter der Mitgliedschaft werden darüber geführt, daß man das Abzeichen GST nicht mehr tragen dürfte.

Im Kreisvorstand der DSF nahm die Arbeit seinen üblichen Verlauf, da nur noch 2 Mitarbeiter dort tätig sind, wodurch nur einer als Instrukteur die einzelnen Betriebs- und Ortsgruppen operativ anleiten. Bei den Mitgliedern konnte festgestellt werden, daß diese sehr zurückhaltend diskutieren.

Kreis Aue:

Aufgrund keiner besonderen Ereignisse im Kreisgebiet Schneeberg und Aue ist die Lage auf der Linie VI als unverändert zu bezeichnen. Irgend welche feindliche Regungen wurden nicht festgestellt.

Im Referat DEPD konnte festgestellt werden, daß dort eine Reihe von negativen Stimmungen vorhanden sind. Diese werden damit begründet, daß den LPG Sondervergünstigungen zugesprochen wurden, inbezug auf bessere Belieferung mit Düngemitteln usw. Weiter wurde ein einem Teil der Mitgliedschaft die Stimmung laut, daß unsere Regierung aufgrund der gemachten Fehler abtreten müsse. Wenn kleine heute derartige Fehler begangen, werden bestimmt sie schon zur Rechenschaft gezogen werden.

Austrittserklärungen oder Ablehnung der Mitarbeit konnte in diesem Zeitraum nicht festgestellt werden.

Über das Sachgebiet NDPD wäre zu berichten, daß diese Partei die Maßnahmen unserer Regierung unterstützt. Irgend welche negativen Stimmungen waren in den Reihen dieser Partei nicht festzustellen. Austrittserklärungen und andere negative Erscheinungen waren ebenfalls nicht zu verzeichnen.

Allgemein kann gesagt werden, daß die Parteien und Massenorganisationen die Maßnahmen der Regierung so wie der Partei der Arbeiterklasse als richtig befinden.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000053

Negative Stimmungen in der FDJ, DSF, DRK und GST über die Maßnahmen unserer Regierung sind nicht in Erfahrung gebracht worden. Aufgrund des vorliegenden in- und offiziellen Materials ist festzustellen, daß keine Anhaltspunkte vorhanden sind, die auf eine verstärkte Feindtätigkeit auf der Linie VI im Kreisgebiet Aue schließen lassen.

Kreis Auerbach:

Im Kreisgebiet Auerbach ist festzustellen, daß während der Zeit des Ausnahmezustandes auf der Linie VI keine wesentlichen feindlichen Handlungen und negative Stimmungen auftraten.

In der DBD wurde keine Feindtätigkeit bekannt. Die Stimmung der werktätigen Bauern ist zufriedenstellend, was hauptsächlich aus den neuen Beschlüssen unserer Regierung resultiert. Sie begrüßen hauptsächlich die Maßnahmen wie Kreditgewährung, Herabsetzung des Ablieferungssolls usw. Von Seiten der Partei wurden in diesen Tagen laufend Aufklärungseinsätze durchgeführt. Die einzelnen Funktionäre der DBD waren der Situation gewachsen, eine Kopflosigkeit oder Schwankungen waren bei ihm nicht zu verzeichnen. Sie waren dadurch in der Lage, alle Fragen, die die Bauern bewegten, mit diesen zu diskutieren.

Innerhalb der NDPD wurde ebenfalls keine Feindtätigkeit durchgeführt. Obwohl ein großer Teil der Mitglieder den Beschlüssen der Regierung positiv gegenüber stehen, macht sich innerhalb dieser Partei die Tendenz einer abwartenden Haltung bemerkbar. Dies zeigt sich besonders bei den Funktionären der NDPD, die in diesen Tagen wenig Initiative entwickelten und mit ihren Mitgliedern sehr wenig diskutierten. In den Verwaltungen des Kreises und im FDGB konnten keine feindlichen Handlungen oder bürokratisches Verhalten festgestellt werden. Die verantwortlichen Funktionäre dieser Objekte waren jederzeit Herr der Lage. Die Funktionäre der einzelnen IG's verrichteten ihre Arbeit zufriedenstellend. Dies kam besonders zum Ausdruck, in den Betrieben, wo sie als Agitatoren eingesetzt waren und es verstanden, die unzufriedenen Arbeiter entsprechend aufzuklären.

Innerhalb der DSF machen sich trotz intensiver Aufklärungseinsätze negative Stimmungen bemerkbar, die ihren Ausdruck darin finden, daß viele Mitglieder der Meinung sind, daß das Eingreifen sowjetischer Soldaten der Ausdruck der DSF ist und sie das Eingreifen nicht für gut halten.

In der GST des Kreisgebietes wurde nur festgestellt, daß von einem Teil der Mitgliedschaft Gerüchte in Umlauf gesetzt wurden, unter anderem, die GST würde aufgelöst.

Unter den FDJ-Jugendlichen ist die Stimmung und das Verhalten nicht schlecht. Innerhalb der FDJ gibt es jedoch einige Jugendliche, die nur einen kleinen Teil dieser Organisation darstellen, die eine negative Einstellung zu den Ereignissen zeigen. Die Funktionäre der FDJ erkannten diese Schwächen und haben sofort Aufklärungseinsätze organisiert. Dadurch konnten Panikstimmungen innerhalb der FDJ verhindert werden. Das vorhandene Material läßt keine Anzeichen, die in Zukunft auf eine verstärkte Feindtätigkeit schließen lassen, erkennen.

Kreis Brand-Erbisdorf

Im Kreisgebiet Brand-Erbisdorf haben keine faschistischen Provokationen stattgefunden. Ebenso waren für derartige Unruhen keine Anzeichen vorhanden. Die im Republikmaßstab von den anglo-amerikanischen Agentenzentralen hervorgerufenen und geforderten Zwischenfälle, welche zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten, hatten zur Folge, daß unter der Bevölkerung eine große Beängstigung hervor-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
066054

gerufen wurde, welche bis zum heutigen Tage noch anhalten. Die Bevölkerung distanziert sich merklich von diesen faschistischen Provokationen. Stimmungen im negativen Sinne sind über unsere Partei sowie unsere Regierung nicht festzustellen. Schwankungen oder ein kopfloses Durcheinanderlaufen war weder in der DED, NDPD oder einer anderen Organisation zu spüren. Anzeichen über noch zu erwartende feindliche Tätigkeit sind nicht vorhanden.

Kreis Flöha

Die Parteileitungen und die Mitgliedschaft der DED nahm zu den letzten Ereignissen keine schwankende Haltung ein. Die Beschlüsse der Regierung und der SED werden begeisternd diskutiert. Es waren in dieser Partei keine feindlichen Strömungen zu bemerken.

In der NDPD waren ebenfalls unter der Mitgliedschaft keine schankenden Haltungen festzustellen. Die NDPD steht nach wie vor auf dem Boden der Blockpolitik und zur Regierung.

Die FDJ ließ in diesen Tagen wenig von einer kämpferischen Arbeit spüren. Sie erkannte nicht immer den Ernst der Lage und führte immer wieder sehr formal die Beschlüsse der Partei aus. Der Grund hierfür dürfte bei den Funktionären der Kreisleitung der FDJ zu suchen sein.

Die Lage in der DSD wird durch eine positive Einstellung der Mitglieder gekennzeichnet. Es wurden in den letzten 3 Tagen ca. 12 Neuaufnahmen gemacht, während nur 2 Austritte zu verzeichnen waren.

Vom DRK wird die gesamte Situation richtig erkannt, indem sich alle vorhandenen Kräfte freiwillig an der Bewachung von wichtigen Objekten im Kreisgebiet zur Verfügung stellten. Feindliche Regungen traten nicht auf.

Die Kreisleitung der GST mobilisierte hauptsächlich ihre Kraftfahrer und stellte sie der Partei zum Einsatz zur Verfügung. Auch die übrigen Mitglieder der GST haben sich in den Betrieben und Verwaltungen für die durchzuführenden Sicherungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt. Negative Stimmungen innerhalb der GST wurden nicht festgestellt.

Durch die Kreisleitung des BFD wurden Instruktureinsätze durchgeführt, um die Stimmung innerhalb des BFD im Kreisgebiet festzustellen. Die allgemeine Stimmung der Mitglieder war dahingehend, daß sie die neuen Maßnahmen der Regierung begrüßen.

Im Kreisausschuß der Nationalen Front wurden ebenfalls keine negativen Stellungnahmen festgestellt.

Im Kreisgebiet Flöha ist mit einer verstärkten Feindtätigkeit nicht zu rechnen.

Kreis Freiberg

In den Objekten der Linie VI wurden neben einigen negativen Stimmungen keine wesentliche Feindtätigkeit festgestellt. Die Funktionäre der NDPD traten während dieser Zeit positiv in Erscheinung. Unter den Mitgliedern sind jedoch negative Stimmungen, die auf Unklarheiten zurückzuführen sind, aufgetreten. So erklärte der [redacted], wohnhaft Freiberg, [redacted], wenn ein Betriebsleiter falsch arbeitet, dann wird er abgelöst und bestraft, bei der Regierung muß man es jetzt genau so tun.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000055

Die [REDACTED], wohnhaft Freiberg, [REDACTED] sagte, ich verstehe das noch nicht, wir wollen doch den Sozialismus aufbauen und jetzt soll auf einmal Schluß damit sein.

Die DBD ist während dieser Zeit nicht in Erscheinung getreten. Die Mitglieder waren sich völlig selbst überlassen. Die Angestellten der Verwaltungsorgane bewahrten in dieser Situation vollste Disziplin. Sie übernahmen freiwillig den Schutz ihrer Arbeitsstätten. So meldete sich die 17-jährige [REDACTED], Stenotypistin beim [REDACTED], Mitglied der FDJ und auch der [REDACTED], stellvertreter Vorsitzender des Rates, 45 Jahre alt, Mitglied der CDU. Die Spitzenfunktionäre der Verwaltungen setzten sich vorbildlich bei der Aufklärung der streikenden Arbeiter in der Zinkhütte ein.

Kreis Glauchau

In allen Objekten der Linie VI sind keine feindlichen Regungen aufgetreten. Das erst bei einigen Mitarbeitern verschiedentlich Unklarheit herrschte, war überall festzustellen. Durch gute Aufklärung bewußter Mitarbeiter konnte diese Situation fast immer geklärt werden. Innerhalb der DBD wird der Standpunkt vertreten, daß die Bauern endlich wieder freier arbeiten können. Jeder Bauer ist beriert, seine Verpflichtungen gegenüber dem Staat zu erfüllen.

Innerhalb der NDPD wird hauptsächlich unter den Funktionären die Meinung vertreten und auch mit den Mitgliedern diskutiert, daß man die SED nach wie vor als Führung der Partei betrachten muß. Sie verlangen daß ab jetzt eine noch engere Fühlung und Bindung mit der Bevölkerung und der Regierung geschafft werden muß, damit keine derartige Kluft, wie sie bestand, nicht mehr entstehen kann. Bemerkenswert ist, daß einige ernsthafte negative Erscheinungen innerhalb der FDJ festgestellt wurden. So erklärte der [REDACTED], Mitglied der FDJ und SED, er kann die Maßnahmen der Regierung nicht mehr verstehen und kommt auch so nicht mehr mit. Er erklärte weiter, wenn gegenwärtig Wahlen stattfinden würden, möchte ich die Stimmen der SED nicht zählen. Anzeichen auf eine aktive feindliche Tätigkeit sind nicht zu verzeichnen.

Kreis Hainichen

Im Kreisgebiet Hainichen ist auf der Linie VI folgende Situation festzustellen. Die Einstellung der DBD zur Regierung und zur Partei der Arbeiterklasse kann ohne weiteres als gut bezeichnet werden. Schwankungen und Kopflosigkeit von Funktionären und Mitgliedern in dieser Situation können nicht festgestellt werden.

Innerhalb der NDPD zeigt sich, daß aufgrund der neuen Situation einige ernsthafte Anzeichen von negativen Personen vorhanden sind. So erklärte der politische Geschäftsführer der NDPD [REDACTED], wenn jetzt der Westen die Lage nicht erkennt, dann wäre es eine Schwäche, denn jetzt könnte der Westen dazu beitragen, eine Wendung zu vollziehen. Der Vorsitzende [REDACTED] vertrat die Auffassung, daß man sich als NDPD solidarisch mit den arbeitenden Menschen, die in Streik getreten waren, zu erklären habe.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStJ
300056

Weitere Anzeichen über durchgeführte und geplante Feindtätigkeit liegen in den Objekten nicht vor.

Bei den Angestellten der Verwaltung und Massenorganisationen ist ein diszipliniertes und ruhiges Auftreten festzustellen, was darauf schließen läßt, daß ein großer Teil dieser Menschen hinter unserer Regierung stehen.

Kreis Hohenstein - Ernsthald

Im Kreisgebiet Hohenstein - Ernsthald sind auf dem Gebiet der Abt. VI keine Provokationen bzw. Unruhen entstanden.

Die demokratischen Parteien traten bisher nicht so in Erscheinung, daß wir irgend welche Maßnahmen ergreifen mußten, um auf diesem Gebiet Ruhe und Ordnung zu schaffen. Es ist lediglich zu verzeichnen, daß ein Mitglied der NDPD in Oberlungwitz festgenommen wurde, bei er beim Schmieren von Hetzparolen ertappt wurde.

Im Staatsapparat ist die Lage ebenfalls beruhigend. Während der oben angeführten Situation kann man sagen, daß der Staatsapparat jederzeit einsatzbereit gewesen ist. Auch hier konnte nicht in M-Führung gebracht werden, daß irgend welche Verwaltungsfunktionäre kopflos oder der Lage nicht gewachsen gewesen wären.
In der FDJ zeigten sich ebenfalls keine Unruhen. Das Kreissekretariat der FDJ war laufend unterwegs und führte Agitationseinsätze in den Betrieben durch. Die Stimmung unter den Jugendfreunden ist gut.

Die GST hat sich vor allem der Partei zur Verfügung gestellt und für Tag und Nacht Kontrolleinsätze für die Partei und Staatsorgane durch. Auch hier ist die Stimmung normal. Es sind keine Erscheinungen der Unruhe zu verzeichnen.

Im DRK sowie in den übrigen Objekten konnte ebenfalls nicht festgestellt werden, daß irgendwelche Unruhen oder Provokationen geplant waren.

Mit irgend welcher Feindtätigkeit ist nicht zu rechnen.

Kreis Marienberg

Im Kreisgebiet Marienberg ist die gegenwärtige Situation gegenüber der Zeit vor dem 15.6.53 unverändert. Der überwiegende Teil der Bevölkerung verabscheut derartige Provokationen. Jedoch hat es auch Menschen gegeben, welche die Ausdehnung auf unser Kreisgebiet erhofften, damit sie mit loszuschlagen konnten.

Der größte Teil der Mitglieder der NDPD begrüßt die Beschlüsse des ZK, ein geringer Teil ist mißtrauisch und abwartend. Von einer Kopflösigkeit und Schwankungen kann hier, wie auch in den anderen Organisationen nicht gesprochen werden.

Einige Mitglieder der DBD stellen die Frage, wo in der jetzigen Situation die Volkskammer und die Hilfsorgane bleibt. Warum äußert sich die Volkskammer nicht zur gegenwärtigen Lage, so fragt man. Es taucht die Frage auf, ob das ZK der SED oder die Volkskammer das höchste Organ der DDR sind.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000057

Die Mitglieder der GST sind enttäuscht über den Beschuß der Regierung, wonach bewilligt wird, das Abzeichen der GST nicht mehr zu tragen. Die Aufbewahrung der KK-Gewehre wurde gut organisiert indem die KK-Gewehre und die Munition getrennt gelagert wurde.

Der größte Teil der hauptamtlichen Funktionäre der FDJ sind ihren Aufgaben gerecht geworden. Einige haben auch schon mehrere Tage als VP-Helfer ihren Dienst verrichtet. In den Betrieben stellten sich viele FDJ-ler für die Nachtwache zur Verfügung. Zum größten Teil ist die Einstellung der Mitglieder abwartend.

Mit einer stärkeren Feindtätigkeit ist im Kreisgebiet nicht zu rechnen.

Kreis Klingenthal

In den Objekten der Abtlg. VI wurden in der fraglichen Zeit keine Anzeichen von verstärkter Feindtätigkeit festgestellt. Die Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Objekten gingen ruhig und diszipliniert ihrer Arbeit nach.

Kreis Gelenitz

Im Kreisgebiet Gelenitz konnte festgestellt werden, daß ein großer Teil der FDJ schwankend und abwartend ist. Innerhalb der FDJ vertritt man die Meinung, daß die letzten Ereignisse ein Rückzug der Partei sowie der Regierung ist. Eine Jugendfreundin brachte zum Ausdruck, was ihr macht ist alles Mist, es wäre ganz richtig gewesen, wenn die Regierung gestürzt worden wäre. In der HO gibt es nichts zu essen, man muß förmlich vorhungern und dann noch schufteten wie verrückt. Es ist ja schlimmer wie 1945 - 1946. Außerdem euer Gefasel von Provokationen glaubt ihr ja selbst nicht, man muß ja die Sache so drehen.

Diese negativen Erscheinungen finden auch darin ihren Ausdruck, daß verschiedene FDJ-Mitglieder ihre Austrittserklärung abgeben. So haben bis jetzt 2 ihren Austritt erklärt.

Dieselben negativen Erscheinungen sind auch beim DRK festzustellen. Gen. [redacted] diskutierte, daß die Vorkommisse in Berlin von Seiten der Arbeiter berechtigt waren. Gen. [redacted] diskutierte, man müßte alle einsperren, gemeint war damit die Regierung. Hier ist zu verzeichnen das die Parteiorg. des Objektes schwach ist, da bisher gegen diese Diskussionen nichts unternommen wurde.

In der GST ist die Erscheinung aufgetreten, daß unter den Mitgliedern diskutiert wird, daß man sofort die GST auflöse. Diesbezüglich hat hauptsächlich der hauptamtliche Funktionär der Grundeinheit Halbmond-Teppichfabrik Gelenitz/Vogtl. Gen. [redacted] sehr negativ geäußert.

In den Verwaltungsstellen des Staatsapparates wurde bis auf die Abt. Volksbildung, keine negativen Erscheinungen festgestellt.

In der Karl-Marx-Schule in Gelenitz haben sich durch Einfluß von Lehrern 2 Klassen hinreißen lassen und entfernten die Bilder von Pisch, Grotewohl, Stalin, Lenin sowie Lösungen von den Wänden.

In der Berufsschule traten zwei Lehrer sehr negativ gegen die Maßnahmen unserer Regierung auf.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000058

Kreis Plauen

In dem Kreisgebiet Plauen wurde in den Objekten der Abt. VI bis auf die NDPD und DBD keine feindlichen und negativen Erscheinungen festgestellt. D

Die Mitarbeiter des Staatsapparates und der Massenorganisationen verhielten sich diszipliniert und ruhig.

Innerhalb der NPD trat die Meinung auf, daß die Regierungsgenossen schäfte der Regierung der DDR von ihrer Seite aus übernommen werden müßten. Der HC-Gaststättenleiter [REDACTED], Mitglied der NPD erklärte diesbezüglich folgendes: "Das die Verordnung direkt auf unsere Programm aufgebaut ist und wir jetzt die Initiative ergreifen müssen die Regierung zu übernehmen."

Innerhalb der DBD ist der Zustand zu verzeichnen, daß ca 50 % der Mitglieder den Ereignissen negativ mit Schadenfreude gegenüberstanden.

Kreis Werdau

Auf der Linie der Abt. VI waren keine Streiks, Unruhen oder Versammlungen zu verzeichnen.

Die Parteien NPD und DBD haben sich in ihren Sitzungen und im Antifa-Block gegen die Machenschaften ~~mit~~ der Provokateure und Feinde unserer Republik ausgesprochen. Es konnte aber nicht festgestellt werden, daß sie etwas dagegen unternommen haben.

Der größte Teil der Mitglieder dieser Partei nehmen eine schwankende Haltung ein.

Im FDGB konnte keine Feindtätigkeit festgestellt werden, es ist nur die Tatsache zu verzeichnen, daß sich die Gewerkschaft bei den Streiks in Werdau so gut wie nicht eingesetzt hat. In diesen Betrieben haben sich die Vertreter der Gewerkschaft nicht sehen lassen, es handelt sich um das Wälzlagerwerk und Trikotagenwerk.

In der Grundschule Crimmitschau, Ortsteil Frankenhäusen wurden durch Schüler der Klasse VII- 7/a Hetzzettel angefertigt und in der Klasse herumgegeben. Diese Hetzzettel richteten sich gegen den Russunterricht, gegen die Lehrerschaft und unsere demokratische Schule, des Weiteren war auf einen Hetzzettel geschrieben, nieder mit den Waffen. Die Schüler die diese Hetzzettel verfaßt haben sind bekannt. Die Väter von zwei dieser Schüler waren ehem. Angehörige der SA bzw. der SS und befinden sich in Westdeutschland. Es besteht der Verdacht, daß diese Kinder vom Elternhaus beeinflußt wurden, gegen die demokratische Entwicklung vorzugehen. Die gleichen Erscheinungen sind in der Pestalozzischule in Crimmitschau aufgetreten. Dort wurden die Bilder des Gen. Pieck, Ulbricht, Grotewohl von der Wand herunter genommen und in eine Ecke gestellt. Die Schülerin, die dieses der Pionierleiterin meldete erhielt einen Tag später per Post einen Hetzzettel, mit der Aufschrift: "Wir schmeißen das Russenvolk aus dem Land, die Russen sind Schmarotzer im Land". Dieser Zettel war mit Druckkasten geschrieben.

In den anderen Objekten der Linie VI wurde keine Feindtätigkeit festgestellt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
066059

Kreis Reichenbach:

Auf Grund der faschistischen Provokationen in Berlin auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, wurde von den Funktionären der SED-Kreisleitung, sowie von dem Mitarbeitern des Rates des Kreises unter der Bevölkerung eine vorbildliche Agitationsarbeit geleistet. Die Funktionäre waren durchaus der gegenwärtigen Situation gewachsen. Dieses trifft ebenfalls für die FDJ, der BDF und GST zu.

Der Vorstand der NDPD nahm zu den Ereignissen positiv Stellung und unterlagen keinerlei Schwankungen.

Innerhalb der DBD sind ebenfalls keine negativen Meinungen zum Ausdruck gekommen.

Die Lage entwickelt sich dahingehend, daß in den Objekten **keine** Anzeichen organisierter Feindtätigkeit festgestellt werden können.

Mit einer größeren und stärkeren Feindtätigkeit ist nicht zu rechnen.

Kreis Rochlitz:

Mit dem Vorsitzenden des Kreises, dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, dem Leiter des VKA Rochlitz, sowie dem Genossen-Dienststellenleiter wurde eine Aussprache herbeigeführt und die massnahmen festgelegt, die notwendig waren, um ein Eindringen feindlicher Elemente in wichtige Dienststellen des Kreisgebietes zu verhindern.

In verstärkten Masse wurde der Parteiapparat mobilisiert und die zum Einsatz gebrachten Genossen in Betrieben, Verwaltungen u.s.w. haben vorbildliche Disziplin gewahrt.

Im Kreisgebiet Rochlitz ist gegenwärtig zu verzeichnen, dass eine ziemliche Ruhe herrscht.

In der Zeit vom 17. bis 23.6.1953 haben 10 Genossen ihr Parteidokument zurückgegeben. Als Begründung wurden allerlei Vorwände gegeben.

Es wurde nicht in Erfahrung gebracht, daß Funktionäre der Partei und des Staatsapparates angesichts der verschärften Situation kopflos geworden sind. Soweit jetzt überblickt werden kann, ist mit einer stärkeren Feindtätigkeit im Kreisgebiet nicht mehr zu rechnen.

Kreis Stollberg:

Nach dem Bekanntwerden der Ereignisse in Berlin und der 14. Tagung des ZK wurde eine abwartende und zurückhaltende Stellung der NDPD um der DBD festgestellt. Jedoch ist es zu feindlichen Strömungen in diesen Parteien nicht gekommen.

Die Diskussion im Staatsapparat ist gut. Ebenso sind keine Hemmungen und bürokratischen Massnahmen in der Arbeit festzustellen. Lediglich der ██████████, Mitglied der SED, beschäftigt in der Abteilung- Abgaben - brachte innerhalb einer Gewerkschaftsversammlung zum Ausdruck, daß er kein Vertrauen mehr zu unserer Regierung habe. Gegen ihn wurden vorerst nur parteiliche Maßnahmen ergriffen. Die Einsicht der Notwendigkeit des Schutzes der Gebäude ist unter den einzelnen Genossen, sowie Kollegen vorhanden.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

366030

In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, DSF, Kulturbund, DFD, SVK, Kreisfreundeskomitee und Volkssolidarität war eine gewisse Gleichgültigkeit festzustellen, was auf Nichtverständnis der politischen Situation zurückzuführen ist.

Die GST führte nach wie vor die Ausbildung innerhalb ihrer Grundeinheiten durch. In der Grundeinheit VEB Dreitannen in Thalheim konnte unter den einzelnen Kameraden eine Liquidatorenstimmung festgestellt werden. Verschiedene Kameraden der GST stellten sich mit ihren Kräften zur Verfügung, um bei evtl. Einsatz einspringen zu können. Weitere Kameraden haben sich zgm Schutze der Gebäude der GST und anderen Massenorganisationen zur Verfügung gestellt.

Nach dem Bekanntwerden der Ereignisse in Berlin und der 14. Tagung des ZK der SED sowie der Anordnung des Zentralrates der FDJ zur weiteren Durchführung der 2. und 3. Mitgliederversammlung geht der Umtausch in den Grundeinheiten weiter voran, der vor der Anordnung des Ausnahmezustandes zu 50 % abgeschlossen war. Negative Stimmungen traten nur bei einzelnen FDJ-Mitgliedern. So äußerte sich zum Beispiel der Jugendfreund [REDACTED], beschäftigt in den ESDA-Werken folgendermassen:

daß die junge Gemeinde nicht aus Agenten und Saboteuren besteht, sondern diese Jugendlichen nur ihrem Glauben nachgehen. Jesus beweise, daß der "ampf gegen die Junge Gemeinde eine Verleumding wäre. Unter einem großen Teil der FDJ 1 er herrscht eine Stimmung der Sorglosigkeit, des Nichtverständens der politischen Lage und eine abwartende Haltung. Die Instrukteure und Sekretäre der Kreisleitung der FDJ befinden sich im ständigen Einsatz und arbeiten in den gesamten Grundeinheiten in aufklärender Weise. Von den Freunden der FDJ-Kreisleitung wurde in Verbindung mit den anderen Massenorganisationen eine Patwache von 20 Mann zur Sicherung der Gebäude eingesetzt.

In den weiteren Sachgebieten ist es ruhig und es sind keine negativen Erscheinungen bekannt geworden.

Mit einer stärkeren Feindtätigkeit ist nicht zu rechnen.

Kreis Zwickau:

Bei Bekanntwerden des Kommuniques des ZK und der Regierung war ein allgemeiner Stillstand der Parteimitglieder von ihrem bisher beschrittenen Weg zu verzeichnen. Die Punkte der Haftentlassung und Zurückersetzung von enteignetem Gut und Rückgabe der Betriebe an geflüchtete Unternehmer erweckte bei dem überwiegenden Teil der Genossen zweifel an den Beschlüssen des ZK.

Der Parteivorstand der NPD kommt ständig auf Klärung beim Kreisausschuss der Nationalen Front. Die Nationale Front selbst wird jedoch vollkommen ungenügend von der Partei angeleitet. Bei den Freunden der NPD ist bemerkenswert, daß sie immer wieder zum Ausdruck bringen, daß die SED als die führende Partei eine bessere Anleitung geben könnte und die Distanz zwischen den verschiedenen Parteien und Organisationen beseitigen müsste. Unter den übrigen Mitgliedern der NPD ist eine neutrale Haltung zu verzeichnen. Feindliche Tätigkeit oder Hetze wurde nicht bekannt.

Besondere Drohbriefe wurden der Freien Presse zugesandt, die persönlich gegen den Chefredakteur gerichtet waren und auch die Redaktion im Allgemeinen betraf. In diesem Schreiben wurde von der baldigen Abrechnung geschrieben und die Formulierung war in statistischer Form gehalten. Ebenso solche Drohbriefe erhielt der 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Stadt, der Leiter des Finanzamtes Zwickau,

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000031

sowie einige in der Öffentlichkeit bekannte Genossen.

In dem Objekt der Staatlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen ist eine besondere Feindtätigkeit im Rat der Stadt Zwickau zu verzeichnen. Bereits am 17.6.1953 wurden dort in der Klosett-anlage Flugblätter des Ostbüros der SPD gefunden. Am 21.6.1953 wurde an derselben Stelle eine abermalige Feindtätigkeit festgestellt, indem ein Ausschnitt aus einem Flugblatt der SPD angebracht war. Die eingeleiteten Untersuchungen konnten keine Fingerabdrücke feststellen. Die verdächtige Person wurde in den folgenden Tagen bearbeitet. Bisher konnten keine positiven Ergebnisse erzielt werden. Die ehemaligen Mitglieder der SPD, welche im Rat der Stadt besonders vorhanden sind, nahmen während der Zeit der Aktion eine neutrale Haltung ein. Bei einer Genossin ist der Parteiausschluss aus der SED zu verzeichnen. Weitere 10 Genossen der SED legten bereits am 16. und 17.6.1953 ihr Parteizeichen ab.

Eine offene Auschreitung bezw. Provokation in den Objekten war nicht zu verzeichnen. Die Sicherung der Objekte durch ehrenamtliche Genossen gewährleistete einen normalen Ablauf des Arbeitsprozesses.

Besonders tritt in Erscheinung, daß die Mitglieder der SED die Linie der Partei verlassen haben und unter den Kreisen der Bevölkerung entgegen den Beschlüssen des ZK diskutieren. Die Kreisleitungen der SED Stadt und Land haben noch nicht erreicht, daß nunmehr die Arbeit unter den Massen zu leisten ist.

Kreis Zschopau:

Die Blockparteien haben sich in der Berichtszeit passiv gegenüber den Ereignissen verhalten. Feindliche Tätigkeit wurde jedoch nicht festgestellt.

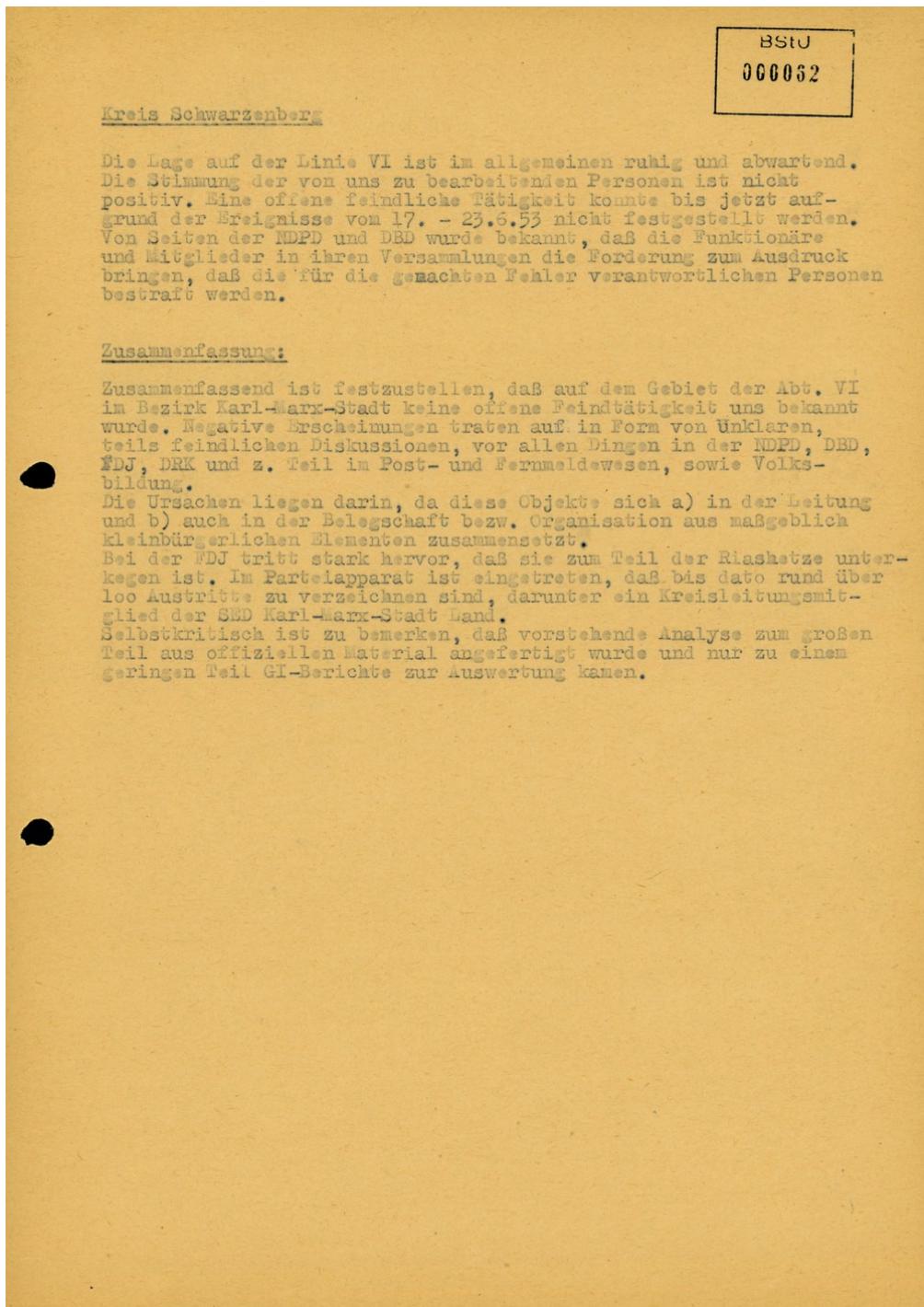
Die Massenorganisationen (FDJ, GST, u.s.w.) traten in Erscheinung, daß die Genossen innerhalb dieser Organisationen die Initiative ergriffen und wenige Mitglieder zur Mitarbeit organisierten.

Die Kreisleitung unserer Partei war in der Situation voll und ganz gewachsen.

Bezeichnend war, daß alle Fäden zentral in der Kreisleitung und damit beim 1. Sekretär zusammenliefen.

Einzelne Kapitulationserscheinungen wurden im Kreisgebiet bekannt, jedoch liegen über diese keine konkreten Angaben vor. Austritte aus der Partei sind nicht erfolgt. Im Großen und Ganzen kann gesagt werden, daß das Vertrauen zur Führung unserer Partei und Regierung unter den Parteimitgliedern besteht bis zu einem geringen Prozentsatz.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 62

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
060063

Abteilung VII

Bezirksbehörde Karl-Marx-Stadt

Nach Bekanntwerden der Ereignisse wurden schnellstens Absprachen über die zu treffenden Maßnahmen mit den leitenden Funktionären der BDVP geführt. Die Einsätze und zu treffenden Sicherheitsmaßnahmen wurden vorbildlich organisiert.

Auf jede neue Situation wurde reagiert und sie waren jederzeit in der Lage, schnell, straff und konkret dem VPKA im Bezirk die richtigen Anweisungen zu geben.

Trotz der konkreten Anweisungen hat die Zusammenstellung der gesamten VP Angehörigen der BDVP in Züge, um wirksam eingreifen zu können, ca. 6 - 8 Stunden gedauert.

Nach einigen Tagen trat eine gewisse Sorglosigkeit in der Form in Erscheinung, daß die zusammengestellten Züge innerhalb des Objektes sich bewegten, so daß ein Teil bei evtl. Einsätzen erst gesucht werden müssen.

Die Stimmung und Einsatzbereitschaft war vom ersten bis zum heutigen Tage gut.

Besondere Vorkommnisse unter der VP innerhalb der Bezirksbehörde sind nicht in Erscheinung getreten.

VPKA Karl-Marx-Stadt

Auf die Anweisung der Bezirksbehörde wurde schnellstens reagiert. Die Amtsleitung hatte den Ersnt der Lage erkannt und die lebenswichtigen Betriebe (Fernmeldeamt, Eltwerk, Gaswerk usw.) sowie verschiedene Verwaltungen besetzt. Man konnte erkennen, daß die Amtsleitung auch bei einem etwaigen größeren Einsatz die Lage gemeistert hätte.

Im Gegensatz zu mehreren VP-Mannschaftsgraden, die sich in Urlaub befanden und freiwillig zum Einsatz zur Verfügung stellten, zog der PK-Stellvertreter, welcher sich ebenfalls in Urlaub befand und im Stadtgebiet aufhielt, es vor, in Urlaub zu verbleiben. Selbst bei notwendigen Rückfragen antwortete er, "Ich befindet mich in Urlaub".

Des Weiteren haben die dafür verantwortlichen Funktionäre es unterlassen bzw. nicht verstanden, den in Bereitschaft liegenden VP-Angehörigen eine organisierte Polit-Information zu vermitteln.

Aufgrund der ernsten Lage war es unverantwortlich, daß 2 Volkspolizistinnen, welche weder eine Schußwaffe noch eine Taschenlampe in Besitz hatten, nachts zwischen 0.00 und 2.00 Uhr im Parkgelände Streife durchführten. Es bestand überhaupt im Amt ein Mangel an Munition, Taschenlampen und evtl. zum Einsatz nötigen Gummiknüppeln.

In den Diskussionen der VP-Angehörigen kam zum Ausdruck, daß sie das Gefühl hatten innerhalb des VPKA bestimmt keine Partei, da sie während des gesamten Einsatzes den Parteisekretär nicht zu Gesicht bekamen.

Trotzdem war die Stimmung und Einsatzbereitschaft eine gute.

Besondere Vorkommnisse sind im VPKA nicht in Erscheinung getreten. Es machte sich aber erforderlich, 2 Disziplinarstrafen auszusprechen, in Form eines strengen Verweises; in einem Fall wegen Trunkenheit während der Bereitschaft, im 2. Falle wegen Verlassens des Postens in der SED-Bezirksleitung, wodurch es einer Person gelang, bis in das Vorzimmer des 1. Sekretärs der SED unbemerkt vorzudringen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 63

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000034

VPKA Annaberg

Der Einsatz war von Seiten der Amtsleitung gut organisiert. Es wurde ein konkreter Einsatzplan ausgearbeitet, der aufgeschlüsselt nach den einzelnen Referaten und Abteilungen war. Durch das ruhige und sachliche Auftreten des verantwortlichen Offiziers in der Einsatzleitung war es immer möglich, eine gute Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Besondere Situationen, die ein schnelles Eingreifen der Volkspolizei erforderten, waren in dieser Zeit im Kreisgebiet nicht zu verzeichnen. Auch die Leiter der anderen Abteilungen waren ihren Aufgaben voll gewachsen. Ein Mangel wurde beim Polit.-Stellvertreter Gen. Kom. [REDACTED] festgestellt, welcher, wie sich zeigt, von der operativen Arbeit der VP wenig Ahnung hatte, indem er Befehle gab, die von den mitverantwortlichen Genossen nie für gut geheißen wurden. Sonst haben sich die Genossen aller Abteilungen in ihrer Dienstdurchführung bis zum heutigen Tage vorbildlich verhalten. Wesentlich hat zur Erhaltung der Moral und guten Disziplin die gut organisierte Freizeitgestaltung beigetragen. Im Amt machte sich in der Einsatzzeit eine Disziplinarstrafe notwendig. Ein VP-Wm. hatte sich auf mehrere Stunden unentschuldigt vom Dienst entfernt mit der Begründung, er könnte seine Familie nicht einige Tage allein lassen. Er brachte gegenüber dem Polit.-Stellvertreter zum Ausdruck, daß er niemals ein 100 %iger Volkspolizist werden würde, denn er wäre 5 Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen und hätte dort alle Mißhandlungsarten mitgemacht. Auf die Frage hin, ob er aus dem Dienst der Volkspolizei auscheiden möchte, gab der Wm. zur Antwort, daß es ihm lieb wäre, wenn er sofort aus dem Dienst der Volkspolizei auscheiden könnte. Er öffnete daraufhin seine Uniform, um sie sofort abzulegen. Es ist vorgesehen, ihn nach seinen 5-tägigen einfachen Arrest zu entpflichten.

VPKA Aue

Die notwendigen Einsätze waren gut organisiert und die Verantwortlichen waren ihren Aufgaben gewachsen.
Es wäre zu bemerken, daß es zu keinen ernsthaften Einsätzen im Kreisgebiet kam. Es wurden in keiner Form irgendwelche Mängel festgestellt.
Die Einsatzfreudigkeit und Stimmung der VP-Angehörigen im Amtsbereich ist während des Einsatzes als sehr gut zu bezeichnen.
Besondere Vorkommnisse sind bis auf 4 Disziplinarstrafen, die wegen Alkoholgenuss während des Dienstes ausgesprochen wurden, nicht vorgekommen.

VPKA Auerbach

Der erste Tag des Einsatzes (17. 6. 53) wurde ohne Einsatzplan durchgeführt. Erst durch Hinweis eines VP-Mstr. aus der Abteilung S. wurde ein Einsatzplan erstellt. Irgendwelche Mängel haben sich aufgrund dessen nicht herausgestellt. Die verantwortlichen VP-Angehörigen waren jederzeit der Situation gewachsen. Die Einsatzfreudigkeit sowie Stimmung der VP-Angehörigen ist während des Einsatzes als gut zu bezeichnen, so daß es zu keinen Disziplinarstrafen führte u. auch keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen waren.

VPKA Brand-Erbisdorf

Laut Anweisung war von seiten der Verantwortlichen der VP der Einsatz gut organisiert. Das Dienstgebäude wurde gesichert und die Verantwortlichen waren in der Lage, die Situation zu erfassen und die Einsätze zu lenken und zu leiten.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU

000035

Während des Einsatzes haben sich keine besonderen Mängel herausgestellt. Im Großen und Ganzen war die Stimmung der VP-Angehörigen gut. Leider hatten die VP-Angehörigen nicht den Ernst der Situation erkannt, indem sie einen Tanzabend im Clubhaus des VPKA organisierten. Der VP-Meister [REDACTED], [REDACTED] - ca. 35 Jahre alt, sagte schon am 16. 6. 53, daß im Augenblick im demokratischen Sektor von Berlin ein Streik stattfinden würde, wie es ihn bis jetzt noch nicht gegeben habe. Die Arbeiter der Stalinallee würden diesen Streik durchführen, um zu erreichen, daß die hohen Arbeitsnormen gesenkt würden und daß sie weiterhin die Forderung hätten, daß die Regierung der DDR zurücktreten soll und daß bereits sowjetische Truppen den Schutz der Regierung übernommen hätten. [REDACTED] sagte ebenfalls noch, daß es vielleicht sein könnte, daß hieraus der Zusammenbruch entstehen würde. Erwähnt werden muß jedoch, daß [REDACTED] diese Äußerungen getan hat bevor irgendwelche Nachrichten im demokratischen Rundfunk durchgegeben wurden. Disziplinarstrafen haben sich bis zum heutigen Tage nicht ergeben.

VPKA Flöha

In diesem Amt verhält es sich so wie bei den vorher genannten Ämtern. Eine besondere Schwierigkeit, was sich nachteilig ausgewirkt hätte, ist das Fehlen von genügend Fahrzeugen. Besondere Vorkommnisse sind im Amt nicht zu verzeichnen. Lediglich wurde während des Einsatzes 2 Verweise in der Abteilung F. ausgesprochen. Der Grund war, nicht konkretes Einhalten der Innendienstordnung. Nach Aussprache mit dem Polit.-Stellvertreter der Abt. F. sahen die Bestrafen ihre Fehler ein.

VPKA Freiberg

Der Leiter des Amtes, VP-Kdr. [REDACTED], hat die Schwerpunkte im Kreisgebiet nicht erkannt. Z. B. war die SED-Kreisleitung in Freiberg nur mit einem bewaffneten BS-Angehörigen gesichert. Er war niemals über die wichtigen Vorkommnisse rechtzeitig informiert. Ebenso ließ er die Wachsamkeit außer acht, da er am 17. 6. 53 sämtliche Fahrzeuge der VP vor dem VPKA aufstellen ließ und nur mit einem VP-Angehörigen sicherte. Verließ der VP-Kdr. das VPKA, so wurde niemand verständigt wo er sich aufhielt oder befand, so daß wenn er benötigt wurde, er immer gesucht werden mußte. Wie erkannt wurde, war der VPKA-Leiter nicht in der Lage, den Einsatz zu lenken und zu leiten, sodaß er immer von Seiten des Kommandanten und des Verantwortlichen des MfS auf die Schwerpunkte hingewiesen werden mußte. Ebenso verkehrte war, daß der Leiter die ABV's aus ihren Abschnitten herauzug und sie mit zum Streifendienst einzusetzte. Anstatt die ABV's in ihren Bezirken zu belassen, um die Stimmung und andere Wahrnehmungen aus der Bevölkerung sofort an die zentrale Einsatzstelle zu melden. Er erkannte nicht, daß die Schwerpunkte wie Wasserwerk, Eltwerk, Post usw. durch VP gesichert werden mußten. Erst durch den Hinweis von Seiten der Partei, des Kommandanten und des MfS wurden diese vorgenannten Schwerpunkte durch VP-Angehörige besetzt. Im Großen und Ganzen war die Stimmung der VP-Angehörigen gut. Nur die berechtigten Beschwerden von den ABV's, daß sie mit zum Streifendienst herangezogen wurden, wurden vorgebracht. Besondere Vorkommnisse, ebenso Disziplinarstrafen traten nicht in Erscheinung.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000036

VPK A Glauchau

Durch den erst neu eingesetzten Amtsleiter haben sich zu Anfang des Einsatzes ernsthafte Mängel herausgestellt, z. B. die Streifentätigkeit sowie konkrete Berichterstattung war mangelhaft. Durch die Unterstützung der Partei und des MfS wurden diese Mängel dann abgestellt. Auch hier war die Stimmung und Einsatzfreudigkeit gut und jeder VP-Angehörige hat seinen Dienst mit dementsprechenden Verantwortungsbewusstsein durchgeführt. Disziplinarstrafen wurden während der Zeit des Einsatzes keine ausgeworfen.

VPKA Hainichen

Hier war der Einsatz der VP gut organisiert. Die Angehörigen der VP waren soweit sie nicht eingesetzt wurden in Einsatzbereitschaft. Durch die Konzentration war es jeder Zeit möglich die Kräfte entsprechend den Schwerpunkten einzusetzen. Die Verantwortlichen waren ständig in der Lage den Einsatz straff und gut zu leiten. Die Offiziere gaben durch ihre gute Einsatzfreudigkeit den VP-Angehörigen immer ein gutes Beispiel. So haben sich während des gesamten Einsatzes keine Mängel herausgestellt. Die Stimmung der VP-Angehörigen war gut. Trotz der überhöhten Beanspruchung von teilweise über 24 Stunden haben die VP-Angehörigen jederzeit ihre Pflicht erfüllt. Besondere Vorkommnisse sowie disziplinarische Bestrafungen waren während des Einsatzes nicht zu verzeichnen.

VPKA Hohenstein-E.

Hier trifft das gleiche zu wie in dem vorgenannten Amt. Die Genossen der VP erkannten klar und deutlich die derzeitige Situation und verrichteten pflichtbewußt und einsatzbereit ihren Dienst.

VPKA Klingenthal

Der Einsatz von Seiten der verantwortlichen VP-Offiziere war zufriedenstellend organisiert. Einer besonderen Bewährungsprobe wurde die VP im Kreisgebiet nicht unterzogen, da es hier keine Unruhen, Streiks oder Provokationen gab. Besondere Mängel haben sich während des Einsatzes nicht ergeben. Die Stimmung und das Verhalten der VP-Angehörigen war gut. Disziplinarstrafen wurden keine ausgeworfen.

VPKA Marienberg

Hier verlief der Einsatz genau so positiv wie in den vorhergehenden Ämtern. Es wurde eine Disziplinarstrafe in Form eines Verweises ausgesprochen. Grund hierfür war, daß die VP-Angehörige für kurze Zeit den Torposten verlassen hatte.

VPKA Oeslnitz

Auf Anweisung wurden die notwendigen Maßnahmen durchgeführt. Die Angehörigen des VPKA waren sich des Ernstes der Lage bewußt, so daß der gesamte Einsatz reibungslos verlief. Irgendwelche Mängel traten hierbei nicht auf. Die Stimmung war gut. Besondere Vorkommnisse und Sisziplinarstrafen traten nicht in Erscheinung.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

VPKA Plauen

BStU
000037

Der Einsatz war von den Verantwortlichen schlecht organisiert. Es traten große Mängel auf. Die Leitung war nicht immer, besonders der Kdr. der VP [REDACTED] der Situation nicht gewachsen. Die Verantwortlichen waren nicht immer in der Lage den Einsatz richtig zu leiten obwohl die gesamte VP in Bereitschaft lag. Die Sicherung des Kreises, des Ortes Plauen selbst sowie die Einteilung der VP-Angehörigen war schlecht. Der Kdr. [REDACTED] schätzt die Situation nicht richtig ein. Es wurde ihm 3 mal von seiten des Dienststellenleiters des MfSt die Anordnung gegeben, mit der VP das Fernmeldeamt zu sichern, was er jedoch unterließ. Er gab sich damit zufrieden, daß ein sowjetischer Offizier mit 3 Mann in der Post sein Quartier angeschlagen hätte. Des Weiteren wurde durch Kontrollen unserer seites festgestellt, daß die Betriebe sowie die Parteihäuser schlecht gesichert wurden. Desgleichen waren die Stadtstreifen zu schwach. Auf den Hinweis des Dienststellenleiters, daß die beiden Autobahnbrücken unbewacht sind, erklärte der Kdr., daß wäre nicht seine Angelegenheit. Den schwachen Einsatz der VP rechtfertigte der Kdr. damit, daß er nicht genügend Leute zur Verfügung habe. Sein Interesse lag nur darin, das VPKA bei evtl. Vorkommisen zu schützen. Sogar die ABV's wurden im VPKA zusammengehalten und durften nur ein paar Stunden am Tage in ihren Abschnitt.

Der Stellvertreter des Kdr. VP-Rat [REDACTED] beging gleichfalls bei der Einteilung der VP-Angehörigen Fahler, welche unter den VP-Angehörigen Mißstimmung hervorriefen und später auf Druck der VP-Angehörigen beseitigt werden mußten. Gleichzeitig war der Stellvertreter des PA zu schwach in seiner Arbeit, es fehlte die richtige Aufklärung der VP-Angehörigen. Genaue Einteilung der Leute zur Verteidigung des VPKA wurden erst am 20. 6. 53 vorgenommen.

Es ist anzunehmen, daß eine gewisse Angst vorhanden war, indem man alle VP-Angehörige im Hause behalten wollte. Bei besonderen Vorkommisen hätte wahrscheinlich dem Kdr. die Leitung der VP aus der Hand genommen werden müssen.

Die Stimmung der VP-Angehörigen sowie das Verhalten war gut.

Als besonderes Vorkommnis wäre zu erwähnen, daß am 21. 6. 53, gegen 23.00 Uhr Fenster in der Haftanstalt mit Steinen beworfen wurden. Die Täter konnten nicht festgestellt werden.

In 2 Fällen wurden Disziplinarstrafen ausgesprochen. In dem einen Falle handelt es sich um einen VP-Kommissar, der sich während seiner Streife in einem Lokal betrank und eine Frau belästigte und sogar ihr die Pistole zeigte. Dieser wurde mit 5 Tagen Arrest bestraft.

Im anderen Falle handelt es sich um einen VP-Wm., welcher schlafend als Torposten angetroffen worden ist. Er erhält ebenfalls 5 Tage Arrest.

Des Weiteren wurde von einem VP-Uwm., welcher als Torposten eingeteilt war, mit der Waffe gespielt, so daß sich ein Schluß löste. Bestrafung ist bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt.

VPKA Reichenbach

In diesem Amt wurde kein Einsatzstab gebildet ebenso kein konkreter, richtungsweisender Einsatzplan ausgearbeitet. Der VP-Rat [REDACTED] war der einzige im Amt, der bis zum heutigen Tage den Einsatz gelenkt und geleitet hat. Seine Organisation während des Einsatzes war eine gute. Auch die an ihn herangetragenen Aufgaben wurden von ihm jeder Zeit gemeistert. In den umliegenden Dörfern waren in den ersten Tagen nur 2 VP-Angehörige eingesetzt. Dadurch wäre der Klassenfeind in der Lage gewesen größeren Schaden anzurichten. Ein weiterer Mangel war, daß sich der Parteisekretär sowie der Polit.-Stellvertreter fast nicht bei den VP-Angehörigen sehen ließen.

Die Stimmung während des Einsatzes war eine gute.

Besondere Vorkommisse waren innerhalb der VP nicht zu verzeichnen.

In einem Falle wurde eine Disziplinarstrafe von 5 Tagen Arrest ausgesprochen wegen Fernbleiben vom Dienst.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

VPKA Rochlitz

BStJ
000038

Der Dienst der VP ist gut organisiert und die Leitung des VPKA ist in der Lage jede Situation zu meistern. Besondere Merkmale wurden nicht festgestellt. Die Stimmung der Volkspolizisten war gut und das Verhalten zeigte ein gutes Verantwortungsbewußtsein. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Disziplinarstrafen wurden während des Einsatzes keine ausgesprochen.

VPKA Schwarzenberg

Obwohl im Amt im wesentlichen alles positiv durchgeführt wurde traten doch folgende Mängel in Erscheinung. Der Polit.-Stellvertreter, Gen. VP-Ukomm. [REDACTED] war sich seiner Aufgabe nicht bewußt und hat nicht die notwendige politische Aufklärungsarbeit geleistet. So wurden die sich in Bereitschaftsdienst befindlichen VP-Angehörigen nicht von ihm aufgesucht und keine Übersicht über die politische Lage gegeben. Außerdem hat sich der Polit.-Stellvertreter negativ verhalten. Am vergangenen Freitag sollte er nachts mit dem Motorrad wegfahren, was er aus Vorsichtsgründen ablehnte. Seine Begründung war, daß dies mit dem Kaderschutz zusammenhinge. Ebenfalls hat er sich während der Bereitschaft nach Hause begeben mit der Begründung, er müßte sich auf die am 24. 6. 53 in der Bezirksbehörde Karl-Marx-Stadt stattfindende Parteiaktivtagung vorbereiten. Obwohl er vom Amtsleiter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß nur ein Einsatzwagen zur Verfügung steht benutzte er diesen Wagen nach Karl-Marx-Stadt. In diesem Zusammenhang äußerte er noch: "Seit wann hat denn der mir was zu sagen". Es wäre noch zu erwähnen, daß der gegenwärtige Amtsleiter VP-Rat [REDACTED] infolge Überlasung, da er von dem PK-Stellvertreter nicht unterstützt wurde, am 23. 6. 53 nachmittags vor Erschöpfung zusammenbrach. Trotzdem ist die Stimmung innerhalb der VP als sehr gut zu bezeichnen. Die VP-Angehörigen nehmen ihren Dienst ernst und führen die Aufgaben korrekt durch. Besondere Vorkommnisse sind keine zu verzeichnen. Außerdem sind keine Disziplinarstrafen ausgesprochen worden.

VPKA Stollberg

In diesem Amt verlief auch alles in bester Ordnung. Den Gegensatz dazu stellte die Strafvollzugsanstalt Hoheneck dar. Hier wurde überhaupt nichts zur Verstärkung der Sicherung der Anstalt am 17. 6. 53 unternommen. Die Leitung stützte sich darauf, daß von der HVDPF Berlin, HA Strafvollzug noch keinerlei Anweisungen zum verstärkten Einsatz gekommen sind. Erst auf unsere Anweisungen wurden verstärkte Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. Die Verantwortlichen in der Strafvollzugsanstalt waren nach dem Hinweis von uns jeder Zeit der Situation gewachsen. Dabei muß unbedingt festgestellt werden, daß die Leitung der Strafvollzugsanstalt Hoheneck stets erst von uns erneut auf die Veränderung bzw. Verstärkung der verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam gemacht werden mußte. Man kann nicht umhin festzustellen, daß man sich zu sehr auf die Anweisung von Berlin stützte, die bis zum heutigen Tage nicht eingetroffen ist. Man entwickelte wenig eigene Initiative.

VPKA Werdau

Im VPKA wurde eine Einsatzleitung gebildet, die mit der Partei, dem MFST sowie den Außenposten in laufender Verbindung stand. Dadurch war die Möglichkeit gegeben die z. Zt. bestehende Situation, welche durch die Feindtätigkeit des Gegners heraufbeschworen wurde, zu nichte zu machen. Es konnten keine

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 68

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Mangel oder gar Unfähigkeit der Verantwortlichen der VP festgestellt werden. Die Stimmung der VP-Angehörigen war zufriedenstellend. Auch waren keine besonderen Vorkommnisse und Disziplinarstrafen innerhalb der VP zu verzeichnen.

BStU
000039

VPKA Zschopau

Der Einsatz war im Großen und Ganzen gut organisiert und sie waren jeder Zeit der Situation gewachsen. Man kann sagen, daß sie in der Lage waren den Einsatz zu lenken und zu leiten. Jedoch der Amtsleiter selbst hatte in vielen Fällen keinen Überblick über den Einsatz der Fahrzeuge, Streifen und über die sonstige Verwendung der VP-Angehörigen im VPKA. Ebenso handelte er zu bürokratisch und paßte sich nicht immer der politischen Situation an. Maßnahmen, die von Seiten des Stadtcommandanten, der Partei oder von unserer Bezirksverwaltung gegeben wurden befolgte er meist erst nach längeren Diskussionen. Er betonte immer, daß niemand außer seiner vorgesetzten Dienstbehörde eine Anweisung erteilen könnte. Er gebrauchte immer die Worte: "Ihr seid nicht anweisungsberechtigt". Eine weitere Schwäche kam zum Ausdruck, daß bis zum 23. 6. 53 noch kein Bericht über die Stimmung unter der Bevölkerung durch die ABV's an das VPKA ergangen sind obwohl durch den Operativstab mehrmals die Anweisung ein diese gegeben wurden. Die VP-Angehörigen im Amt legten ein disziplinierteres Verhalten an den Tag und führten ihren Dienst gewissenhaft und einsatzfreudig durch. Besondere Vorkommnisse innerhalb der VP sind nicht zu verzeichnen, auch sind keine Disziplinarstrafen verhängt worden.

VPKA Zwickau

Während der Zeit des Einsatzes waren in Bezug auf Organisation einige Schwächen zu verzeichnen. So bestand z. B. der Operativstab bis zum 22. 6. 53 nur aus einem VP-Offizier und einer Schreibkraft. Die dann nach 12-stündiger Dienstzeit wieder von 2 verantwortlichen Kräften abgelöst wurden. Dadurch war oftmals zu verzeichnen, daß wichtige Meldungen nicht konkret aufgenommen wurden, da sie überlastet waren. Des Weiteren trat ein, daß von verantwortlichen Offizieren der Einsatzleitung Meldungen entgegengenommen wurden und dadurch den Operativstab nicht zur Kenntnis gelangten. In den 1. Tagen des Einsatzes wurde festgestellt, daß obwohl die Einsatzleitung aus 2 Gruppen von je 8 verantwortlichen Offizieren und dem Einsatzleiter bestand, kein einziger der Offiziere der jeweiligen Einsatzleitung in dem dafür bestimmten Raum zu erreichen war. Es wird bemerkt, daß wenn sich irgendwelche besondere Zwischenfälle ereignet hätten, es bestimmt auf Grund der vorgenannten Punkte zu einer Katastrophe gekommen wäre. Weitere Mängel haben sich ergeben in Bezug auf die Sicherung des Kreisamtes selbst. Obwohl bekannt ist, daß die Lage des Amtes eine sehr ungünstige ist hat man es nicht für nötig gehalten, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen von außen zu treffen.

Im Allgemeinen kann die Stimmung als zufriedenstellend angesprochen werden. In der Diskussion wurde davon gesprochen, daß sich im August sehr viele empflichten lassen wollen, was vorwiegend Frauen waren.

Unter Vorkommnissen wäre zu erwähnen, daß die sich in der Nacht vom 21./ 22. 6. auf der Autobahnbrücke zum Wachdienst befindlichen Genossen außer einem dienstlichen Vergehen zu Schulde kommen ließen, indem sie geschlafen haben. Ein weiteres Dienstvergehen war in der Strafvollzugsanstalt Zwickau zu verzeichnen, indem ein VR-HWm. vom Anstaltsleiter für Waschen usw. eine Stunde freibekam. Nach Ablauf dieser Stunde im betrunkenen Zustande wieder zum Dienst erschien.

Die letzten beiden Fälle werden noch von der Amtsleitung disziplinarisch bestraft.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Wer nur wagte zu lernen!

BStJ
300070

Abteilung IX

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt wurden in der Zeit vom 16. 6. 53 - 25. 6. 1953 insgesamt 35 Personen festgenommen. Davon wurden 1 Person angeworben und 1 Häftling ([REDACTED]) der Verwaltung "W" Karl-Marx-Stadt zuständigkeitsshalber übergeben.

Die der Abteilung IX übergebenen Häftlinge untergliedern sich wie folgt:

a) Mitglieder von Streikleitungen und Streikorganisatoren:	14 Personen
b) Provokatuere:	12 Personen
c) Boykotthetzer:	5 Personen

In den bisherigen Ermittlungen und Untersuchungen konnte der Beweis der Streikdurchführung im Auftrage und unter Leitung von Agenten imperialistischer Geheimdienste nicht erbracht werden. Die Streiks wurden zum größten Teil aufgrund der Ereignisse in Berlin von reaktionären Elementen organisiert. Anfangs stellten diese Organisatoren wirtschaftliche Forderungen, um Einfluß auf die Arbeiter zu bekommen. Danach verlangten die Rädelsführer das Abdanken der Regierung. Daraufhin schlossen sich mehrere Arbeiter in den betreffenden Betrieben diesem Verlangen an.

Hinsichtlich der Streiks ist zu bemerken, daß dieselben ohne größere Unruhe vonstatten gingen. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt konnten keine Terrorakte, Brandstiftungen, Täglichkeiten und Überfälle festgestellt werden.

Als Schwerpunkte haben sich die Kreise Werdau und Freiberg erwiesen während aus den anderen Kreisen mehr einzelne Provokateure und Boykotthetzer festgenommen wurden.

Und nun zu den Vorgängen selbst:

WMW Wälzlager Fraureuth:

Am 18. 6. 1953 legten in diesem Betrieb sämtliche Belegschaftsmitglieder der Nachschicht - ca. 600 Personen- die Arbeit nieder. Die Ermittlungen und Untersuchungen führten zu Festnahmen der nachgenannten Personen:

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
066071

1.) [REDACTED]	- Streikleitung
2.) [REDACTED]	- Mitorganisator
3.) [REDACTED]	- Streikleitung
4.) [REDACTED]	- Streileitung
5.) [REDACTED]	- Streikleitung
6.) [REDACTED]	- Streikleitung x
7.) [REDACTED]	- Streikleitung x
8.) [REDACTED]	- Provokateur x

[REDACTED] ist als Organisator des Streikes anzusprechen. Er gehörte von 1943 - 1945 der fasch. SS an und hatte zuletzt den Dienstgrad eines Fahnenrichs inne. [REDACTED] beauftragte den mit inhaftierten [REDACTED] sowie den als GI angeworbenen [REDACTED] und den noch nicht inhaftierten [REDACTED] mit der Vorbereitung des Streiks in der Weise, indem er durch die genannten Personen die einzelnen Abteilungen benachrichtigen ließ und zum Streik auffordern ließ. [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] traten als Wortführer während der Streikversammlung auf und stellten nach den wirtschaftlichen die politischen Forderungen. Die hauptsächlichsten Forderungen waren:

- 1.) Herabsetzung der Normen auf den Stand vom 31. 12. 1952
- 2.) Rücktritt der Regierung der DDR
- 3.) Durchführung "Freier Wahlen"
- 4.) Aufhebung des Ausnahmezustandes
- 5.) Freilassung aller pol. Häftlinge
- 6.) Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen.

Die unter Punkt 5 und 6 genannten Forderungen stellte vor allen Dingen der Häftling [REDACTED]. Ferner hat er 1950/51 die Verbindung zur Agentur des Hetzsenders RIAS aufgenommen und den Auftrag erhalten, einen VP.-Angehörigen dem RIAS zuzuleiten. Er bestreitet die Durchführung dieses Auftrages.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
060072

Der Beschuldigte [REDACTED] hatte bereits vor dem Streik mit [REDACTED] über die Vorbereitung desselben gesprochen. Während der Streikversammlung forderte er den Rücktritt der Regierung. [REDACTED] gehörte der Streikleitung an. Der Häftling [REDACTED], der Anfang 1953 aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehrte, sprach in provokatorischer Weise und ließ im Betrieb fortschrittliche Transparente entfernen. [REDACTED] und [REDACTED] haben im Auftrage der Streikleitung das Tonband, auf dem die gesamten Diskussionen und Forderungen aufgenommen wurden, zu entmagnetisieren. Was auch durchgeführt wurde. [REDACTED] wurde Ende 1952 aus der Haft entlassen. Er war von 1944 - 1945 Abwehrbeauftragter.

Der Häftling [REDACTED] leitete ab 4.00 Uhr die Streikversammlung. Er war Mitglied der SED und stellte während des Streikes wirtschaftliche Forderungen.

VEB Trikotagenwerk II in Crimmitschau

Am 17. 6. 1953 - 9.45 Uhr - traten 600 Belegschaftsmitglieder in den Streik. In dieser Sache erfolgte die Inhaftierung wegen provokatorischer Reden während der Streikversammlung.

[REDACTED] kam während der Weltfestspiele aus Hamburg nach Crimmitschau. Er flüchtete Ende 1952 nach Westberlin und kehrte am Ende April 1953 wieder in die Deutsche Demokratische Republik zurück. Während seines Aufenthaltes in Westberlin war er bei der berüchtigten Abt. 5 am Tempelhofer Feld, die vom CIC angeleitet wird. Von dort wurde er direkt zu einer Dienststelle des CIC geschickt. Er bestreitet, daß seine Rückkehr im Auftrage dieser Agentenzentralen erfolgte. Nach 14-tägiger Arbeit im Betrieb hat er mitgeholfen, die Streikversammlung zu organisieren und während der Versammlung stellte er wirtschaftliche Forderungen. Der Häftling [REDACTED] ist Mitglied der CDU und war nach 1945 Bürgermeister in [REDACTED] bei [REDACTED] und später selbständiger Geschäftsinhaber. Er ist ebenfalls erst kurze Zeit im Betrieb tätig. Am 8. 6. 1953 verübte er einen Sabotageakt aufgrund dessen seine Entlassung aus dem Betrieb erfolgte. Jedoch wurde er durch versöhnlicherische Elemente wieder eingestellt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
060073

Am 17. 6. 1953 war er aktiv am Streik beteiligt und hat die weiblichen Belegschaftsmitglieder aufgeputscht. Er war der Wortführer der Streikenden. Aufgrund der Festnahme des [REDACTED] [REDACTED] versuchte er am nächsten Tag die Belegschaft abermals zur Arbeitsniederlegung zu bewegen.

Bauunion Dresden in Freiberg

Am 18. 6. 1953 fand bei der Bauunion Dresden in Freiberg ebenfalls ein Streik statt. In diesem Zusammenhang erfolgten die Festnahmen der nachgenannten Personen:

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Der Räderführer war der [REDACTED], der erst 2 Tage im Betrieb arbeitet und den Streik mit organisierte. [REDACTED] war der erste, der die Forderung des Rücktrittes der Regierung aussprach. Er faßte in seinen Diskussionen alle wirtschaftlichen Forderungen zusammen und danach stellte er, wie bereits angeführt die pol. Forderungen. Er nahm an der Streikleitung teil und führte in den Diskussionen innerhalb der Streikleitung das Wort. Am nächsten Tag verkündete er, daß alle wirtschaftlichen Forderungen der Belegschaft von der Betriebsleitung abgelehnt worden seien, trotzdem dies nicht der Fall war und putschte somit die Arbeiter erneut auf. In der Forderung des Sturzes der Regierung wurde er vom Mitglied der Streikleitung [REDACTED] in den Streikversammlungen und in den Sitzungen des Streikkomitees unterstützt, der dies ebenfalls forderte. Der Häftling [REDACTED] gehörte der Brigade des [REDACTED] an und [REDACTED] forderte sofort nach Bekanntwerden der Vorgänge in Berlin innerhalb der Brigade zum Streik auf.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
060074

[REDACTED] gehörte ebenfalls der Streikleitung an und versuchte im Auftrag des [REDACTED] mit den Kumpels der Zinkhütte in Verbindung zu treten und diese zum Streik aufzufordern. VOIGT gehört ebenfalls der Streikleitung an und hat provozierende Reden gehalten. [REDACTED] und [REDACTED] gehörten ebenfalls der Streikleitung an. [REDACTED] ist Mitglied der BGL und erklärt, daß er gegen seinen Willen in die Streikleitung gewählt wurde und auch nicht an den Sitzungen der Streikleitung teilgenommen habe. [REDACTED] hat nur wirtschaftliche Forderungen gestellt gleich dem [REDACTED], der ebenfalls der Streikleitung angehörte. Der Häftling [REDACTED] forderte ebenfalls während der Versammlung den Sturz der Regierung.

Außer den namentlich angeführten Häftlingen wurden noch weitere 12 Personen aufgrund provokatorischer und hetzerischer Reden festgenommen. Auch hier konnte keinem Häftling ein Auftrag einer Agentenzentrale nachgewiesen werden. Auf die Frage, wer der Anstifter zu den Provokationen sei, erklären fast alle ausschließlich, daß aufgrund der Aufforderung des RIAS die Streiks und Provokationen durchgeführt wurden. Hinsichtlich der Inhaftierten ist hinzuzufügen, daß der überwiegende Teil Gegner unserer Republik und RIAS-Hörer ist. Einzelne Häftlinge unterhalten Verbindungen zu Verwandten in Westdeutschland. Jedoch konnte bisher noch kein Anhalt dafür gefunden werden, daß über diese Verwandten eine Beauftragung erfolgt ist. 5 der Inhaftierten und zwar

[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

und

wohnten längere Zeit in Westdeutschland. Auch die diesbezüglichen Vernehmungen über verbrecherische Verbindungen endeten bisher ergebnislos.

Bis zum 25. 6. 1953 wurden 3 Häftlinge dem Gericht übergeben. Entlassungen wurden bisher noch keine vorgenommen. Voraussichtlich wird das Belastungsmaterial bei 8 Personen nicht zur Verurteilung ausreichen, so daß dieselben entlassen werden müssen.